Sonderheft März ´98

# INTERIM

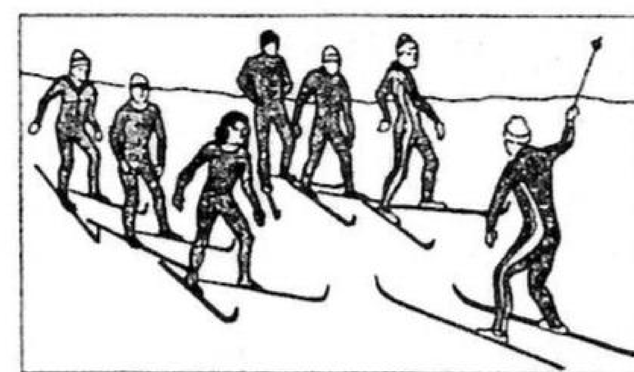
auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM




# Bewegung - Militanz - Kampagne



**Eigentumsvorbehalt**
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Herausgeberin:**
Interim e. v.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

**Redaktionsanschrift:** s. o.

**V.i.S.d.P.:** Charlotte Schulz

**Gesamtherstellung:**
Eigendruck im Selbstverlag

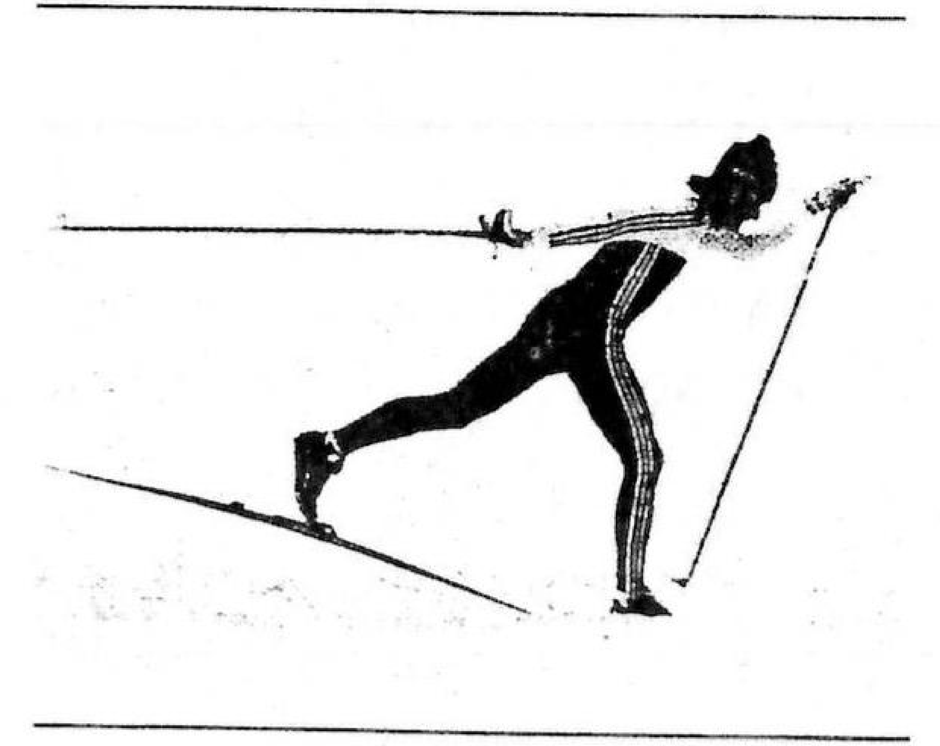
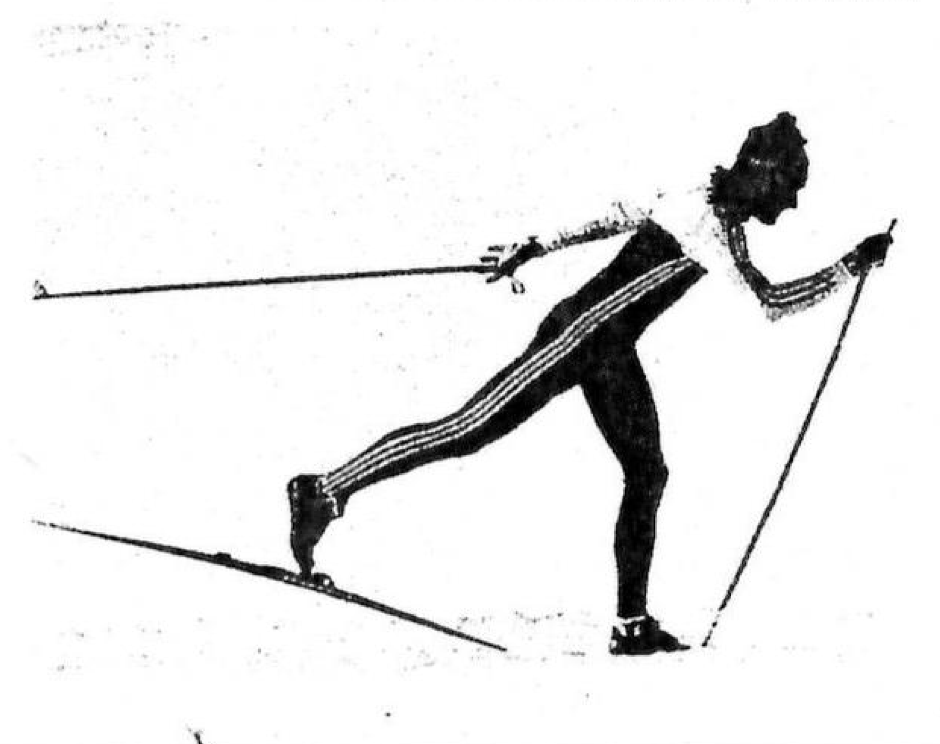
Fridolin:

# Wo ist Behle ?

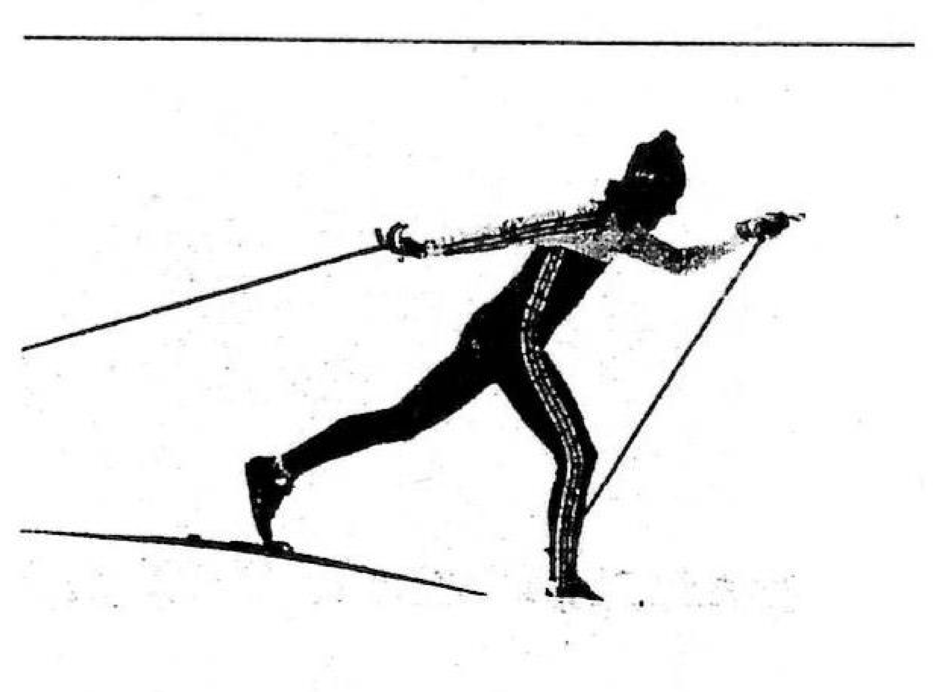
**Über Filtersysteme, Kommunikationskorridore u.v.m. Wider die Verzweifelung. Stichworte zur Wiedererlangung autonomer Politikfähigkeit.**

**Inhalt:**

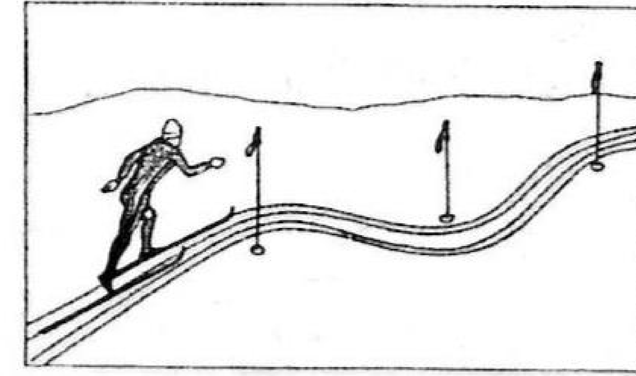






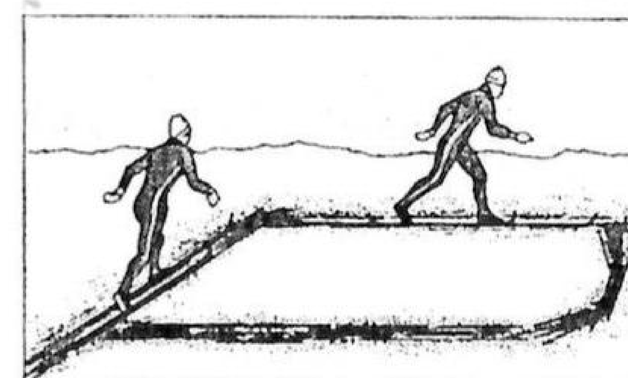
# O Einleitung



Ob eigentümlich oder nicht, trotz - oder gerade wegen - ihres beträchtlichen Umfangs möchte ich die hier vorgelegten Überlegungen lediglich als einen Diskussionsbeitrag aufgefaßt wissen, keineswegs jedoch als so etwas wie eine bereits ausgegorene und deshalb nicht mehr diskussionsbedürftige Programmschrift. Ziel eben dieses Diskusionsbeitrages ist es, das autonome Politik- und Praxisverständnis von einem praxisorientierten Blickwinkel aus einer gründlichen Rund-Herum-Prüfung zu unterziehen. Hierfür werde ich in einem *ersten Schritt* - aus noch näher zu erläuternden Gründen - eine Art Katalog sämtlicher autonomerseits praktizierten Aktionsformen zusammenstellen; dies schließt insbesondere eine Beschäftigung mit denjenigen Funktionen bzw. Zwecksetzungen ein, die gemeinhin - d.h. im Rahmen autonomer Kämpfe - als die eigentliche Aufgabe der je einzelnen Aktionsformen betrachtet werden. In einem *zweiten Schritt* werde ich dann der Frage nachgehen, weshalb viele Aktionsformen gar nicht imstande sind, die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen; dabei werde ich sowohl grundsätzliche Überlegungen anstellen als auch solche, die sich auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen Umstände beziehen. Auf der Grundlage dieser Kritik werde ich schließlich - in einem *dritten Schritt* - ein politisches Aktionskonzept skizzieren, mit dessen Hilfe es autonomer Politik *möglicherweise* gelingen könnte, wieder stärker Einfluß auf politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu nehmen. Unter *stärkerem Einfluß* sollte sich hierbei jedoch nichte das Projekt revolutionärer Veränderung vorgestellt werden; denn so notwendig und wünschenswert dieses auch sein mag, seine Umsetzung steht derzeitig einfach nicht an. Ziel sollte es meines Erachtens stattdessen sein, dem stillschweigenden Verschwinden politischer Auseinandersetzungen entgegenarbeiten, also der Tatsache, daß das politische Streitgespräch - ganz gleich, ob öffentlich oder privat - immer stärker an den Rand gedrängt wird und daß sich politisches Handeln hierdurch - gleichsam im Gegenzug - zunehmends als bürokratischer Vollzug angeblich nicht beherrschbarer Sachzwänge repräsentiert, oder allenfalls als der lobbyistische Versuch, irgendwelchen Einzelinteressen Geltung zu verschaffen. In diesem Sinne ist das Projekt *stärkerer Einflußnahme* gleichbedeutend damit, die Mauer politischer Vergleichgültigung einzureißen und hierdurch autonome Positionen wieder sichtbarer zu machen, daß heißt solche Positionen, die von der prinzipiellen Veränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse ausgehen und die sich zudem dem Wohlergehen *aller* Menschen verpflichtet fühlen. Denn nur, wenn es den Autonomen und anderen Linken gelingt, durch geschickte Aktionen ernsthafte Auseinandersetzungen um die grundsätzliche Entwicklung der Gesellschaft wieder neu zu *entfachen* - und darin auch als politische Subjekte sichtbar aufzutreten - besteht für sie überhaupt die Chance, nicht nur ihrem momentanen Zerfallsprozeß etwas entgegenzusetzen, sondern hierdurch auch den Kampf um die Durchsetzung einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung wieder konkreter führen
zu können. Damit jenes Projekt einer Repolitisierung des öffentlichen *und* privaten Raumes verwirklicht werden kann - und damit auch dasjenige einer politischen Wiederbelebung der autonomen Linken -, bedarf es allerdings zahlreicher Veränderungen im autonomen Politik- und Praxisverständnis; auf der Ebene reiner Praxis bedeutet dies u.a. das Folgende:

- Autonome Politik muß *erstens* provokativer und vor allem militanter werden.
- Autonome Politik muß *zweitens* ihre sehr verschiedenartigen Aktionsformen gezielter und geschickter kombinieren und vernetzen. Insbesondere muß das Verhältnis zwischen militanten und nicht-militanten Aktionsformen sehr viel taktischer gestaltet werden.
- Autonome Politik muß *drittens* davon Abstand nehmen, ihre Ziele immer nur kurzatmig zu verfolgen; stattdessen bedarf es langfristiger und kampagnenförmig angelegter Praxis- und Konzeptpakete, mittels derer eigens ausgesuchte Problemfelder systematisch bearbeitet werden können.
- Autonome Politik muß *viertens* von der Überzeugung abrücken, nur die *da oben* bekämpfen zu müssen bzw. zu wollen; vielmehr muß die *gesamte Bevölkerung* in die militanten und konfrontativen Auseinandersetzungen hereingezogen werden. Dies erfordert insbesondere eine Neuorientierung hinsichtlich der Ansatzpunkte autonomer Politik: anstatt v.a. Staat und Großkapital anzugreifen - und sich hierbei regelmäßig die Zähne auszubeißen - sollte autonome Politik ihre Aufmerksamkeit sehr viel stärker dem ganz normalen Alltagswahnsinn widmen, also der Tatsache, daß Kapitalismus, patriarchale Zweigeschlechtlickeit, Heterosexismus, Rassismus etc. keine von oben aufgepfropften Gewaltverhältnisse sind, sondern vielmehr solche, die sich erst durch die ganz normalen Alltagshandlungen vieler Millionen Menschen aufbauen bzw. verwirklichen können
- Autonome Politik muß *fünftens* - aus Gründen, um die es im Folgenden immer wieder gehen wird - die Gewinnung neuer MitstreiterInnen sehr viel ausdrücklicher als eine zentral zu verfolgende Zielsetzung ihrer politischen Handlungs-Strategien betrachten. Dies erfordert natürlich auch die Ergreifung hierfür geeigneter Maßnahmen.

Was alles dies im einzelnen bedeuten und bezwecken soll, hoffe ich, auf den folgenden Seiten halbwegs überzeugend vermitteln zu können. Abschließend noch ein Wort zu den *Angesprochenen*: In meinem Diskussionsbeitrag wird immer wieder von *den* Autonomen die Rede sein; hiermit soll nicht im geringsten irgendeine autonome Einheitlichkeit zwangsunterstellt werden; natürlich bin ich mir sehr wohl der Vielgestaltigkeit autonomen Daseins bewußt: von der autonomen FrauenLesben-Szene über den gemischtgeschlechtlichen Anti-AKW-Widerstand bis hin zur autonomen und oftmals männerdominierten Antifa. Und trotzdem: ob Demo, Buttersäureangriff oder Brandanschlag, über die Wirkungsweisen und -möglichkeiten solcher und anderer Aktionsformen nachzudenken, geht *alle* Polit-AktivistInnen gleichermaßen an, ganz gleich welcher Themengebiete und Aktionsformen sie sich verschrieben haben!
In diesem Sinne möchte ich meine gerade unterbreiteten Forderungen hinsichtlich dessen, was denn *autonome Politik* tun bzw. tunlichst unterlassen sollte, auch nicht als personen- bzw. gruppengebundene Vorschläge verstanden wissen; vielmehr sollte das Kürzel der *autonomen Politik* als Platzhalter für die Politik ganz verschiedenartiger Teilszenen begriffen werden, nämlich aller derjenigen Teilszenen, die sich *irgendwie* - jedenfalls ihrem Selbstverständis nach - dem autonomen Bewegungs-Milieu zugehörig fühlen. Umgekehrt sollte aber auch - und dies bitte ich, als Relativierung des gerade Gesagten zu verstehenen - kein Zweifel daran existieren, daß die von mir vorgenommene Trennung zwischen *Aktionsformen* einerseits und *politischen Problemstellungen* andererseits in erster Linie eine gedankliche Fiktion darstellt, deren einziger Zweck es ist, ein *zunächst einmal* ungestörtes Reden über das ausgesprochen weite Feld der *Aktionsformen* zu ermöglichen. Inwieweit diese Trennung eine tatsächlich fiktive ist, dürfte spätestens anläßlich meines im letzten Abschnitt vorgestellten Aktionskonzeptes deutlich werden; denn dessen Grundsätze und Prinzipien, die ich am Beispiel einer Anti-Reichtums-Kampagne entwickeln werden, lassen sich keineswegs umstandslos auf andere Themenfelder übertragen; ihre Verwendung innerhalb anderer Kontexte erfordert vielmehr ihre je kontextbezogene Neuformulierung. In diesem Sinne sollte mein Aktionskonzept auf keinen Fall als Patentrezept verstanden werden, sondern vielmehr als eine Art Leitfaden, mit dessen Hilfe es *möglicherweise* gelingen könnte, autonome Politik realistischer und effektiver zu gestalten.
Lediglich das Folgende ist mir jetzt noch ein Anliegen: geschrieben ist der vorliegende Diskussionsbeitrag von einem Mann; hieraus folgt indes, daß überall dort, wo konkrete Aussagen über szeneinterne Strukturen und Dynamiken getroffen werden, nur gemischtgeschlechtliche Zusammenhänge gemeint sind.



# 1 Ein autonomer Aktionsformen-Katalog

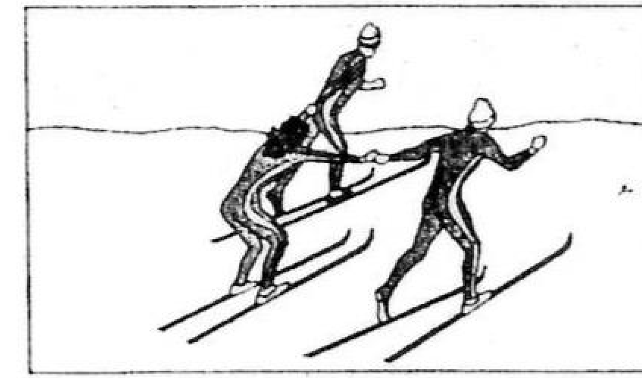
Beginnen möchte ich mit einer schlichten und vielleicht ein wenig dröge daherkommenden Buchhalterei: nämlich der Auflistung aller zum autonomen Politikrepertoire gehörigen Aktionsformen; erst danach werde ich auf deren zentralen Funktionen bzw. Zwecksetzungen innerhalb der autonomen Kämpfe um gesellschaftliche Veränderungen eingehen. Dieses Vorgehen mag zwar umständlich erscheinen, empfiehlt sich aber aus mindestens drei Gründen:
*Erstens* kann die bzw. der kritische LeserIn so relativ schnell und unkompliziert feststellen, ob und inwieweit ich irgend eine Aktionsform vergessen habe und deshalb von falschen Voraussetzungen ausgehe.
*Zweitens* soll durch dieses Vorgehen der immer wieder für Verwirrung sorgenden Tatsache Rechnung getragen werden, daß ein und dieselbe Aktionsform sehr häufig mehrere Funktionen gleichzeitig erfüllen kann und daß *umgekehrt* die je einzelnen Funktionen bzw. Zwecksetzungen nur durch das Zusammenspiel unterschiedlichster Aktionsformen verwirklicht werden können.
*Drittens* hoffe ich, durch einen solch aktionistischen Beginn, die geneigten LeserInnen auf den Geschmack bringen und so den Einstieg in das vorliegende Diskussionspapier ein wenig erleichtern zu können. Denn dieses enthält trotz seines ultra-konkreten Gegenstands so manche Passage, die möglicherweise nicht ganz so einfach eingänglich ist und deshalb eine abermalige Lektüre erfordern könnte.

## 1.1. Aktionsformen I: Die nicht-militanten Klassiker.

Hierbei handelt es sich um die am häufigsten praktizierten Aktionsformen, was wohl nur zum Teil an ihrem überwiegend legalen Charakter liegen dürfte:

- Nicht-militante Demos, Kundgebungen sowie Flugblatt-, Plakat- und Spuckiaktionen
- Info-Veranstaltungen und oppositionelle Medienarbeit in Zeitungen, Zeitschriften, Radios, Archiven etc.
- Nicht-militante Blockaden, Besetzungen und Störaktionen
- Konsumboykottkampagnen

*Nachbemerkung*: natürlich sind sämtliche der von mir gemachten Unterscheidungen künstliche, solche also, die ausschließlich im Dienste der größeren Übersichtlichkeit stehen! Denn letztlich greifen auf die eine oder andere Weise in jeder konkreten Aktion ganz verschiedenartige Aktionsformen ineinander: so sind z.B. Konsumboykottkampagnen ohne Veranstaltungen, Flugis, Plakate etc. überhaupt nicht bewerkstelligbar.



## 1.2. Aktionsformen II: Die militanten Klassiker.

Bei den militanten Klassikern handelt es sich in der Regel um eindeutig gesetzeswidrige und deshalb mehr oder weniger risikoreiche Handlungen. Auch solche Aktionsformen im Gepäck zu haben, unterscheidet die autonome Linke von allen anderen Strömungen im linken bzw. linksradikalen Spektrum; dies bedeutet allerdings keineswegs, daß militantes Handeln Voraussetzung dafür wäre, sich als Teil der autonomen Bewegung begreifen zu dürfen.

**1.2.1. Teilbereichsspezifsche Militanz.** Hierzu gehören diejenigen Aktionsformen, die bislang nur in ganz bestimmten Teilbereichskämpfen eingesetzt werden.

- *Militante Antifa-Aktionen*: neben den ganz normalen Angriffen auf die Infrastruktur vonNazis (vgl. 1.2.2.) gilt es hier, vor allem Angriffe auf Einzelpersonen, Kundgebungen und Demos hervorzuheben. Außergewöhnlich sind jene militanten Antifa-Aktionen deshalb, weil sie - notgedrungenerweise - die einzigen militanten Aktionen aus autonomen Zusammenhängen sind, die sich ausdrücklich gegen die körperliche Unversehrtheit von Menschen richten.
- *Militante Aktionen der autonomen TierrechtlerInnen*: auch hier gibt es ein militantes Spezifikum, nämlich das der Tierbefreiung.
- *Militante Anti-AKW-Aktionen*: zu den militanten Besonderheiten gehören hier Schienen- und Straßenzerstörung, Wurfanker, abgesägte Strommasten etc.
- *Militante Demos*: diese zeichnen sich durch einen bunten Mix aus Steinen und anderen Wurfgeschossen, Mollis, Barrikaden, Pyros, abgefackelten Autos etc. aus.
- *Militante Blockaden, Besetzungen und Störaktionen*: hier kommt es zumeist zu einem wohlkalkulierten und dennoch *wüsten Etwas* aus Schubsen, Stoßen, Schlagen, Ringkämpfen, Zerren, Spucken, Anbrüllen, Beleidigen, Eier-Werfen etc.

**1.2.2. Allgemeine Militanz:** Unter diese Rubrik fallen solche Aktionsformen, die in den unterschiedlichsten Teilbereichskämpfen Verwendung finden und die deshalb nur durch ihre jeweilige 'Größe' unterschieden werden können (, wobei es sich von selbst verstehen dürfte, daß auch die gerade aufgelisteten Spezialaktionen in ihrer jeweiligen Größenordnung unterschiedlich ausfallen):

- *Alltagsmilitanz*: Reifenstecherei, Schlösserverkleberei, Sprüherei, Farbeierwerferei, Scheibenzerstörung, Stinkbomben- und Buttersäuranschläge, Scheiß- und Blutkübelaktionen, Teerungen, Tortenangriffe etc.
- *Mittelheftige Militanz*: Autoabfackelei, umfangreichere Geschäfts- und Betriebsverwüstungen, Zerstörung von Reichtümern wie Pelzen, Delikatessentheken etc.
- *Die großen Dinger*: Sprengstoff- und Brandanschläge

*Nachbemerkung*: Wichtig ist nunmehr, daß neben den eher formalen Kriterien, mittels derer ich versucht habe, die militanten Klassiker ein wenig zu ordnen, doch noch ein inhaltliches Kriterium ausgemacht werden kann, nämlich das der jeweils zu erwartenden Strafhöhe und damit das der jeweiligen Gefährlichkeit der je spezifischen Aktionsformen. (Von dem Spezialproblem der Wiederholungstat sei an dieser Stelle erst einmal abgesehen). Jenes Kriterium der angedrohten Strafhöhe scheint mir nicht unbedeutsam zu sein; denn tendenziell dürfte das Gesetz gelten, daß zeitlicher Aufwand und psychische Belastung um so höher sind, je größer die Strafandrohung ausfällt; das aber erschwert den Einsatz militanter Klassiker ungemein, egal wie wertvoll diese auch sein mögen.

## 1.3. Aktionsformen III: Kommunikationsguerrilla-Methoden

Die Aktionen, die unter diese Überschrift gepackt werden können, sind zwar nicht neu - im Gegenteil, sie stammen größtenteils aus den 60er und 70er Jahren - werden aber so selten und unregelmäßig praktiziert, daß ihnen der Klassiker-Status einfach nicht zuerkannt werden kann. Daß jene Aktionen überhaupt einen Sammelnamen erhalten haben, hat deshalb auch nichts mit autonomer Wirklichkeit zu tun, sondern vielmehr mit der vorgespiegelten Wirklichkeit eines Buches: des *Handbuches der Kommunikatinsguerilla* nämlich, in dem die autonome a.f.r.i.k.a. Gruppe sehr verschiedenartige Aktionsformen zu solchen der *Kommunikationsguerilla* geadelt hat. Hierzu gehören u.a.:

- *Fakes und Fälschungen*: hier werden z.B. Briefe, Zeitungen, Faltblätter u.ä. gefälscht - zumeist im Namen irgendwelcher Autoritätspersonen - um auf diese Weise ein aufklärerisches Chaos zu stiften. So wurden *z.B.* - im Rahmen einer entsprechenden Aktion - allen Haushalten einer Straße im Namen der Gesundheitsbehörde Zwangs-Aidstests auferlegt, um auf diese Weise den Beteiligten unsichtbare Autoritätstrukturen vor Augen zu führen, und zwar dadurch, daß diese auf eben jene Aufforderung ablehenend oder zustimmend, auf jeden Fall

jedoch glaubend reagiert haben. Hierfür ist es natürlich erforderlich gewesen, das Fake im nachherein als ein solches erkennbar zu machen, während andere Aktionen zur Entfaltung ihrer Wirksamkeit gerade darauf angewiesen sind, nicht als solche erkannt zu werden.

- *Subversives Stören von Veranstaltungen* : *z.B.* durch falsches Klatschen, schwachsinniges Fragen, ständiges Hüsteln, theatermäßiges Inszenieren von Konflikten zwischen den ZuhörerInnen etc.
- *Unsichtbares Theater in öffentlichen Gebäuden, U-Bahnen, Hörsäalen etc.*: bei solcherart Aufführungen werden zumeist irgendwelche Alltagssauereien gespielt, *z.B.* der pöbelnde Angriff auf ein Lesben-Päarchen. Diese Sauerei wird dann von anderen ebenfalls als SchauspielerInnen agierenden AktivistInnen entschieden zurückgewiesen, um auf diese Weise die zufällig beiwohnenden AugenzeugInnen auf die Möglichkeit aktiven Einschreitens aufmerksam zu machen. Für das Gelingen einer solchen Aktion ist allerdings ihre Unsichtbarkeit absolut zentral; andernfalls verliert das beispielhaft inszenierte Einschreiten seine Glaubwürdigkeit!
- *HAPPENING I*: Großaktionen wie die Anti-Papst Demo, die Auslach-Parade des Militärs oder die Beteiligung von autonomen Schwulen und Lesben innerhalb des CSD.
- *HAPPENING II*: Provokationen wie kollektives Schwarzfahren, kollektive Klauaktionen, Smoke-Ins, Nacktauftritte etc.
- *HAPPENING III*: lustige oder ernste Stör-, Verwirrungs- und Chaosaktionen in Hotelfoyers, Theatern, Konzertsäalen etc.
- Gemeinsames Merkmal aller Happenings ist ihr absolut provokativer Charakter; darüberhinaus zeichnen sich viele Happenings durch das Merkmal aus, mittels ungewöhnlicher, lustiger oder auch bizarrer Taten aufklären zu wollen, nicht aber mittels vernüftigen Argumentierens; ein Beispiel hierfür ist die Ausrufung einer Prostituierten zur Gegenpäpstin bei der Anti-Papst-Demo gewesen. Dies ist aber keineswegs immer so; vielmehr können happeningartige Aktionen auch als Türöffner für irgendwelche Aufklärungsklassiker - *z.B Flugblatt und Tanspi* - herhalten; dies ist *z.B.* dann der Fall, wenn kurz vor Beginn eines klassischen Konzertes ein *buntes Hallo* aus Trillerpfeifen, Konfetti, Luftschlangen, Gejohle, Leuchvulkanen etc. entfacht wird, in dessen Verlauf Flugblätter auf den Flug und große Transpis von den Emporen herabgelassen werden.

*Nachbemerkung*: obwohl nicht zu den militanten Klassikern gehörig, wohnt auch vielen kommunikationsguerillartigen Aktionsformen die Gesetzesüberschreitung als ein zentrales Charakteristikum inne.

### 1.4. Aktionsformen IV: Soli-Arbeit

Die Soli-Arbeit ist zwar ebenfalls ein Klassiker, scheint mir aber dennoch - trotz ihrer Vernetztheit mit vielen der schon genannten Aktionsformen - ein relativ eigenständiges Tätigkeitsfeld zu sein. In diesem gilt es zwei Arten der Soli-Arbeit zu unterscheiden:

- *Soli-Arbeit* für persönlich erst einmal unbekannte Menschen bzw. Gruppen (z.B. Nicaragua, PKK, Flüchlinge, Abu-Jamal etc.)
- *Soli-Arbeit* für FreundInnen, Bekannte bzw. MitkämpferInnen, die als Inhaftierte, Angeklagte oder Gesuchte in die Fänge des staatlichen Repressionsapparates geraten sind. Die allermeiste Knast- und Anti-Repressionsarbeit ist mit einem Fuß in diesem Gebiet zu Hause.

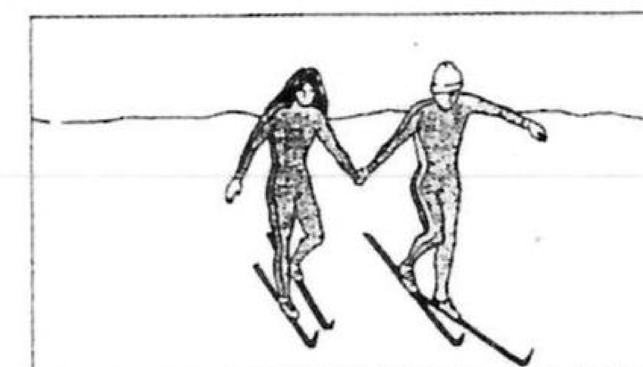
### 1.5. Aktionsformen V: Nicht-öffentliche Aktionsformen

Die Eröffnung dieser Sparte mag auf den ersten Blick den Eindruck einer Verlegenheitslösung erwecken, ist dies aber nicht; sie ist vielmehr Ausdruck spezifisch autonomer Eigentümlichkeiten:

*- Autonome FrauenLesben- und Männergruppen:* Viele dieser Gruppen agieren immer wieder - und manchmal sogar ausschließlich - nur für sich selbst, also nicht-öffentlich. Und trotzdem ist das Tun dieser Gruppen als ein *politisch-aktionsförmiges* zu begreifen, auch wenn dies einige der autonomen Großmeister anders sehen mögen. Denn letzlich ist die Nicht-Öffentlichkeit in *Sachen Geschlechterverhältnis* vor allem in dem Umstand begründet, daß die So-Handelnden zunächst einmal die Dinge für sich selbst klar kriegen und verändern wollen, bevor sie mit dem entsprechenden Anliegen auch an irgendwelche anderen Öffentlichkeiten treten möchten. In diesem Sinne unterscheidet sich eine sehr stark auf sich selbst bezogene autonome Männergruppe von v.a. öffentlich agierenden Gruppen nicht so sehr in ihrem *grundsätzlichem* Anspruch auf Aufklärung, Widerstand etc. (s.u.), sondern vielmehr darin, wer *im jeweiligen Moment* Adressat der eigenen Politik ist: mensch selbst oder irgendwelche Anderen. Dieser Sachverhalt drückt sich auch in dem Umstand aus, daß der erste Schritt in die Öffentlichkeit oftmals die eigene Szene-Öffentlichkeit betrifft; erst wenn es auch dort zu vorläufigen Verständigungen - oder auch Konflikten - gekommen ist, verläßt das entsprechende Anliegen dann - im Gewande welcher Aktionsform auch immer - die eigene Szene. Ergänzend sei noch darauf hingewiesen, daß sich FrauenLesben-Gruppen natürlich schon sehr lange öffentlich betätigt und dabei der gesamten Palette autonomer Politikformen bedient haben!

- *Autonome Organisierung:* Von den praktisch nicht mehr stattfindenden Vollversammlungen sowie einigen Strömungen innerhalb der autonomen Antifa einmal abgesehen, organisieren sich autonome Gruppen größtenteils *nicht-öffentlich*, d.h.: jedermensch zugängliche Treffen existieren nicht; politische Zusammenarbeit ergibt sich stattdessen aus persönlichen Beziehungen. Dies ist zwar häufig kritisiert worden (vgl. stellvertretend hierzu die Heinz Schenk-Debatte, Interim Nr.166 ff), entspricht aber weiterhin autonomer Durchschnittsrealität. Da aber Organisierung - gleich welcher Art -Voraussetzung dafür ist, überhaupt politisch agieren zu können, gilt es auch das politische Gruppentreffen als politisch Aktionsformen zu begreifen, zumindstens dann, wenn der Zweck eines solchen Treffens es ist, emanzipatorisch-solidarische Politik im unten definierten Sinne zu ermöglichen (vgl. 2). Ja, und das gleich trifft natürlich auch auf Vernetzungstreffen oder Großveranstaltungen wie den Autonomiekongreß zu!

- *Soziokulturelle Infrastruktur*: Hausprojekte, Kneipen, Kiezdiskos, Volxküchen etc. Sicherlich, in einem strengen Sinne handelt es sich bei solcherart Infrastruktur-Aktivitäten nicht um Politik bzw. politische Aktionsformen; trotzdem wäre ihre Vernachlässigung sträflich: denn *erstens* kann unter bestimmten Bedingungen auch das pure Bewohnen eines Hauses oder die Veranstaltung einer Volxküche zur politischen Aktionsform werden: nämlich dann, wenn Entsprechendes illegalisiert bzw. kriminalisiert wird. Als Beispiel hierfür seien nur die zahlreichen Hausbesetzungsbewegungen angeführt, die ja für die Entstehung der Autonomen absolut zentral gewesen sind. *Zweitens* ist die Berücksichtigung sozio-kultureller Infrastruktur aber auch deshalb bedeutsam, weil sie die entscheidende Grundlage für die Herausbildung zwischenmenschlicher und sozialer Netzwerke darstellt, in denen sich die Menschen - jenseits ihrer freundschaftlichen Einzel- und Kleinstgruppenbeziehungen - auch als Teil einer Subkultur begreifen können; einer Subkultur, in der - dem eigenen Selbstverständnis zur Folge - nicht nur gelebt, genossen und gelitten, sondern auch verarbeitet, diskutiert und politisch gekämpft wird. Und die Existenz einer solchen Subkultur wiederum ist aus vielfältigen und zum Teil noch näher zu erläuternden Gründen absolute Voraussetzung dafür, daß überhaupt so etwas wie machtvolle autonome Politik-Praxis entstehen kann (vgl. 3.5.). Der Ergänzung halber sei noch hinzugefügt, daß dieser Aspekt für die Autonomen vor allem ob ihrer schon angesprochenen Organisierungspraxis entlang persönlicher Beziehungen eine herausragende Rolle spielt.

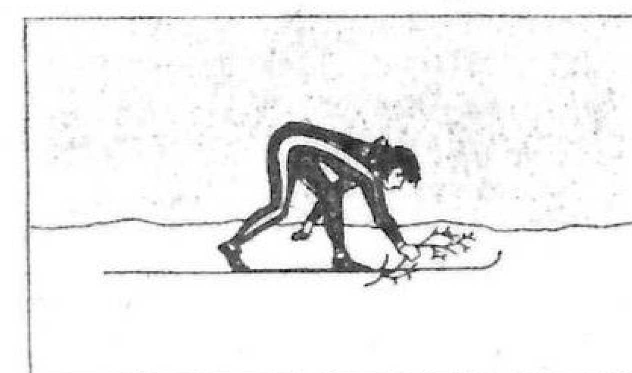


## 2 Zwischenbemerkung: Annäherungen an das Politische

Eigentlich hatte ich gehofft, um eine Definition des Politischen herumzukommen; doch dies scheint mir mehr und mehr unmöglich zu sein, spätestens nachdem ich gerade die in sich vollkommen uneinheitliche 'Gummirubrik' der *nicht-öffentlichen Aktionsformen* eingeführt habe. Deshalb der folgende Versuch: *Politisches Handeln emanzipatorisch-solidarischer Art liegt* dann vor, wenn sich einzelne oder mehrere einerseits um ein *verstehendes Begreifen* der gesamtengesellschaftlichen Wirklichkeit bemühen und dieses Ansinnen andererseits mit dem immer wieder *praktisch verwirklichten* Anspruch verknüpfen, die gesellschaftliche Realität - und damit auch sich selbst - so zu verändern, daß irgendwann einmal umfassende Herrschaftsfreiheit verwirklicht werden kann. Dabei sollte es sich von selbst verstehen, daß vor allem das verstehende Begreifen immer mit dem *kontroversen* Austausch von Argumenten, Einschätzungen und Erfahrungen einhergehen muß. Aus dieser Definition kann holzschnittartig das Folgende geschlußfolgert werden: dort wo irgendwelche Menschen sich nur zum verstehenden Begreifen zusammeschließen, existiert lediglich eine *Seminargruppe*. Wo jene Seminargruppe sich auch um Veränderung bemüht, diese jedoch nur auf die eigene Person beschränkt ( und weitergehende Ansprüche auf gesellschaftsverändernde Maßnahmen gar nicht erst formuliert) handelt es sich um so etwas wie eine *seminaristische Selbsthilfegruppe*. Liegt der Akzent dagegen auf dem Bestreben, Gesellschaft zu verstehen *und* zu verändern, allerdings nur so, daß die ureigensten Interessen berücksichtigt werden, dann hat mensch es mit *Lobbypolitik* zu tun. Und schließlich: wo der widerständige Veränderungswille zwar herrschaftsfreien Idealen verpflichtet ist, dabei jedoch die eigene Person mehr oder weniger stark aus den Veränderungsbestrebungen herausgenommen wird, dort kann wohl von *solidarischer Politik* gesprochen werden, nicht aber von *emazipatorisch-solidarischer Politik*; denn diese setzt, wie oben bestimmt, das Verstehen und Verändern auf *allen* Ebenen voraus.

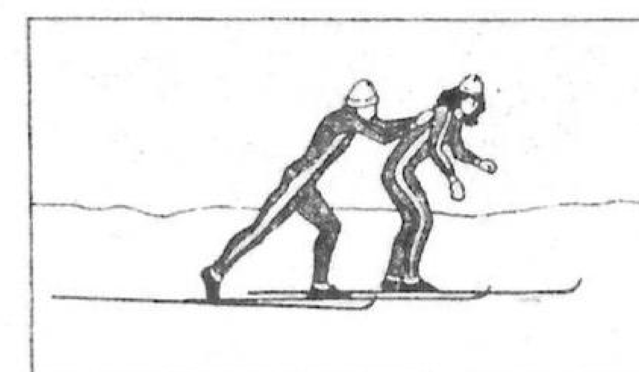
Bei all dem gilt es natürlich, unter jeden Umständen zu vermeiden, die Politik der Selbstveränderung in eine Represssionsmaschinerie verkommen zu lassen, in einen autonomen Justizpalast also, in dem Verstöße gegen autonome Sitten und Gebräuche strengstens geahndet werden. Dies sollte klar sein und ist es meines Erachtens auch für die große Mehrheit der autonomen Szenen. In diesem Sinn gilt es auch, den sogenannten "Benimmregel-Diskurs" (Geronimo) *im wesentlichen* als eine Erfindung seiner GegnerInnen zu entziffern; nämlich eine Erfindung, die sich größtenteils sehr ausschnitthaften und vor allem sehr einseitigen Realitätswahrnehmungen verdankt. Überall dort dagegen, wo tatsächlich so etwas wie Benimmregel-Diskurse existieren (die als solche zweifelsohne hochproblematisch sind), gilt es diese zumeist, als eine Reaktion auf das Verhalten derjenigen Menschen zu begreifen, die sich in den Jahren *vor* der Herausbildung entsprechender Benimmregel-Diskurse einfach geweigert haben - und zwar allen politischen Diskussionen zum Trotz - dem mühsamen Geschäft der Selbstveränderung zu stellen. Soviel zur *grundsätzlichen* Bumerang-Logik der sogenannten Benimmregel-Diskurse. (Daß darüberhinaus auch noch andere Faktoren wie *z.B.* der bürgerlich-protestantische Hang zur Selbstgeißelei an der Herausbildung repressiver Benimmregel-Diskures beteiligt

sind, ist zwar richtig, muß aber dennoch als zweitrangiger Sachverhalt gegenüber dem *Primär*phänomen der grundsätzlichen Bumerang-Logik betrachtet werden.)



## 3 Zur Multifunktionalität autonomer Aktionsformen

Nach den Aktionsformen selbst möchte ich mich jetzt deren Funktionen zuwenden; denn natürlich reicht es nicht aus, die zweckhafte Bedeutsamkeit der einzelnen Aktionsformen für die politisch angestrebten Veränderungen einfach vorauszusetzen. Was vielmehr Not tut, ist ein exaktes Nachdenken darüber, welche Aktionsformen überhaupt imstande sind, welcherart Funktionen bzw. Zwecksetzungen zu erfüllen. Genau hier scheint mir aber eine eklatanter Schwachpunkt im autonomen Politikverständnis vorzuliegen; denn viel zu häufig werden irgendwelchen Aktionsformen zweckhafte Funktionen bzw. Auswirkungen zugesprochen, die diese unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen gar nicht haben können bzw. die diese noch nie gehabt haben! Dieser Kritik gilt es nunmehr nachzugehen; hierfür werde ich zunächst einmal die aus meiner Sicht sechs wichtigsten Funktionen autonomer Politik vorstellen. Erst danach möchte ich besagte Kritik *sytematisch* entfalten. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei allerdings vorausgeschickt, daß ich bereits im Rahmen der Vorstellung der Funktionen diejenigen Schwachpunkte benennen werde, deren systematische Ausarbeitung erst später erfolgen wird. Ein solches unsystematisches Anreißen unterschiedlichster Kritikstränge mag zwar verwirrend anmuten, ist in meinen Augen aber immer noch lesefreundlicher als der sterile Versuch, Darstellung und Kritik gewaltsam auseinander zu reißen.



### 3.1 Funktion I: Aufklärung bzw. symbolischer Kampf

**3.1.1. Zur Aufklärung und ihren Gegenständen.** Über Aufklärung zu reden, erfordert zuallererst eine Verständigung darüber, was denn überhaupt Gegenstand der jeweiligen Aufklärung sein soll. Ich selbst bin auf vier Gegenstände gekommen, bezüglich derer *autonome Aufklärungsprozesse* regelmäßig stattfinden:

a) *Fakten & Infos*: hierbei geht es vor allem um ganz normale Berichterstattung: von den neuesten Plänen der Atommafia über Fascho-Aktivitäten bis hin zu Angriffen auf Lesben und Schwule. Oftmals handelt es sich bei solcherart Berichterstattung um den Versuch, auch solchen Informationen Gehör zu verschaffen, die in der Regel aus dem allgemeinen Nachrichtenstrom herausfallen; das geflügelte Wort hierzu ist das der *Gegenöffentlichkeit*.

b) *Gesellschaftliche Mechanismen und Zusammenhänge*: hier steht das Ziel im Mittelpunkt, auf der Grundlage von Fakten & Infos komplexere Zusammenhänge aufzuzeigen, häufig unter Bezugnahme auf grundlegende gesellschaftliche Strukturen: *z.B.* die Zusammenhänge (1) zwischen Castor, Kapitalismus und Weltmarkt, oder die (2) zwischen rassistischer Diskriminierung, patriarchalem Normalzustand und verstärkten Angriffen auf Lesben und Schwule durch Migranten-Jugendliche oder die (3) zwischen Pegel-Alkoholismus, Betäubungsmittelgesetz und Drogenprostitution. In diese Sparte gehört zudem die Aufklärung über ganz alltägliche Mechanismen, auch über solche, die oftmals gar nicht so empörend erscheinen, *z.B.* die Aufklärung über den sog. *geheimen Lehrplan,* also darüber, welche Bedeutung Zensuren, 45-Minutentakt, autoritäres LehrerIn-SchülerIn-Verhältnis etc. für die Vorbereitung der SchülerInnen auf den kapitalistischen Arbeitsmarkt haben.

c) *Andere bzw. alternative Lebens- und Verhaltensweisen*: wie oben bereits angeklungen bedeutet Autonom-Sein - in ämtlichen seiner Schattierungen - mehr als die bloße Anprangerung irgendwelcher gesellschaftlichen Mißstände, zumindestens seinem Anspruch nach. Denn in der Regel geht es immer auch um das praktische Bemühen nach alternativer, oppositioneller oder schlicht und einfach: *anderer* Lebensart. Hierzu kann (1) das Leben in WGs, Kommunen oder Wagenburgen genauso gehören wie (2) lesbische, schwule oder andersweitige Lebensweisen oder (3) die Umverteilung privater Einkommen im Rahmen von Finanz-Coops. Ja, und genau solche und andere Lebensarten können zum Gegenstand aufklärerischer Politik werden - und zwar spätestens dann, wenn sie durch Räumungen, Diskriminierungen u.ä. bedroht sind.

d) *Denk- und Wertemuster*: dieser Aufklärungsgegenstand unterscheidet sich von den bislang genannten dahingehend, daß er nur in den seltesten Fällen selber zum ausdrücklichen Gegenstand aufklärerischer Politik gemacht wird; vielmehr handelt es sich um eine Gegenstandsebene, die in jedem Aufklärungsakt immer schon anwesend ist und über die deshalb automatisch mitaufgeklärt wird, ganz gleich ob dies von den politischen AufklärerInnen beabsichtigt ist oder nicht. Begründet ist dies darin, daß jedem Wissens- bzw. Aufklärungskomplex - und zwar insbesondere dann, wenn er mit politischen Forderungen auftritt - ganz spezifische Denk- und Wertemuster zugrunde liegen, *zum Beispiel* bezüglich folgender Fragen:

- ob alle Menschen das grundsätzliche Recht auf Gleichbehandlung haben - und zwar überall und ohne jeden Abstrich - oder ob nicht die je eigenen StaatsbürgerInnen das Recht auf Vorzugsbehandlung haben,
- ob soziale Ungleichheit *als solche* ein unvermeidbares oder gar gerechtes Übel darstellt oder ob soziale Ungleichheit nicht prinzipiell vermieden werden kann bzw. soll,

- ob Machtstrukturen, Egoismus und autoritäre Unterordnungsbereitschaft in der Natur des Menschen verwurzelt sind oder nicht vielmehr als das Produkt sozialer Prozesse verstanden werden müssen,
- ob hiesige Wohlstands- und Sicherheitsbedürfnisse tatsächlich erstrebenswert sind oder ob es nicht auch sehr viel schlichter vonstatten gehen könnte,
- ob tatsächlich die Arbeit - als Arbeit an sich - das den Menschen erst zum Menschen Adelnde ist oder ob es nicht der Arbeit einen sehr viel nüchterneren Stellenwert einzuräumen gilt, als dies in der bürgerlich-patriarachalen Gesellschaft gemeinhin der Fall ist,
- ob die Existenz zweier Geschlechter eine unhintergehbare Naturtatsache ist oder ob nicht bereits das geschlechterduale Denken, Empfinden und Handeln als ein sozialer und deshalb veränderbarer Sachverhalt aufgefaßt werden muß,
- usw. usf..

Daß jener Zusammenhang zwischen (Aufklärungs-)Wissen sowie dazugehörigen *Polit-Forderungen* einerseits und besagten Denk- und Wertemustern *andererseits* tatsächlich existiert und zudem bedeutsam ist, läßt sich nunmehr darin ablesen, daß bestimmte und in irgendwelchen Aufklärungsakten transportierte Fakten & Infos bzw. gesellschaftliche Mechanismen für eine Person erst unter der Bedingung denkbar, relevant und damit handlungsstimulierend werden, daß sie über ganz bestimmte Denk- und Wertemuster verfügt: denn nur, wenn ich soziale Gerechtigkeit für prinzipiell erzielbar *und* erstrebenswert halte, werde ich überhaupt imstande und gewillt sein, mich ernsthaft mit der real grassierenden Ungerechtigkeit auseinanderzusetzen und zudem über Wege nachzudenken, was geschehen müßte, damit *arm* und *reich* als Realität verschwinden könnten (und zwar ohne hierbei sofort die Schere im Kopfe sitzen zu haben, daß dies aus irgendwelchen Gründen sowieso nicht klappen könnte). Und gleiches gilt auch - um noch ein weiteres Beipiel zu nennen - für die Flüchtlingspolitik: nur wenn ich von dem prinzipiellen Recht der Gleichbehandlung ausgehe - oder zumindestens von der fundamentalen Gültigkeit aller Menschenrechte -, besteht überhaupt die Chance, daß mich die reale Diskriminierung und Verfolgung empören und dadurch zur politischen Handlung veranlassen könnte. Und weil das so ist, weil also Wissen immer mit ganz spezifischen Denk- und Wertemustern einhergeht, ist es schlicht und einfach unvermeidbar, daß jeder Aufklärungsakt immer auch die Aufklärung bzw. Botschaft darüber mitbeinhaltet, vor welchem Denk- und Wertehorizont er selbst und die in ihm enthaltenen Forderungen formuliert sind. (vgl. hierzu ausführlich: 4.1)

**3.1.2. Zum Selbstverständnis autonomer Aufklärung**. Nachdem es bislang um die *Gegenstände* der Aufklärung gegangen ist, möchte ich mich jetzt dem *Selbstverständnis* zuwenden, mit dem die bzw. der gemeine Autonome gemeinhin Aufklärung betreibt; hierbei gilt es meines Erachtens v.a. zwei Aspekte hervorzuheben:
Dem *autonomen* Aufklärungswillen liegt *erstens* die Überzeugung zugrunde, daß gesellschaftliche Veränderung - vor allem solche grundlegender und damit revolutionärer Natur - nicht durch Gewalt, Putschereien u.ä. erzwungen, sondern letztinstanzlich nur durch die aktive Zustimmung und Beteiligung großer Teile der Bevölkerung erzielt werden kann (was eventuell notwendig werdende Kämpfe zur endgültigen Durchsetzung befreiter verältnisse mitnichten ausschließt); und jene Fähigkeit zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Entscheidungs- und Organisationsprozeß ist eben nur durch vielschichtige Aufklärungsarbeit herbeiführbar. Militanz - so das auch von mir geteilte autonome Durchschnittsverständnis - kann (und muß) jenen Aufklärungsprozeß zwar unterstützen, ersetzen kann sie die vor allem mit Argumenten und Selbstauseinandersetzungen operierende Aufklärungsarbeit jedoch nicht. Oder mit anderen Worten: im Kern handelt es sich bei eben dieser Überzeugung - daß nämlich Veränderung nur durch massenhafte Bevölkerungs-Beteiligung erreicht werden könne - um jenen anti-leninistischen Urimpuls autonomer Politik, der - im klassisch autonomen Selbstverständnis - in der Forderung zusammengefaßt ist, Politik doch bitte nur in der *ersten Person* zu betreiben; denn anders, als häufig unterstellt, ist hiermit nicht im geringsten die Forderung gemeint, nur für die eigenen Interessen kämpfen zu dürfen; denn dies wäre nichts anderes als schlechte Lobbypolitik. Worum es geht, ist vielmehr die Überzeugung, daß jede Stellvertreterpolitik - also das leninsche Prinzip der voranstürmenden Elitepartei - grundsätzlich zum Scheitern verurteilt ist! Denn letztlich setzt die befreite Gesellschaft bereits relativ befreite Menschen voraus, und diese wiederum lassen sich nicht per autoritären Aufklärungs-Knopfdruck von oben herbeibefehlen; im Gegenteil: hierfür bedarf es stattdessen behutsamer Aufklärungs-, vor allem aber kompliziert-schmerzhafter Selbstaufklärungsprozesse. Denn nur so können die Menschen die notwendige Kompetenz erlangen, sich aktiv an gesellschaftsverändernden Prozessen zu beteiligen und damit Politik in der ersten Person zu betreiben. (In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, daß noch keinE AutonomeR vom Himmel gefallen ist; vielmehr kann jedeR AutonomeR auf einen mehr oder weniger langen Entwicklungsprozeß zurückschauen, der sie bzw. ihn zu dem gemacht hat, was sie bzw. er am heutigen Tage ist; und dies gilt selbst für diejenigen Autonomen, die persönlichen Emanzipationsprozessen - vorsichtig formuliert - reserviert gegenüberstehen.
*Zweitens*: das autonome Aufklärungsverständnis erschöpft sich aber nicht in der grundsätzlich richtigen Behauptung, daß es eigentlich massenhafter (Selbst-) Aufklärungsprozesse bedürfte; vielmehr geht jenes Grundprinzip auch noch mit der ziemlich zweifelhaften Überzeugung einher, daß solcherart Aufklärung ohne viel *Federlesens* möglich sei; verkoppelt ist jene Fehleinschätzung häufig mit der These, daß es den Menschen vor allem an Wissen fehle und daß Aufklärung deshalb in erster Linie in der Vermittlung einerseits von Fakten & Infos und andererseits von

gesellschaftlichen Zusammenhängen und Mechanismen bestünde. Jener Doppelgrundsatz, nach dem die Faktenvermittlung nicht nur ein Notwendiges, sondern auch ein Einfaches wäre, wird in dieser Ausdrücklichkeit nur sehr selten vertreten - denn schließlich ist seine Naivität unübersehbar -, und dennoch regiert er hinterrücks das Politikverständnis vieler Autonomer. Ablesbar ist dies nicht nur an der Unverdrossenheit, mit der viele Autonome immer wieder ihre Inhalte durch faktengeschwängerte Texte und Reden zu vermitteln versuchen, anstatt die Verinnerlichung radikaler Fakten & Infos als einen ganzheitlichen Prozeß zu betrachten, dessen Gelingen weniger von der unmittelbaren Kenntnis radikaler Positionen abhängt als vielmehr von der Herausbildung einer radikalen Gesamtpersönlichkeit und dessen Umsetzung deshalb mehr und anderes als die pure Faktenvermittlung erfordert. Nein, festmachen tut sich besagter Doppelgrundsatz überdies an dem beliebten Ritual, den Erfolg irgendwelcher Aktionen daran zu messen, inwieweit es gelungen ist, sachliche Berichterstattungen in der sogenannten bürgerlichen Presse zu ergattern, d.h. inwieweit das je eigene Anliegen - im Rahmen der Berichterstattung über irgendwelche Aktionen - eingermaßen richtig wiedergegeben wurde. Daß *beides* jedoch - sowohl das unermüdiche Wegsenden von Infos in eine nicht näher definierte Öffentlichkeit als auch das Erscheinen dieser Infos in bürgerlichen Presseerzeugnissen - möglicherweise sinnlos ist (zumindestens im Sinne der ursprünglichen Absicht), und zwar deshalb sinnlos, weil die Mehrzahl der hierdurch angesprochenen MediekonsumentInnen nicht über diejenigen Denk- und Wertemuster verfügt, die eine Wahrnehmung, Entschlüsselung und Akzeptanz eben jener Anliegen und Polit-Forderungen erlauben würden, wird hierbei geflissentlich übersehen. Auf dieses Problem wird noch ausführlich zurückzukommen sein! (Vgl. 4.1. und 4.2.)

**3.1.3. Aufklärung und symbolischer Kampf.** Weiter oben ist - als Alternativbegrifflichkeit *zur Aufklärung* - immer wieder deshalb vom symbolischen Kampf die Rede gewesen, weil aus meiner Sicht die Begrifflichkeit des *Kampfes* der Realität sehr viel mehr gerecht zu werden scheint als das friedfertige Wort der *Aufklärung*; denn Aufklärung ereignet sich nicht in einem ansonsten aufklärungsfreien Raum, im Gegenteil: grundsätzlich muß sich - und genau das ist Politik! - jeder Aufklärungsakt gegenüber unendlich vielen anderen, ebenfalls als Aufklärungsakte daherkommenden Positionen durchsetzen bzw. behaupten; gelingt ihm das nicht, dann kommt dies einer Verabschiedung aus eben jenem symbolischen bzw. diskursiven Kampffeld gleich, auf dem sich die unterschiedlichsten Akteure - unter Einsatz ganz verschiedenartiger Mittel - darum streiten, wer denn die gesellschaftliche Welt nicht nur am angemessensten beschreibt bzw. analysiert, sondern wer darüberhinaus auch noch die überzeugendsten Problemlösungsangebote im Gepäck hat. Soviel zum symbolischen Kampf; ergänzt sei nur noch, daß es in den letzten Jahren den Autonomen fortwährend schlechter gelungen ist, irgendeinen Stich im symbolischen Kampf zu landen; hierfür ist die symbolische bzw. diskursive Übermacht der GegnerInnen - von den Privatmedien bis hin zu den Grünen - einfach zu groß gewesen. Auch hierauf wird zurückzukommen sein. (vgl. 4 und 4.2.)

**3.1.4. Autonome Politik als Aufklärungspolitik.** Ich möchte mich jetzt der Frage zuwenden, ob und auf welche Weise die oben aufgelisteten Aktionsformen aufklärerischen bzw. symbolisch kämpfenden Charakters sind. Meine These hierzu ist schlicht: *praktisch alle autonomerseits durchgeführten Aktionsformen stehen auf die eine oder andere Weise im Dienste der Aufklärung!* (Über die anderen Dienste wird weiter unten noch zu reden sein!) Inbegriff aufklärerischer Politik sind hierbei (1) die nicht-militante Demo, (2) die Kundgebung und (3) das an öffentlichen Plätzen verteilte Flugblatt; aber auch (4+5) die Soli- und Boykottarbeit kann - von ihren praktischen Aspekten einmal abgesehen - zu diesen Aufklärungsklassikern hinzugezählt werden, die sich in ihrem aufklärerischen *Dienst-Bezug* insbesondere durch vier Aspekte auszeichnen:

a) *Gegenstand* ihrer Aufklärung - also derjenigen der Aufklärungsklassiker - sind normalerweise Fakten & Infos sowie gesellschaftliche Zusammenhänge bzw. Mechanismen.
b) *Angesprochen* wird von ihnen in aller Regel die allgemeine Öffentlichkeit, von den zufällig anwesenden PassantInnen über die Politik bis hin zur Presse.
c) Erzielt werden soll solcherart Klassiker-Aufklärung durch einen *aktiven und klaren Input*, also dadurch, daß innerhalb des symbolischen Kampffeldes eine eigene und als solche erkennbare Position aufgebaut wird.
d) Die auf diese Weise funktionierende Aufklärung ist in ihrem Selbstverständnis nicht auf *Unterstützung durch andere Aktionsformen* angewiesen; ist *z.B.* das Flugblatt erst einmal an die Frau oder den Mann gebracht, dann spricht dieses weitgehend für sich selbst; irgendwelcher Lesehilfen bzw. -anreize bedarf es nicht, zumindestens scheinen dies die so agierenden AufklärerInnen zu glauben; oder wie sonst ist es erklärbar, daß nicht zuletzt Autonome die Bevölkerung regelmäßig mit zumeist *isoliert* daherkommenden Aufklärungsbotschaften beglücken, sei es auf Flugis und Transpis, oder sei es auf Plakaten und Spuckis, die an irgendwelchen Orten in der Öffentlichkeit angebracht sind. Von den endlosen Politsprühereien, die die meisten Menschen noch nicht einmal von Graffitis unterscheiden können und die deshalb in erster Linie unter sauberkeitsneurotischen Gesichtspunkten betrachtet werden, möchte ich gar nicht erst reden; denn diese sind in aufklärerischer Hinsicht sehr häufig - keineswegs aber immer - noch sinnloser als Flugis, Spuckis u.ä. Denn schließlich bedarf doch gerade die Entschlüsselung von Kurzbotschften eines ganz spezifischen Wissens- und Interessehorizontes. Existiert dieser nicht, dann muß die entsprechende Botschaft bedeutungslos bleiben,

oder eben die Bedeutung eines Schmutzflecks annehmen! (Mehr Aufschluß über den Hintergrund dieser sicherlich polemischen Kritik wird hoffentlich mein Aktionskonzept vermitteln können.)

Entscheidend ist nunmehr, daß andere Aktionsformen zwar auch dem symbolischen Kampf bzw. der Aufklärung verpflichtet sind, sich von eben jenen Aufklärungsklassikern aber in einem oder mehreren der vier genannten Punkte unterscheiden:

Zu a) *Aufklärungsgegenstand* einiger Aktionsformen sind nicht so sehr Fakten&Infos bzw. irgendwelche gesellschaftliche Großzusammenhänge, sondern vielmehr die alle Lebensbereiche durchziehenden *Alltagsgesetze*, deren alltägliche Akzeptanz und Vollstreckung durch die ganz normale Bevölkerung ebenfalls zur Aufrechterhaltung des kapitalistisch-patriarchalen Normalzustandes beiträgt. Insbesondere die Methoden der Kommunikationsguerilla versuchen sich auf diesem Feld, *z.B.* im Kampf wider die autoritäre Unterordnungsbereitschaft gegenüber Behörden, ÄrztInnen, KontrolleurInnen etc. Häufig geht dies mit der gezielten Thematisierung ganz bestimmter Denk- und Wertemuster einher, die mittels ausdrücklicher Normenverletzung - oder umgekehrt: mittels übereifriger Normenerfüllung - überhaupt erst sichtbar gemacht werden sollen. (Erinnert sei *z.B.* an den angeblichen Zwangs-Aidstest, durch den die Angesprochenen darauf aufmerksam gemacht werden sollen, daß das alltägliche Verhältnis zwischen Behöden und BürgerInnen durch untergründige Autoritätsverhältnisse gesteuert ist. Ein anderes Beispiel - diesmal im Rahmen ausdrücklicher Normenverletzung - wäre ein kollektiver Massendiebstahl; die zufälligen ZeugInnen eines solchen Aktes würden hierdurch einmal mehr auf die gar nicht so selbstverständliche Selbstverständlichkeit hingewiesen werden, daß ungerechte Besitzverhältnisse keinesfalls Naturnotwendigkeiten darstellen, sondern vielmehr das Produkt komplexer Prozesse aus Herrschaft und Einwilligung sind.)

Zu b) Anders als Demos u.ä. beschränken sich viele Aktionsformen von vorneherein auf ein ganz bestimmtes Spektrum, das es zu erreichen gilt, *z.B.* den eigenen Stadtteil oder - noch enger - die eigene Szene und das dazugehörige Umfeld; beabsichtigt ist also lediglich das Erreichen ganz bestimmter Teil- oder Gegenöffentlickeiten, anstatt sich ganze generell der *gesamten Öffentlichkeit* zu präsentieren. Beliebte Aktionsformen hierzu sind Veranstaltungen, Zeitschriften, Infoläden etc.

Zu c) *Aktiver und klarer Input* ist nur eine Möglichkeit unter vielen, im Aufklärungskampf mitzumischen; andere Strategien gehen indirekter vor; so sind *z.B.* Blockaden und Störaktionen bestrebt, die eigene Position durch die direkte Behinderung bzw. Bekämpfung des diskursiven Aufklärungs-Gegners stark zu machen, und zwar nicht zuletzt dadurch, daß mittels Störungen des Gegners immer auch ein Licht auf die eigene Position geworfen wird; gelingen kann dies allerdings nur, wenn entsprechende Blockaden u.ä. von jeweils passenden Aufklärungsaktionen durch Flugblätter, Veranstaltungen etc. begleitet werden; andernfalls wird keine Position erkennbar, auf die ein Licht geworfen werden könnte. Genau dies scheint mir aber immer wieder deshalb vorzukommen, weil der *puren Verhinderung von etwas* oftmals die ganze Aufmerksamkeit geschenkt wird, in dem zumeist irrigen Glauben, durch Unsichtbarmachung sei der Gegner bereits hinreichend bekämpft (unter diesem Problem scheint mir *z.B.* die Auseinandersetzung mit dem Euthanasiebefürworter Singer immer wieder zu leiden). Noch subversiver - wenn auch nicht automatisch wirkungsvoller - sind so manche Kommunkaktionsguerilleras: sie verzichten gleich darauf, irgendeine Position im Aufklärungskampf zu beziehen; stattdessen ziehen sie es vor, durch mehr oder weniger spektakuläre Aktionen aufklärerische Selbsterkenntnisprozesse anzustoßen: erinnert sei *z.B.* an 'die' StudentInnen in Münster, die bereitwillig der auf Schildern angebrachten Aufforderung nachgekommen sind, sich am Mensaeingang in zwei Schlangen aufzustellen, getrennt nach 'Ausländern' und 'Deutschen'. Durch jene herbeiprovozierte Fehlleistung sollten die deutschen StudentInnen zu der Selbsteinsicht gezwungen werden, daß sie latent nationalistisch und rassistisch, vor allem aber unreflektiert, hörig und autoritätsfixiert sind. (Inwieweit allerdings die auf diese Weise aufgezwungenen Selbsteinsichten imstande sind, irgendwelche nennenswerte Veränderungen nach sich zu ziehen, ist ausgesprochen zweifelhaft; denn Voraussetzung für jedwede Selbstveränderung ist die Stetigkeit in der Auseinandersetzung mit sich selbst; eine solche Stetigkeit setzt jedoch soziale Zusammenhänge voraus, die bereit und gewillt sind, derartige Auseinanderesetzungen zu führen; insofern handelt es sich bei den aktionistisch herbeigeführten Selbsteinsichten gerademal um die eine Hälfte der Medaille, ohne daß hierbei allerdings erkennbar werden würde, woher denn die andere Hälfte so plötzlich kommen soll. Als grundsätzliche Kritik möge dies im Moment genügen. Vgl. ansonsten 4)

Zu d) Während Demos, Kundgebungen, Flugis etc. vorgeben, für sich selber stehen zu können (auch wenn die Wirkung eines in der FußgängerInnenzone verteilten Flugblattes denkbar gering ist, vgl. 4), trifft dies auf militante Aktionsformen überhaupt nicht zu, es sei denn, diese sind direkt widerständiger Natur (vgl. 3.3.). Denn aus sich selbst heraus sind - wie im weiteren Textverlauf noch ausführlich zu zeigen sein wird - militante Aktionsformen relativ sprachlos, so daß *z.B.* ein abgefackeltes Auto erst durch mühsame Akte der Bedeutungszuweisung zum Politikum werden kann; vorher ist es allenfalls ein Ärgernis für seine BesitzerInnen bzw. Kurzweil für die Schaulustigen. Konkret bedeutet dies, daß erst dann, wenn es tatsächlich gelungen ist, eine Verknüpfung zwischen den Ereignissen *brennendes Auto* einerseits und *politische Botschaft* andererseits herzustellen, überhaupt die Chance vorhanden ist, daß die Fackelei als eine politisch motivierte anerkannt und dadurch in den Stand gesetzt wird, in die symbolischen Kämpfe um

Aufklärungsvormacht einzugreifen, ganz gleich, wie stark ein solches Vorgehen auch verdammt bzw. zurückgewiesen werden mag. Hieraus folgt indes, daß auch militante Aktionsformen am Aufklärungsprozeß beteiligt sein können, und zwar dann, wenn sie *zusammen* mit nicht-militanten Aktionsformen auftreten. Ja, und genau dies schein mir, in der BRD vielfach der Fall zu sein; oder krasser noch: die *Mehrzahl* aller militanten Aktionsformen - vom Schlösserverkleben bis zum Brandanschlag - ist meines Erachtens stärker in die widerständigen Aufklärungsprozesse eingebunden als in konkrete Widerstandshandlungen, auch wenn sich dies im Selbstverständnis vieler militanter KämpferInnen anders darstellen mag. (Was dies im Einzelnen bedeutet, dürfte sich in voller Klarheit erst vor dem Hintergrund des von mir skizzierten Aktionskonzeptes erschließen. Zum Widerstand: vgl. 3.3.)

**3.1.5. Militanz, Aufklärung und Mobilisierung (Oder: zur heimlichen Zielsetzung linksradikaler Aufklärungspolitik.)**Wie die gerade angesprochene Einbindung militanter Aktionsformen in widerständige Aufklärungsprozesse aussehen kann, möge nunmehr - in einem ersten Schritt der Annäherung - anhand des Anti-AKW-Widerstandes demonstriert werden. Der Konkretheit halber wird hierbei der Ausgangspunkt meiner Überlegungen die kritische Auseinandersetzung mit zwei immer wieder die Runde machenden Mißverständnissen sein. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei jetzt noch der Hinweis angebracht, daß der Anti-AKW-Widerstand lediglich Aufhänger der nachfolgenden Analyse sein wird, nicht aber deren vorrangiger Gegenstand. Ziel meiner Überlegungen ist es vielmehr, der Frage nachzugehen, auf welche Weise es möglich ist, Militanz in öffentliche und private Kommunikationsprozesse einzuspeisen; auf diese Frage eine Antwort zu finden, ist aus meiner Sicht vor allem deshalb beutsam, weil von hieraus ein direkter Weg zu der alles entscheidenden Kernfrage führt, worin denn sinnvollerweise das Ziel radikaler Aufklärungspolitik bestehen sollte. In diesem Sinne wird es nunmehr - unter Rückgriff auf das bereits Ausgeführte - vor allem um grundsätzliche Weichenstellungen gehen, ohne daß dies allerdings mit bereits endgültigen Grundsatz-Antworten verknüpft sein würde. Dies gilt insbesondere für die Militanz, die an dieser Stelle nur aus einem ganz bestimmten Blickwinkel heraus betrachtet werden soll, deren vollständige Würdigung jedoch den Abschnitten 3.3.2. und 5 vorbehalten ist.

Das *erste,* v.a. in bürgerlichen Kreisen zirkulierende Mißverständnis lautet, daß Militanz nicht-militanten Aktionsformen schaden würde, also solchen Aktionen, die im Rahmen des Anti-AKW-Widerstandes - und zwar nur dort!!! - vorwiegend von solchen Menschen getragen werden, die auch inhaltlich weniger radikale Positionen vertreten. Meines Erachtens ist das glatte Gegenteil der Fall; denn oftmals - und dies hat der letzte Castor-Transport eindrucksvoll bestätigt - sind es erst die militanten Aktionsformen, die ein Thema überhaupt in die Schlagzeilen bringen. Begründet ist dies zunächst einmal darin, daß militanten Aktionen immer dann, wenn es sich um größere bzw. ausgesprochen folgenreiche handelt, ein nicht zu unterschlagender Ereigniswert innewohnt, und sei es nur deshalb, weil solche Anschläge vor allem von Boulevardmedien und populistischen PolitikerInnen zum Anlaß genommen werden, nicht nur das enstprechende Thema in Mißkredit zu bringen, sondern zusätzlich auch noch - gleichsam aus aktuellem Anlaß heraus - die Verschärfung irgendwelcher Strafgesetze einzufordern. Ist das aber der Fall, dann werden spätestens hierdurch zahlreiche JournalistInnen, PolitikerInnen, GewerkschafterInnen etc. aus der links-bürgerlichen Ecke auf den Plan gerufen; diese sind nämlich - durchaus richtigerweise - der Ansicht, daß durch derartige Medienhetze, das auch von ihnen für sinnvoll und notwendig erachtete Anliegen - z.B der Anti-Castor-Widerstand - in der öffentlichen Wahrnehmung in Verruf gebracht werden könnte; das aber soll mit Hilfe einer regen und oftmals prompten Betriebsamkeit verhindert werden: neben Pressekonferenzen, parlamentarischen Eingaben, Interviews etc. sind hier vor allem die zahlreichen Zeitungsartikel hervorzuheben, in denen besagte JournalistInnen durch bemühte Sachlichkeit versuchen, den berechtigten Kern des Protestes in den Vordergrund zu rücken, ohne sich hierbei allerdings Rechenschaft darüber abzulegen, daß es erst die schon laufende Konfrontationsdynamik gewesen ist - und damit auch die nicht ignorierbaren Schäden, zu denen im Rahmen des Anti-Castor-Widerstandes nicht zuletzt die millionenfachen Reiseverspätungen durch zerstörte Oberleitungen gehört haben - die sie überhaupt dazu bewogen, entsprechende Artikel zu verfassen. (Konkret bedeutet dies, daß autonome Militanz ihre inhaltlich gleich noch näher zu bestimmende Aufklärungs- und Mobilisierungswirkung über ein in dieser Form oftmals gar nicht beabsichtigtes Ausspielen ganz verschiedenartiger Interessen entfaltet; was es hiermit im Einzelnen auf sich hat und auf welche Weise eben dieses Ausspielen mit der v.a. von den Medien immer wieder vorgenommenen Aufspaltung in gute und böse ProtestlerInnen zusammenwirkt, darauf werde ich im folgenden noch ausführlich zu sprechen kommen.) Ist die 'Sache' aber erst einmal auf den verschiedensten Ebenen ins Rollen gebracht - und zwar durch ein komplexes Zusammenspiel aus Militanz, legalen Aktionsformen, staatlicher Repression sowie verschiedenartigen Pressereaktionen - dann ist ein gewisses Folgeinteresse garantiert. Die MedienkonsumentInnen wollen dann nämlich wissen wie es weitergeht, sei es aus einem ehrlichen und gleich noch näher zu erläuterndem Sachinteresses heraus oder sei es aus reiner Sensationsgier; ob bei dieser Gier die klammheimliche und als solche zumeist nicht eingestandene Freude überwiegt oder die aufrichtige Empörung, ist hierbei zweitrangig; wichtig ist nur, daß das jeweilige Thema überhaupt - so oder so - als allgemeines Gesprächsthema durch die öffentlichen *und* privaten Räume zirkuliert; in welchem Sinne ein solches Zirkulieren bedeutsam ist bzw. in welchem Sinne es anders, als gemeinhin angenommen, nicht so sehr allgemeinen Aufklärungszwecken dienlich, sondern vielmehr als Motor *autonomer* bzw. *linksradikler* Aufklärungsprozesse zu begreifen ist, darauf wird gleich noch ausführlich einzugehen sein. Ergänzend sei jetzt nur noch angemerkt, daß es gerade in der Anti-Castor-Bewegung besonders einfach gewesen ist, die linksliberale Medien-Öffentlichkeit für eine

halbwegs sachliche Berichterstattung zu gewinnen. Denn der Anti-AKW Kampf ist ein uraltes Projekt linker Widerstandpolitik,, welches sich nicht nur großer Bekanntheit, sondern auch einer vergleichsweise großen Zustimmung erfreut; und das wiederum hat sowohl mit der relativen Einfachkeit des Themas zu tun als auch damit, daß der Ausstieg aus der Atom-Energie erst einmal keine ernsthaft spürbaren Konsequenzen nach sich ziehen würde. Denn während - um nur ein Beispiel zu nennen - die weltweite Armutsproblematik nur durch eine radikale Reduzierung unseres hiesigen Lebensstandards aufgelöst werden könnte, sind derartige Phänomene bei einem Ausstieg aus der Atom-Energie nicht zu befürchten. Umgekehrt heißt das aber auch, daß es um so schwieriger sein dürfte, eine auch nur einigermaßen faire Berichterstattung zu erheischen, je eindeutiger ein Thema nur von der autonomen Linken besetzt ist; denn je weniger JournalistInnen und andere aufgeschlossene ZeitgenossInnen an einer Thematik *persönlich* interessiert sind, desto schwächer ist deren Bedürfnis *und* Bereitschaft, den 'guten und gerechten' Kern eines politischen Anliegens vor dessen angeblicher Zerstörung durch destruktive Militanz in Schutz zu nehmen. (Damit eine solche Indienstnahme kritisch-bürgerlicher Medien auch zugunsten linksradikaler Anliegen gelingt, bedarf es schon einer sehr gekonnten Verknüpfung militanter und nicht-militanter Aktionsformen. Mehr Aufschluß hierüber vermag hoffentlich der dritte Teil zu vermitteln.)

Hiermit bin ich bereits beim *zweiten* Mißverständnis angelangt: Dieses besteht darin, daß militante Autonome die weitgehende Nicht-Beachtung radikaler Positionen innerhalb der bürgerlich-kritischen Medienöffentlichkeit - eine Nicht-Beachtung, der zumeist die altbekannte Aufspaltung in gute Nicht-Militante und böse Militante zugrunde liegt - als eine ernstzunehmende Schwächung linksradikaler Aufklärungs- und Mobilisierungsbemühungen begreifen.

Eine solche Sorge ist meines Erachten genauso wenig wie etwaige Aufgeregtheit angebracht; denn letztlich steckt hierhinter lediglich die sowieso irrige Annahme, alles könnte besser sein, wenn es nur gelingen würde, radikale Positionen stärker unters 'Volk' zu bringen. Diese Einschätzung ist jedoch grund-falsch, verkennt sie doch den bereits kurz angerissenen Umstand, daß die Übernahme radikaler Positionen nicht so sehr von deren Kenntnis abhängt, sondern vielmehr davon, ob diese zu den je individuellen Denk- und Wertemustern passen oder nicht! Diese Muster sind jedoch - und auf diese These wird im Abschnitt 4.1 noch ausführlich einzugehen sein - bei der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung so geartet, daß diese mit radikalen Positionen schlicht und einfach nichts anzufangen weiß. Genau deshalb ist aber die tendenzielle Nicht-Beachtung radikaler Inhalte durch die bürgerlich-kritische Medienöffentlichkeit nicht wirklich schlimm; denn selbst wenn es zu einer breitgestreuten Wiedergabe linksradikaler bzw. autonomer Standpunkte kommen würde, hätte dies keine ernstzunehmenden Auswirkungen auf die grundsätzliche Problematik. In diesem Sinn sollte solcherart Wiedergabe auch nicht zum Prüfstein für die Erfolghaftigkeit autonomer Politik gemacht werden. Wichtiger ist vielmehr - und hierzu vermag gerade Militanz einen bdeutsamen Beitrag zu leisten - daß durch eine einigermaßen ausgewogene Berichterstattung die Aufmerksamkeit des liberalen bzw. linken BürgerInnentums auf den Sachverhalt gelenkt wird, daß überhaupt ein Problem existiert. Und das wiederum ist deshalb wichtig, weil auf diese Weise das *Interesse* eben derjenigen BürgerInnen geweckt werden kann, die zwar nie und nimmer auf einer Protestaktion erscheinnen würden und die zudem noch nicht einmal ein wirklich persönliches Veränderungsinteresse haben, die aber sehr wohl bereit sind, sich mit gesellschaftlichen Problemstellungen kritisch auseinanderzusetzen, ganz gleich wie zahn- und folgenlos ein solches oftmals pseudo-behutsames Nachdenken auch sein mag. Ist dies aber der Fall, dann ist eine weitere und vor allem wichtige Schubkraft erschaffen, die imstande ist - zusammen mit bereits bestehenden Schubkräften, denen ebenfalls je spezifische *Interessen* zugrundeliegen -, für den Verbleib des je umstrittenen Themas im *allgemeinen* Gespräch zu sorgen. (Zu jenen weiteren *Interessen* - und den aus ihnen hervorgehenden Schubkräften - gehört das Sensationsinteresse vieler Boulevardmedien-KonsumentInnen genauso wie das politisch motivierte Hetz-Interesse rechter Medien oder das professionelle Interesse der Politik, die allein schon deshalb nicht darum herumkommt, sich öffentlich mit der entsprechenden Konflikt-Thematik auseinanderzusetzen, weil sie - und dies ist ein unvermeidlicher Effekt militanter Aktionsformen - tausende von Bullen durch die Gegend kommandieren muß.)
Zum Ausdruck kommt jenes *zusätzliche* Interesse links-bürgerlicher Kreise nicht nur in zahlreichen Privatgesprächen, sondern auch darin, daß *diese* Kreise von ihren journalistischen und politischen VertreterInnen weitere Stellungsnahmen und Berichterstattungen erwarten, nachdem ihr Interesse anfangs erst noch geweckt werden mußte, sei es durch Hetzberichte der Massenmedien oder sei es durch die ganz normale Berichterstattung, an deren Anfang oftmals empfindliche Anschläge stehen und eine darauf bezogene *Sorge-Logik* kritischer JournalistInnen, PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen etc. Im Mittelpunkt jener links-bürgerlichen Interesse- bzw. Aufmerkamkeitsdynamik steht hierbei - neben der eigentlichen Thematik selbst - häufig zweierlei: *erstens* die nie versiegende Debatte über Sinn und Zweck linker Militanz, sowie *zweitens* - als Kehrseite hiervon - die ehrliche Empörung über allzu brutales Vorgehen der Polizei, das ebenfalls ein unvermeidbarer Bestandteil militanter bzw. konfrontativer Auseinandersetzungen ist. Begründet ist jene Doppelorientierung darin, daß jenes links-bürgerliche Publikum sich stärker als jedes andere der *sogenannten* Gewaltfreiheit verpflichtet fühlt. Denn letztlich ist ihm die Hau-Drauf-Menatalität des konservativen BürgerInnentums genauso fremd wie jedwede Form autonomer Militanz; genau deshalb kann es sich über die Existenz *sogenannter* Gewaltspiralen so ehrlich und leidenschaftlich ereifern. Und derartige Ereiferunsspiralen wiederum sind deshalb so wertvoll, weil hierdurch auf ausgesprochen angenehme Weise das eigentliche Thema Gegenstand öffentlicher und privater Auseinandersetzungen bleibt; denn bei aller Ereiferung ist das

linke BürgerInnentum immer noch fit genung, das eigentliche Thema nicht aus den Augen zu verlieren. Und das ist, wie gleich noch zu zeigen sein wird, gut so!

Bemerkenswert ist jetzt allderdings, daß ein ähnlich gelagerter Mechanismus auch in der politischen Arena vonstattengeht; denn auch dort wird über die militanten Auseinadersetzungen gestritten und hierdurch ein ungewollter Beitrag zugunsten der fortdauernden Anwesenheit des eigentlichen Themas in der öffentlichen Wahrnehmung geleistet. Ausdrücken tut sich dies zumeist in gegenseitigen Schuldvorwürfen, wer denn aufgrund welchen Verhaltens die Verantwortung dafür zu tragen habe, daß es immer wieder zu *sogenannten* gewalttätigen Ausschreitungen kommen würde. Kommt es schließlich noch zu der fast schon unvermeidbaren Forderung nach einer Verschärfung der Gesetze, dann ist die Sache perfekt; denn spätestens dann kommt es zu mehr oder weniger scharfen Entgegnungen seitens irgendwelcher fortschrittlich gesonnenen Kräfte, in welchen Militanz zwar klipp und klar verurteilt wird, in welchen aber auch auf die Unmöglickeit verwiesen wird, gesellschaftliche Konflikte durch repressive Maßnahmen lösen zu wollen. Und dort wiederum, wo von gesellschaftlichen Konflikten die Rede ist, sind beileibe nicht nur die *sogenannten* gewaltbereiten Jugendlichen gemeint, sondern auch das eigentliche Problem selbst. Hierbei ergibt sich oftmals das Paradox, daß die Beteiligten in erster Linie deshalb gewillt sind, über eine Lösung der Probleme nachzudenken, um auf diese Weise einen Beitrag zur Vermeidung zukünftiger Ausschreitungen zu leisten. Daß es hierbei zumeist zu hahnebüchenen Verdrehungen kommt - z.B. zur Verkürzung des Atomproblems zum Transportproblem - ist unvermeidbar, ist aber dennoch nicht schlimm. Denn - *und das ist der alles entscheidende Springpunkt* - all die gerade skizzierten Diskussionen und Auseinandersetzungen sind auf keinen Fall deshalb bedeutsam, weil auf diese Weise irgendwelche BürgerInnen in einem tatsächlich linksradikalen Sinne aufgeklärt werden könnten. Nein, hiervon ist aus den schon genannten Gründen nicht auszugehen, und dies gilt für linke bzw. alternative BürgerInnen genauso wie für alle anderen Bevölkerungskreise auch. (vgl. 4) Viel wahrscheinlicher ist hier schon die Annahme, daß das gerade entstandene Interesse ein kurzfristiges ist und deshalb auch relativ schnell wieder abbröckeln wird.

Der Grund indes, weshalb die andauernde *und* hartnäckige Anwesenheit eines politischen Konfliktes in der öffentlichen *und* privaten Wahrnehmung nichtsdestotrotz wichtig ist, ist in dem Umstand begründet, daß solcherart Allgegenwärtigkeit einer politischen Konfliktthematik eine extreme *Mobilisierungskraft* innewohnt. Bedeutsam ist diese Mobilisierungskraft allerdings nicht so sehr für die sowieso schon aktiv-Gewordenen (was auch gar nicht möglich wäre, denn wer sonst außer ihnen selbst hätte für die ursprüngliche Verankerung des Themas sorgen sollen). Nein, mobilisierend wirkt dieses allgegenwärtige Herumspuken eines politischen Konfliktthemas vor allem auf jenes zahlenmäßig gar nicht so kleine Spektrum derjenigen Menschen, die zwar eindeutig links - und manchmal auch antipatriarchal - denken, fühlen und handeln, die aber aus ganz verschiedenartigen Gründen gar nicht oder nur sehr selten politisch aktiv werden; jenes Spektrum reicht - um nur einige Gruppen beim Namen zu nennen - von anpolitisierten SchülerInnen, Azubis und Studis über Polit-KifferInnen, Landfreaks und MusikerInnen bis hin zu engagierten HomöopathInnen, streßgeplagten KollektivschreinerInnen und ausgepowerten SozialarbeiterInnen. Daß jenes Spektrum sich durch derartige Spuckerein motivieren läßt, hat oftmals mit mehr oder weniger fragwürdigen Motivationen zu tun, *z.B.* mit der illusorischen Vorstellung, linksradikaler Massenprotest könnte die gesellschaftlichen Verhältnisse tatsächlich zum Tanzen bringen oder - um noch ein weiteres Beispiel zu bringen - mit der Lust, irgndwelche Massenabenteuer zu erleben. Doch jene zweifelhaften Motive, die selbstredenderweise immer auch mit politischen Motiven einhergehen - andernfalls wäre gar nicht erklärbar, weshalb sich gerade jenes Spektrum angesprochen fühlen sollte - sind aus meiner Sicht nicht sonderlich tragisch. Denn letztlich sorgt jede Vergrößerung des Protestes - so zweifelhaft ihr ursprüngliches Zustandekommen auch sein mag - dafür, daß die Alt-AktivistInnen weiterhin am Ball bleiben und damit den Fortbestand des Protestes sicherstellen; dieser von innen heraus produzierte Fortbestand der Auseinandersetzungen, der mit eben jenen von außen produzierten Moblisiserungseffekten zusammenspielt, hat aber zur Folge, daß sich immer mehr von denjenigen Menschen, die ursprünglich aus diffusen oder gar fragwürdigen Motiven dazugestoßen sind, allmählich radikaliseren bzw. politisieren; denn dies ist ein Effekt, der im gemeinsamen Kampf glücklicherweise kaum zu vermeiden ist. Sicherlich, jene Radikalisierung, deren Grundlage nicht nur gemeinsame Erfahrungen, sondern auch das Bemühen sind, das so Erfahrene gemeinsam zu verarbeiten, betrifft immer nur einen inneren Kern, d.h. diejenigen, die sich am stärksten an den konkreten Auseinandersetzungen beteiligen; je länger sich solche Auseinandersetzungen jedoch hinziehen, desto mehr Gelegenheit ergibt sich, selber akativ zu werden und hierdurch in den Sog eben dieses Kerns zu geraten; ja, und je größer jener Kern wiederum ist - und dies ist ein Extraeffekt -, desto größer ist dessen Anziehungskraft.

*Zwischenbemerkung*: Ich bin mir sehr wohl des Umstandes bewußt, daß ich einen der zentralen Knackpunkte meiner Argumentation noch nicht hinreichend begründet habe: nämlich die Frage danach, weshalb eine politische Bewegung, die von einem breiten *öffentlichen* und *privaten* Echo begleitet wird, besonders mobilisierend wirkt. Neben den schon gegebenen Antworten - von der rein politischen Motivation über den illusioären Trugschluß bis hin zur Lust auf's Abenteuer - gilt es in diesem Zusammenhang nämlich auch noch den Umstand sich vor Augen zu führen, daß politische Argumente nur dann handlungsmotivierend wirken, wenn mit ihnen eine konkrete Handlungsperspektive verknüpft ist; und eine solche Handlungsperspektive wiederum liegt nur dann vor, wenn die jeweiligen Handlungen in irgendeiner Weise erfolgsversprechend sind. Jene beiden Bedingungen werden indes durch eine von der allegemeinen Öffentlichkeit wahrgenommene Bewegung erfüllt: denn während die Bewegung und ihr jeweiliges Tun die Handlungsperspektive verkörpert, ist der Erfolg nicht nur durch das Öffentlichkeits-Echo repräsentiert, sondern auch durch das Wachsen der

Bewegung, welches ja selbst wiederum mit eben jenem Echo eng verbunden ist. Diese Argumentation klingt zweifelsohne nach einem Zirkelschluß, ist es aber nicht, sobald mensch beginnt, das Ganze als einen allmählich sich ergebenden Entwicklungsprozeß zu betrachten. (Daß es darüberhinaus auch noch zu tatsächlichen Veränderungserfolgen kommen kann und da? gerade solche Erfolge die mit Abstand beste Handlungsmotivation darstellen, dürfte sich hierbei von selbst verstehen!)

Letzlich steckt hinter diesem Modell die einfache These, daß sich linksradikale Aufklärung immer nur an die *eigenen Nächsten* richten sollte, also an diejenigen, die tendenziell linksradikalem Denken, Fühlen und Handeln am aufgeschlossensten gegenüberstehen. Denn nur diese Menschen verfügen über die Offenheit, das Interesse und die Fähigkeiten, die zur Einverleibung linksradikaler Standpunkte erforderlich sind. Die Existenz jener geistigen und emotionalen Voraussetzungen ist im übrigen auch der Grund dafür, weshalb sich jene *Nächsten* überhaupt durch den ursprünglichen Protest und dessen öffentliche und private Zurkenntnisnahme elektrisiert fühlen, d.h. aufgefordert, selber mitzumachen. Existieren jene Voraussetzungen hingegen nicht, dann ist einem bzw. einer ein solcher Prozeß mehr oder weniger unwichtig.
Das aber ist auch der Grund dafür, weshalb die Streichung linksradikaler Positionen aus der kritisch-bürgerlichen Medienöffentlichkeit nicht weiter schlimm ist; denn autonome Stärke bemißt sich nicht danach, inwieweit es gelingt, radikale Meinungen in nicht-radikalen Blättern bzw. Sendungen zu plazieren. Nein, unsere Stärke bemißt sich vielmehr - einmal ganz plump gesprochen - an der Auflagenhöhe unserer eigenen Organe, also daran, inwieweit wir es geschafft haben, neue MitstreiterInnen zu gewinnen. In diesem Sinne ist ein Aufklärungsakt, den es aus linksradikaler Perspektive als einen gelungenen zu bezeichnen gilt, gleichbedeutend damit, entweder Nachwuchs gewonnen oder schon verloren geglaubte MitstreiterInnen wieder zurückgewonnen zu haben. (Um Irritationen gar nicht erst aufkommen zu lassen, sei noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß es mir im Moment nicht darum zu tun ist, irgendwelche Aktionen hinsichtlich der Frage abzuklopfen, inwieweit sie imstande sind, als unmittelbare Widerstandshandlungen ganz konkrete Mißstände zu bekämpfen; nein, Ziel meiner Überlegungen ist es vielmehr, der Frage nachzugehen, mit Hilfe welcher Mechanismen autonomer Politik gelingen kann, neue MitstreiterInnen zu gewinnen.) Bezüglich der Medien bedeutet das, daß diese innerhalb linksradikaler Aufklärungsprozesse reine Instrumente sind; Ziel linksradikaler Aufklärung ist es nämlich nicht - auch wenn das vielerorts anders gesehen wird - linksradikale Inhalte in bürgerlich-kritischen Medien zu plazieren, um auf diese Weise irgendwelche Menschen aufzuklären; nein, dieses Ansinnen kann nicht klappen und sollte deshalb auch nicht das Ziel linksradikaler Aufklärungsprozesse sein; Ziel sollte es stattdessen sein, durch geschickte Maßnahmen, die sich unter anderem der kritisch-bürgerlichen Medienöffentlichkeit bedienen, gesellschaftliche Probleme zu allgemein *wahrgenommen* und damit politischen Problemstellungen zu machen, um auf diese Weise eine Stimmung zu schaffen, die geeignet ist, vor allem Menschen aus dem *erweiterten Nahumfeld* zu mobilisieren, und zwar unabhängig davon, inwieweit jene Moblisierungsprozesse anfänglich auf allerlei Selbstmißverständnissen beruhen mögen. Oder krasser noch: unter den gegenwärtigen Bedingungen erschöpft sich die Funktion der allermeisten Medien darin, Resonanzboden für die Beförderung solcher Aufklärungsprozesse zu sein, mit denen sie letztlich gar nichts zu tun haben. Denn wirklich linksradikale Aufklärung findet im Rahmen subkultureller Prozesse statt, und jene Prozesse wiederum finden überall statt: sie reichen von gemeinsamer politischer Arbeit, wozu natürlich auch linksradikale Zeitungen gehören, über informelle Kneipen- und Volxküchengespräche bis hin zu Gesprächen am Küchentisch oder in der (wie auch immer gearteten) Zweierbeziehung. Konkret bedeutet dies: anstatt danach zu gieren, kämpfenderweise in der Tagesschau zu erscheinen - und dies auch noch als Erfolg zu verkaufen - sollten sich die Autonomen vielmehr darauf besinnen, ganz gezielt diejenigen 'anzuagitieren', die ihnen eigentlich nahestehen. Hierfür ist die Entfachung eines möglichst öffentlichkeitswirksamen *Halli-Gallis* zwar unumgänglich, nicht als Selbstzweck jedoch, sondern lediglich als ein Mittel zum Zwecke der Mobilisierung! Denn Aufklärung *und* Mobilisierung - um das häßliche Wort der Rekrutierung zu vermeiden - sind lediglich die beiden Seiten derselben Medaille. *Das verpennt zu haben, ist meines Erachtens eines der schwersten Versäumnisse, die sich die autonome Linke in den letzten Jahren hat zuschulden kommen lassen!*
Zurück zu den Medien: Die Tatsache, daß beide, sowohl die kritischen als auch die konservativen Medien, als Resonanzboden im oben beschriebenen Sinne instrumentalisiert werden können, sollte allerdings nicht den Blick darauf verstellen, daß es einen Unterschied ausmacht, ob die Aufmerksamkeit für linksradikale Anliegen nur durch Hetze zustande kommt, oder auch dadurch, daß mittels sachlicher Berichterstattung zumindestens die Tatsache erkennbar gemacht wird, daß den je spezifischen Anliegen ein wirklich gesesellschaftliches Problem zugrunde liegt (so sehr auch die Einschätzungen darüber auseinander gehen mögen, ob und wie die jeweilige Problematik anzugehen ist). Denn für Außenstehende - z.B. 17 jährige SchülerInnen oder Azubis - ist es nicht unentscheidend, ob in ihnen der Eindruck entsteht, es mit einem Haufen *gewaltbereiter Bekloppter* zu tun zu haben oder mit *ernstzunehmenden Menschen,* deren Methoden zwar ungewöhnlich erscheinen, deren grundsätzlichen Inhalte und Absichten jedoch sehr wohl bedenkenswert sind. Genau in diesem Sinne ist es immer lohnenswert, sich um eine möglichst gute Presse innerhalb der bürgerlich-kritischen Medienöffentlichkeit zu bemühen.
Doch auch andere Gründe machen es erstrebenswert, eine zumindestens wohlgesonnene Berichterstattung zu ergattern. Vor allem zwei Aspekte erscheinen mir bedenkenswert zu sein: 1. Eine gute Presse zu haben ist zweifelsohne ein Schutzschild gegenüber allzu repressiver Verfolgung; denn dort, wo einem autonomen Anliegen wenigstens mit inhaltlicher Sympathie gegenüber getreten wird, ist es für den gesamten Repressionsapparat schwieriger, einfach drauf

loszuschlagen; schließlich muß er in einem solchen Fall damit rechnen, mit besonders kritischen Augen beäugt zu werden, so sehr die entsprechende Medien, PolitikerInnen oder ZeitgenossInnen militante Vorgehensweisen auch verdammen mögen.

2. Kritische Berichterstattung ist aber auch deshalb lohnenswert, weil hierdurch ein insgesamt liberaleres Klima geschaffen wird, wodurch - im Rahmen des Bestehenden - zumindestens die allergröbsten Schweinereien und Ungerechtigkeiten im Zaume gehalten werden können. Und dennoch: autonome Politik will mehr als die Abwehr des Allerschlimmsten; deshalb sollte sie sich auf keinen Fall darauf versteifen, im Interesse eines liberalen Klimas um Anerkennung in den kritisch-bürgerlichen Medien zu buhlen; denn der Preis hierfür wäre der endgültige Ausverkauf einer wirklich herrschaftsfreien Gesellschaftsperspektive.

Zum Abschluß dieses Abschnittes möchte ich noch kurz auf das kleine Grüppchen aktiver BürgerInnen zu sprechen kommen, das sich nicht nur passiv vertreten und dadurch zum Resonanzboden autonomer Politik degradieren läßt, sondern das selber in die politischen Auseinandersetzungen eingreift und dessen mitauffälligster Unterschied zur autonomen Linken in seiner relativ kompromißlosen Zurückweisung jedweder Militanz besteht. Jene Fraktion, die sicherlich größer als der derzeitige Pool *aktiver* Autonomer sein dürfte, umfaßt so allerlei: linke Grüne, Sozis und GewerkschafterInnen genauso wie Umwelt- und Friedensgruppen oder BI-lerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen: Vor allem zählen zu jener Fraktion aber auch diejenigen SchülerInnen, Azubis und Jung-StudentInnen, die sich in ihren jeweiligen Vertretungsorganen engagieren bzw. in irgendwelchen mehr oder weniger linken Jugendorganisationen; daß viele der jungen Polit-AktivistInnen gerade in dieser Fraktion anzutreffen sind, hat in erster Linie damit zu tun, daß der Weg zum *durchschnittlich* autonomen Dasein - ganz gleich welcher Teilszene sich eineR zugehörig fühlt - einen Entwicklungsprozeß darstellt, der seine wirklich radikale Wendung häufig erst nach dem Auszug aus dem Elternhaus nimmt. (Einzige Ausnahme hierzu dürfte mitlererweile die autonome Jungend-Antifa darstellen, wobei sich bei dieser die ernsthafte Frage stellt, inwieweit sie noch als autonom im guten Sinne zu bezeichnen ist, und zwar nicht zuletzt ob des dort *besonders krass* herrschenden Nicht-Umgangs mit patriarchalen Strukturen und Verhaltensweisen.)

Was also ist das Verhältnis zwischen jener links-bürgerlichen Aktiv-Fraktion und der autonomen Linken? *Grundsätzlich* sollten die Angehörigen dieser Fraktion als BündnispartnerInnen betrachtet werden. Denn *erstens* erleichtert die Existenz solcher MitstreiterInnen die Entfachung eines allgemein wahrgenommenen *Halli-Gallis* ungemein, und dies dürfte bemerkenswerterweise auch dann gelten wenn eben jene linken Aktiv-BürgerInnen mit Hilfe ihrer schreibenden und politischen VertreterInnen beginnen, Stimmung gegen die bösen Militanten zu machen. Genau dieser Nutzeffekt, der aus einer solchen Anmach-Dynamik entstehen kann - und der sich vor allem in den oben beschriebenen Moblilisierungseffekten niederschlägt - ist es aber auch, der Autonome aus meiner Sicht sehr viel *cooler* auf entsprechende Ab- und Ausgrenzungsversuche linker Aktiv-BürgerInnen reagieren lassen sollte: anstatt sich beleidigt in die autonome Trutzburg zurückzuziehen, tut an dieser Stelle vielmehr gelassenes *und* instrumentelles Verhalten Not! *Zweitens* ist der bewußte Bezug auf die Fraktion der linken Aktiv-BürgerInnen aber auch deshalb wichtig, weil sich hier - v.a. in Gestalt der Jüngeren - ein riesiges Sammelbecken potentieller MitstreiterInnen befindet. An dieser Stelle scheint mir noch einiger Erfindungsbedarf erforderlich zu sein: hinsichtlich der Frage nämlich, wie Kontakte zwischen Autonomen und Fast-Autonomen sehr viel systematischer geknüpft und ausgebaut werden könnten.

### 3.2. Funktion II: Selbstaufklärung

Mit jener Funktion wird der Sachverhalt angesprochen, daß vielen Aktionsformen - ob gewollt oder nicht - der Zweck innewohnt, die Selbst-Aufklärungsprozesse der autonomen KämpferInnen (höhö) zu befördern. Dabei können mindestens drei Persönlichkeitsaspekte der aufklärenden Selbstveränderung unterzogen werden:

a) *Aufklärung der gesamten Persönlichkeit*: derzeitig wird jenes Projekt am ausdrücklichsten in autonomen FrauenLesben- bzw. Männerzusammenhängen verfolgt; denn nirgendwo sonst ist die selbstkritische Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeit so sehr offensichtliches Ziel der Aktionsform *FrauenLesben-Gruppe* bzw. *Männergruppe* wie dort; dies hat zwar auch mit der Thematik selbst zu tun - schließlich betrifft der Sachverhalt *Geschlecht* sämtliche Dimensionen der Persönlichkeit - ist aber auch eine Besonderheit dieser Szene. Denn daß sich viele autonome Anti-AKW-Recken - um nur ein Beispiel von vielen zu nennen - einen Dreck um ihren Energieverbrauch scheren - und stattdessen munter Autos, Motorräder und Flugzeuge benützen - hat ja nichts mit der Thematik selbst zu tun, sondern vielmehr damit, daß solcherart Bemühungen gerade in autonomen Anti-AKW-Zusammenhängen nie eine besonders große Rolle gespielt haben; im Gegenteil: entsprechende Arbeit am eigenen Verhalten wurde vielmehr als kleinkarierte Ökospießerei abgetan! Der Ergänzung halber sei jetzt noch erwähnt, daß die Auseinandersetzung mit der eigenen Persönlichkeit natürlich nur dann als politische Aktionsform zu bezeichnen ist, wenn dies mit dem Bestreben verknüpft ist, Entsprechendes auch hinsichtlich der Gesellschaft zu leisten. (vgl. 2)

b) *Aufklärung des Geistes*: dieser Aspekt ist leicht einsehbar und bedarf deshalb keiner genaueren Erläuterung: *eine* Funktion von Demos, Flugis etc. ist es immer auch, die eigenen MitstreiterInnen aufzuklären; denn keineR hat soviel Zeit, Lust und Kapazität, daß sie bzw. er in der Lage wäre, sich in allen Feldern gleichermaßen fit zu machen. Am sinnfälligsten kommt jene Funktion der Selbstaufklärung in szeneinternen Veranstaltungen, Kongressen, Zeitungen etc. zum Ausdruck.

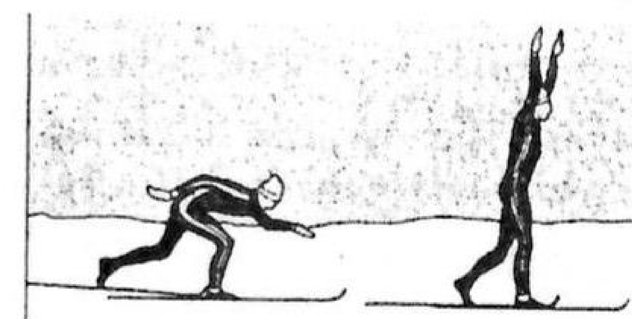
c) *Praktischer Abbau der Basisloyalität*: für das Verständnis dieser Funktion bedarf es einer längeren Vorbemerkung: unter dem Gummibegriff der Basisloyalität verstehe ich im vorliegenden Zusammenhang vor allem zweierlei:
*Erstens*: Aus Gründen, um die es hier nicht gehen soll, bilden Kinder im Laufe ihrer Entwicklung *zunächst einmal* die relativ bewußte Überzeugung heraus, daß sowohl die Erwachsenen als auch die staatlichen RepräsentantInnen - z.B. die Polizei - grundsätzlich darum bemüht sind, die von ihnen propagierten Werte der Gleichheit, Gerechtigkeit, Ehrlichkeit etc. nicht nur ernst zu nehmen, sondern auch als Richtschnur ihres eigenen Handelns zu begreifen. In diesem Sinne kann von einer kindlichen Basisloyalität gegenüber der erwachsenerseits vorgenommenen Selbstzuschreibung gesprochen werden, den eigenen Werten und Prinzipien oberste Verbindlichkeit einzuräumen. Meine sicherlich ein wenig überdrehte These lautet nunmehr, daß jener basisloyale *Glaube* an die gute Absicht bzw. Selbszuschreibung gerade in autonomen Zusammenhängen, die ja größtenteils erwachsene Zusammenhänge sind, sehr viel ungebrochener weiterexistiert, als dies gemeinhin den Anschein hat, während *umgekehrt* die allermeisten anderen Mensch mit zunehmendem Alter immer ausdrücklicher resignieren und den Kampf um Herrschaftsfreiheit nicht zuletzt deshalb für aussichtslos erklären, weil 'der' Mensch für *so etwas* einfach nicht geschaffen sei. (Daß jener Resignation ganz verschiedenartige Gesellschafts- bzw. Alltagserfahrungen zugrunde liegen können, darf hierbei indes nicht aus den Augen verloren werden. Vgl. 4). Deutlich wird diese autonome Besonderheit in *Sachen Basisloyalität* u.a. daran, daß das durchschnittliche autonome Weltbild Schlechtes und Böses vor allem durch Staat und Großkapital verkörpert sieht, während *umgekehrt* die ganz normale Bevölkerung - jedenfalls im Rahmen politischer Auseinandersetzungen - von solcherart Verdächtigungen zumeist verschont bleibt. Ausnahmen hierzu sind lediglich aus der antirassistischen bzw. antipatriarchalen Ecke zu vernehmen; aber selbst dort geht es den ganz normalen RassistInnen bzw. SexistInnen *aktionsförmig* nur in den seltesten Fällen an den Kragen! Besonders deutlich wird jener *autonome Glaube* an die gute Absicht in dem schon angesprochenen Aufklärungseifer vieler Autonomer; denn so berechtigt jener Eifer *im Grundsätzlichen* auch sein mag, so verkennt er dennoch, daß es nicht so sehr Unwissenheit, Unentschlossenheit und Orientierungslosigkeit sind, die Menschen davon abhalten, den gesellschaftlichen Veränderungsprozeß voranzutreiben, sondern vielmehr ein *alle* Bevölkerungskreise durchziehendes Gemisch aus Unwillen, Unlust und Unfähigkeit. Problematisch ist diese Verkennen aber deshalb, weil hierdurch - wie schon des öfteren angedeutet - die Sicht darauf verstellt wird, daß der politische Gegner nicht nur *da oben* sitzt, sondern *überall* und daß deshalb *bevölkerungsloyale* Politikonzepte scheitern müssen, die v.a. die Konfrontation mit staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen vorantreiben, hierbei jedoch die ganz normale Bevölkerung in Ruhe lassen oder allenfalls als Verbündete betrachten, die es durch Demos u.ä. anzusprechen und für die 'gute Sache' zu gewinnen gilt. Auf diesen Punkt wird noch ausführlich zurückzukommen sein (vgl 4.1.).
*Zweitens*: Eine weitere, radikale Politik ebenfalls erschwerende *Basisloyalität* ist die gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen Autoritäts- bzw. Repressionsinstanzen; unter dieser sollte sich die schlichte Angst davor vorgestellt werden, wegen militanter bzw. provokativer Aktionen erfaßt, ausgegrenzt und bestraft zu werden. Bei dieser tiefsitzenden Angst handelt es sich meines Erachtens um einen *herrschaftsstabilisierenden* Gefühlszustand, von dem alle Bevölkerungskreise mehr oder weniger stark heimgesucht sind, irgendwelche verängstigten KleinbürgerInnen genauso wie viel Autonome. Wichtig ist nunmehr das Folgende: So berechtigt und verständlich jene Angst auch sein mag, so sehr gilt es aber auch, ihren hinderlichen Charakter nicht aus den Augen zu verlieren, nämlich den Umstand, daß durch sie die aus meiner Sicht so dringend benötigte Militanz innerhalb linksradikaler Politikkonzepte nur in ganz bestimmten Teilbereichskämpfen (u.a.:Antifa und Anti-AKW) eine *tragende* Rolle spielt, militante Aktionen ansonsten jedoch vereinzelte und deshalb fragwürdige Ausnahmen darstellen, die allenfalls Mini-Störungen im überwiegend friedfertigen Normalzustand bewirken können.

Und trotzdem: all dies ist wahrlich nicht immer so gewesen: vor nicht allzu langer Zeit gab es nämlich Zeiten, in denen es eine sehr viel größere Bereitschaft gegeben hat, Risiken *in Sachen Militanz* in Kauf zu nehmen und in denen deshalb ein höheres Maß politischer Alltagsmilitanz möglich gewesen ist (was keineswegs gleichbedeutend mit der Behauptung sein soll, daß jene Normal-Militanz in ihrer damals praktizierten Form außergewöhnlich wirkungsvoll gewesen wäre). Dieser erhöhten Risikobereitschaft dürften sehr verschiedenartige - und z.T. auch widersprüchliche Ursachen - zugrunde gelegen haben, unter anderem eine solch unangenehme Ursache wie machohaftes Mackertum seitens vieler Männer, während *umgekehrt* viele Frauen bzw. Lesben Militanz *immer auch* als eine Möglichkeit betrachtet haben, geschlechtsspezifische Denk-, Gefühls- und Verhaltensweisen in Frage stellen zu können. Eine weitere Ursache für die größere Militanzbereitschaft in der Vergangenheit ist aber auch - und dies ist kein Zirkelschluß - die sehr viel größere Selbstverständlichkeit gewesen, mit der in den damals geführten Auseinandersetzungen auf militante Aktionsformen zurückgegriffen wurde; denn nur wenn Militanz, so wie das damals sehr viel stärker der Fall gewesen ist, immer wieder von neuem ausgeübt wird und deshalb auch immer wieder die Erfahrung ihrer relativen Ungefährlichkeit gemacht werden kann, ist es möglich, das Aufkommen von Skrupeln, Bedenken und Ängsten zugunsten der Herausbildung von Mut, Entschlossenheit und militanter Geschicklichkeit einzudämmen.

Hiermit ist aber der *Springpunkt* - *in Sachen Basisloyalität* - erreicht: eine wichtige Funktion militanter und konfrontativer Aktionsformen ist es, die angstvolle Loyalität gegenüber jedweden Repressionsinstanzen abzubauen; dies gilt insbesondere für militante Demos und die kleine Alltagsmilitanz (Sprühen, Scheibenklirrerei, Reifenstecherei etc.), also für all jene Aktionsformen, die gerade von den bürgerlichen Medien regelmäßig als ganz besonders sinnentleert an den Pranger gestellt werden. Aber auch die zuerst genannte Loyalität - in Gestalt des kindlichen Gutglaubens vieler Autonomer - kann und soll durch militante bzw. konfrontative Aktionsformen abgebaut werden. Hinsichtlich des Staates

ist dies leicht einsehbar: dort, wo dieser die Knute zieht - und hierbei regelmäßig überreagiert - verflüchtigen sich Illusionen hinsichtlich seiner Auffrichtigkeit sehr schnell; nicht selten ist deshalb das Spüren eines Knüppels sehr viel erkenntnisfördernder als die x-te Lektüre eines schlauen Textes. Ähnliches gilt auch für die weitverbreiteten bevölkerungsloyalen Empfindungen: dort, wo die ganz normale Bevölkerung - provoziert und angestachelt durch militante bzw. konfrontative Aktionen - ihre repressive Gesinnung auspackt und dadurch ihr Identifiziert-Sein mit den gesellschaftlichen Verhältnissen keifend und geifernd zum Besten gibt, dort kann sich durch vollkommen *praktische Erfahrungen* auch autonomerseits die politische Einsicht durchsetzen, daß der tatsächliche 'Gegner' erst einmal überall sitzt, daß also Macht und Herrschaft einen teppichartigen Gesamtzusammenhang darstellen, an dessen Zustandekommen die allermeisten Menschen mitbeteiligt sind, und zwar unabhängig davon, wie stark eine solche Beteiligtheit vielen von ihnen zum Nachteil gereichen mag.

*Zwei Nachbemerkungen:*
1. Wer sich auf das immer ein wenig sensible Feld begibt, militante Aktionsformen zu kritisieren - vor allem ritualisierte Scharmützel mit den Bullen bzw. vereinzelte Militanzaktionen - sieht sich regelmäßig mit dem Hinweis konfrontiert, daß der Zweck solcher Aktionen doch gerade in der Beförderung persönlicher Emanzipationsprozesse liegen würde. Dem ist einerseits zuzustimmen; andererseits möchte ich aber auch hervorheben, daß ein Abbau der ängstlichen Basisloyalität gegenüber staatlichen Repressionsinstanzen zwar ein wichtiger Selbstzweck ist, im politischen Gesamtzusammenhang jedoch nur dann etwas bringt, wenn die so erlangte Militanz-Souveränität umgemünzt wird in militante Aktionsformen, die entweder dem Widerstand dienen (3.3.) oder die in irgendwelche Aufklärungsprozesse (3.1.) eingebunden sind. Wird dagegen die in militanten Aktionen erworbene Militanz-Souveränität lediglich für ritualisierte Kräftemessen mit den Bullen eingesetzt - bzw. für vereinzelte Militanzaktionen - dann kann das nur noch als Militanzfetichismus bezeichnet werden; ein Fetischismus, der nicht zuletzt deshalb kontraproduktiv ist, weil er viel Zeit und Energie kostet, nicht aber irgendwelche nennenswerten Erfolge erzielen kann (von den negativen Folgen sei einmal stillschweigend abgesehen). Oder in anderen Worten: Militanzfetichismus liegt dann vor, wenn bereits furchtlos gewordene KämpferInnen lediglich danach streben, ihre Furchtlosigkeit immer wieder aufs Neue zu bekräftigen, wenn also das militante Tun keinem anderen Zweck verpflichtet ist als dem Nachweis eigener Furchtlosigkeit.
2. Was die Veränderunsbemühungen hinsichtlich der eigenen Persönlichkeit betrifft, sei noch die Anmerkung angebracht, daß politische Aktionsformen keineswegs den einzigen oder gar geeignetsten Weg für solcherart Emanzipationsprozesse darstellen; genauso wichtig ist hierfür vielmehr das gesamte Spektrum lebensweltlicher Beziehungen und Aktivitäten: von Freundschaften, Liebesbeziehungen und Therapien, über WGs, Arbeitskollektive und Kommunen bis hin zu Finanz- und Food-Coops. Besonders hervorzuheben gilt es in diesem Zusammenhang aber auch die Bedeutung ganz normaler Alltagskriminalität: insbesondere systematisches Klauen, Schwarzfahren und Betrügen scheinen mir zur Überwindung *basisloyaler* Gefühle geeignet zu sein.



## 3.3. Funktion III Widerstand

Vorweg: Die Rede von der Einzelfunktion des *Widerstandes* ist zweifelsohne eine unglückliche, legt sie doch den Eindruck nahe, daß aufklärungs- und mobilisierungsorientiertes Handeln nicht widerständigen Charakters sei; dieser Eindruck wäre natürlich rundherum falsch; denn natürlich ist aufklärerisches Handeln im *linksradikalen Sinne* ein Widerstandsakt! Oder wie sonst sollte ein Handeln bezeichnet werden, welches bestrebt ist, die Fraktion derjenigen Menschen zu vergrößern, die sich den Kampf gegen die derzeitig herrschende Gesllschaftsordnung zu einer ihrer vornehmsten Aufgaben gemacht hat? Und trotzdem: zwischen widerständiger Aufklärung und denjenigen Aktionen, die ich im folgenden als widerständig bezeichnen möchte, besteht ein handfester Untertschied, den es nicht nur festzuhalten, sondern auch begrifflich kenntlich zu machen gilt. Festzuhalten gilt es diesen Unterschied - und das zu berücksichtigen, ist wichtig - nicht etwa deshalb, um irgendwelche Gräben aufzureißen, die in dieser Form gar nicht existieren. (Denn natürlich kann ein und dieselbe Aktion sowohl widerständiger als widerständig-aufkärerischer Natur sein.) Nein, Ziel dieser Unterscheidungen ist es vielmehr, die unterschiedlichen Handlungs-Logiken und Zielsetzungen erkennbar zu machen, die einer je konkreten Aktion zugrunde liegen könnnen. Darüberhinaus sei noch der Hinweis angebracht, daß ich im Folgenden zwischen Widerstand und symbolischem Widerstand unterscheiden werden; was hiermit gemeint ist, möge dem Text entnommen werden.

**3.3.1. Widerstand:** Widerstand liegt dann vor, wenn eine Aktion darauf abzielt, einen gesellschaftlichen Mißstand direkt zu bekämpfen bzw. zu beseitigen, wenn also ganz bewußt - im Rahmen des Widerstandaktes - darauf verzichtet wird, irgendeine Öffentlichkeit gegen den je bekämpften Mißstand zu mobilisieren und stattdessen alles darauf angesetzt wird, eine schnelle und direkte Lösung herbeizuführen. Aus dieser Widerstands-Definiton folgt indes, daß im Rahmen direkter Widerstands-Handlungen ganz anders gelagerte Themen beackert werden als bei solchen Aktionsformen, die im Dienste widerständiger Aufklärung stehen: nämlich solche Themen, die zwar eng mit den alles bestimmenden Grundproblemen verknüpft sind - vom Kapitalismus über patriarchale und rassistische Gewaltverhältnisse bis hin zur Umweltzerstörung - die aber dennoch als eigenständige Spezialprobleme bekämpft werden können; ein Beispiel hierfür ist das Waren-Gutschein-System für Flüchtlinge: dieses ist zwar Ausdruck gezielter Diskriminierung, kann aber

dennoch als rassistischer Einzelbaustein behandelt werden, als ein Mißstand also, der durch direkte Widerstands-Aktionen beseitigbar ist, ohne daß deshalb sofort das rassistische Gesamtsystem in seinen Grundfesten beseitigt werden müßte (während die systematische Ausbeutung der sog. Dritten Welt elementarer Bestandteil des Kapitalismus ist und deshalb nur mit diesem zusammen verschwinden wird). Findet eine solche Beschränkung auf Spezialthemen nicht statt, dann ist Widerstand schlicht und einfach zum Scheitern verurteilt; denn *der* Kapitalismus oder *das* Patriarchat - um nur die offensichtlichsten Beispiele zu nennen - können durch gezielte Widerstandshandlungen nicht beseitigt werden; für deren Beseitigung bedarf es vielmehr *massenhafter* Auklärungs- und Mobilisierugnsprozesse im *linksradikalen Sinne*, und diese wiederum sind das Produkt ganz verschiedenartiger Prozesse, auch solcher, an denen direkte Widerstandshandlungen beteiligt sind; denn selbstredenderweise wohnt auch direkt widerständigem Handeln eine enorme Mobilisierungskraft inne, und zwar nicht zuletzt dann, wenn diesem auch noch Erfolg beschieden ist. Grundsätzlich können drei Funktionsmechanismen unterschieden werden.

1. Der wichtigste Mechanismus besteht darin, die direkten UrheberInnen eines Mißstandes derartig unter Druck zu setzen, daß der Gewinn, den diese aus dem von ihnen selbst verantworteten Mißstand ziehen, in keinem Verhältnis mehr steht zu den materiellen, persönlichen, symbolischen oder politischen Kosten, die durch die entsprechenden Widerstandsaktionen verursacht werden. Vier Beispiele mögen dies erläutern:

**Wenn** das Privat- und Geschäftseigentum des Besitzers eines kommunitären Hausprojektes durch militante Aktionen derartig in Mitleidenschaft gezogen wird, daß dieser Besitzer sich entschließt, die für das Hausprojekt ausgesprochene Kündigung zurückzunehmen, dann ist dies ein unmittelbarer Erfolg militanter Politik, deren Widerstands-Hebel in diesem Fall der *materielle* Schaden ist. Genau diese Logik liegt auch den militanten Anschlägen auf Einrichtungen der Bundesbahn zugrunde, bzw. auf Hotels, Jachten, Immobilien etc. des Rassisten-Trios Penz-Garski-Pleß. Schließlich ist mit jenen Anschlägen die Hoffnung verknüpft, daß hierdurch die Profite der betroffenen Unternehmen so empfindlich geschmälert werden, daß es sich für diese einfach nicht mehr lohnt, Atom-Transporte durchzuführen bzw. Flüchtlinge aus Profitinteressse nicht nur zu betrügen, sondern auch noch unter menschenunwürdigen Bedingungen zusammenzupferchen. (Zur konkreten Berechtigung solcher Hoffnungen sei an dieser Stelle nichts gesagt.)

**Wenn** der oben genannte Hausbesitzer zusätzlich noch unter persönlichen Druck gesetzt wird - *z.B.* durch die massenhafte Verbreitung seines Photos *und* seiner Privatadresse - dann ist neben dem *materiellen* Widerstands-Hebel auch noch der *persönliche* angesetzt worden. Dieses Prinzip wird sich vor allem von der autonomen Antifa zu Nutze gemacht: dort wo Nazis schlicht und ergreifend damit rechnen müssen, immer wieder persönlich angegriffen zu werden, besteht zumindestens die Chance, den Aktionsradius dieser Nazis einzuschränken. Daß dies gelingen kann, zeigen u.a. die Beispiele Göttingen und Berliner Innenstadtbezirke.

**Wenn** durch gezielte Verleumdungs- bzw. Rufmordkampagnen der Name einer Person, einer Institution oder einer Stadt gezielt ins schiefe Licht gerückt wird und dies die Betroffenen veranlaßt, von irgendwelchen Vorhaben abzulassen bzw. bereits angelaufene Projekte einzustellen, dann ist der *symbolische* Widerstands-Hebel zum Zuge gekommen. Das geflügelte Wort hierzu ist das der Imageschädigung, das bekannteste Beispiel das der Berliner Anti-Olympia-Kampagne (erinnert sei nur an das Video, welches den Mitgliedern des olympischen Auswahlkommitees kurz vor deren Berlin-Besuch zugesandt und in dem Berlin als Mecka autonomer Gewaltexzesse abgefeiert wurde.)

**Wenn** durch militante und nicht-militante *Massen*aktionen - und das beste Beispiel hierür ist die Geschichte des bundesdeutschen Anti-AKW-Widerstandes - die Regierenden auf verschiedenste Weise so umfassend unter Druck gesetzt werden, daß diese sich gezwungen sehen, das Atomprogramm herunterzufahren bzw. dessen langfristige Beendigung zu beschließen, dann ist dies dem *politischen* Widerstandshebel geschuldet. Unter einem politischen Preis kann hierbei ganz Verschiedenartiges verstanden werden: zu ihm können drohende Wahlschlappen, die blockadeartige Störung des politischen Tagesgeschäftes oder eine bedrohliche Unzufriedenheit innerhalb des polizeilichen Apparates genauso gehören, wie die Angst davor, es irgendwann einmal mit einer nicht mehr kontrllierbaren Protestbewegung zu tun zu haben. (Ergänzend sei jetzt allerdings angemerkt, daß gerade der bundesdeutsche Anti-AKW-Widerstand ein hervorragendes Beispiel dafür abgibt, inwieweit Widerstand leztlich das Produkt eines hochkomplizierten Zusammenspiels ganz verschiedenartiger Aktions-Prozesse und ihrer jeweiligen Effekte ist. Denn erfolgreich ist der Anti-AKW-Widerstand in den vergangenen 25 Jahren nicht nur deshalb gewesen, weil es ihm immer wieder gelungen ist, neben den politischen Kosten auch noch die materiellen und symbolischen hochzuschrauben; nein, genauso wichtig wie dies ist es vielmehr auch gewesen, daß es im Rahmen der entsprechenden Proteste regelmäßig zu *massenhaften* Auklärungs- und Mobilisierungsprozessen gekommen ist; denn erst hierdurch ist jenen Protesten diejenige Widerstandskraft zugewachsen, die es ihnen überhaupt ermöglicht hat, dem atomaren Establishment eben jene politischen, materiellen und symbolischen Kosten zu bereiten.)

2. Ein anderer Funktionsmechanismus besteht darin, irgendwelche Einzelpersonen oder Gruppen durch mehr oder weniger militante Blockaden, Besetzungen, Störaktionen etc. an der Durchführung ihres Tuns zu hindern. Widerständig sind derartige Aktionen allerdings nur dann, wenn hierdurch das entsprechende Tun *grundsätzlich* unterbunden wird, und nicht nur örtlich bzw. zeitlich. Ein Beispiel hierfür wäre es, öffentliche Auftritte rechtsradikaler bzw. faschistoider Hochschulgruppen grundsätzlich zu verhindern, um auf diese Weise zumindesten den öffentlichen Hetzkanal solcher Leute systematisch abzuschneiden und hierdurch einen konkreten Beitrag zur Nicht-Verbreitung faschistischen Gedankengutes zu leisten.

3. Schließlich gilt es jetzt noch, unterschiedlichste Formen von Soli-Arbeit in ihrer Eigenschaft als Widerstands-Akte in Erinnerung zu rufen; denn oftmals ist gerade die konkrete Soli-Arbeit deshalb nichts als purer Widerstand, weil auf

diese Weise irgendwelche Ereignisse oder Entwicklungen unmittelbar beeinflußt werden; als Beispiele mögen das Verstecken von Flüchtlingen, die *Waffen für El-Salvador*-Kampagne sowie die Unterstützung verfolgter bzw. untergetauchter FreundInnen bzw. MitstreiterInnen genügen.

Wichtig ist nunmehr, daß direkt eingreifendes Handeln nur unter der Bedingung das Prädikat der Widerständigkeit verliehen werden sollte, daß so errungene Erfolge auch tatsächlich Teilerfolge darstellen; was ein Teilerfolg ist, läßt sich selbstredenderweise nicht allgemein bestimmen; deshalb sei nunmehr anhand dreier Beispiele eine vorsichtige Annäherung versucht:

a) Die Einzel-Zersörung eines Sex-Kinos ist sicherlich kein Widerstandsakt; denn die auf diese Weise kinolos gewordenen Männer würden sofort auf andere Kinos ausweichen, einmal ganz davon abgesehen, daß die baldige Widereröffnung des Kinos ausgesprochen wahrscheinlich wäre. In diesem Sinne gilt es, einen derartigen Angriff vielmehr als Aufklärunsakt zu begreifen, dessen Ziel es letztlich ist, im Rahmen einer entsprechenden Kampagne Aufklärungs- und Mobilisierunseffekte zu erzielen. Als Widerstand dagegen könnte die Zerstörung eines Sexkinos erst dann bewertet werden, wenn das Ganze so flächendeckend und hartnäckig vonstatten ginge, daß dies zu einer merklichen Verringerung solcher Läden führen würde. Dies bedeutete zwar mitnichten das Verschwinden patriarchaler Strukturen, könnte aber trotzdem als ein kleiner Teilerfolg auf dem Weg dorthin verbucht werden. (Ob eine entsprechende Kampagne - v.a. mit Männerbeteiligung - überhaupt sinnvoll ist, darüber möchte ich im Moment jedoch keine Aussage getroffen haben! Vgl. hierzu auch 5.3.3.)

b) Auch die Knast-Sprengung von Weiterstadt ist im Sinne meiner Widerstandsdefinition kein Widerstandsakt gewesen; denn am Knast-System konnte hierdurch nicht das Geringste verändert werden; weder sind hierdurch irgendwelche Häftlinge freigekommen noch ist es gelungen - was aus einer herrschaftsfreien Perspektive sowieso ein zweifelhafter Erfolg gewesen wäre - irgendwelche erbesserungen innerhalb des Knast-Systems durchzusetzen. Nein, erfolgreich ist diese Sprengung in einem ganz anderen Sinne gewesen: einerseits ist es der RAF auf diese Weise gelungen, einmal mehr ein Zeugnis ihrer Schlagkräftigkeit zum Besten zu geben und hierdurch einen erneuten Beitrag zur Stärkung ihrer *symbolischen Widerstandskraft* zu leisten (vgl. 3.3.2.). Andererseits - und das ist das eigentlich Bemerkenswerte - hat Weiterstadt nicht nur der innerlinken Knastdiskussion einen erneuten Auftrieb gegeben, sondern zusätzlich auch noch Lust gemacht, in ähnlicher Weise aktiv zu werden. Inosfern dürfte die vorrangige Funktion dieser Knastsprengung vor allem in der Beförderung linksradikaler Auklärungs- und Mobilisierunsprozesse gelegen haben, und zwar unabhängig davon, was sich die eigentlichen UrheberInnen gedacht haben mögen.

c) Schließlich scheint es mir auch nicht, die Ausgeburt der Widerständigkeit zu sein, unter Verweis auf die "Kosten-Nutzen Kalkulation der Bonzen" irgendwelche "Verschönerungen" an Filialen der Deutschen Bank vorzunehmen, so wie das eine autonome Gruppe in der Interim Nr. 442 vorgeschlagen hat. Denn spätestens nach der Schneider-Affäre, in deren Verlauf die Deutsche Bank einen neunstelligen Millionenverlust als Kleinkram ("peanuts") abgetan hat, sollte auch den letzten Polit-AbenteurerInnen klar geworden sein, daß direktem Widerstand nicht-überschreitbare Grenzen gesetzt sind, nämlich solche Grenzen, deren je spezifischer Grenzwert das Produkt eines Spannungsverhältnisses zwischen der je konkreten Beschaffenheit des bekämpften Gegenstandes einerseits und der jeweiligen Schlagkraft der autonomen WiderständlerInnen andererseits ist. Konkret bedeutet dies, daß nicht nur die je *subjektive* Absicht darüber entscheidet, inwieweit einer Aktion das Prädikat der Widerständigkeit verliehen werden sollte, sondern auch die je *objektive* Realität dessen, wogegen sich die vorgeblichen Widerstandshandlungen richten. Und trotzdem: so irgnorant es vor dem Hintergrund dieses Kriteriums auch sein mag, anläßlich irgendwelcher Verschönerungsaktionen von einer Nadelstich-Politik gegenüber der Deutschen Bank zu reden, so wenig scheint es mit dennoch ausgemacht zu sein, daß sich solcherart Aktionen nicht durchaus als nützlich herausstellen könnten. Was dies im Einzelnen bedeutet, hoffe ich, v.a. bei der Darstellung meines Aktionskonzeptes verständlich machen zu können. (Vgl. aber 3.1.5.)

Insgesamt folgt hieraus, daß *Widerstand* als die vermeindliche Haupt-Funktion vor allem militanter Aktionen sehr viel seltener umsetzbar ist, als dies autonomerseits gemeinhin behauptet wird; denn anders als in vielen Trikont-Regionen ist es unser Problem wahrlich nicht, von irgendwelchen korrupten Herrschaftscliquen und Eliten unterdrückt und ausgebeutet zu werden und deshalb - im Sinne einer derartigen Problemstellung- gezwungen zu sein, durch militärische Vorstöße eine direkte Lösung der Problematik anzustreben, und sei es nur dadurch, daß mittels permanenter Guerilla-Aktionen der materielle und politische Preis für die Aufrechterhaltung des Unterdrückungszustandes in nicht mehr auffangbare Höhen geschraubt wird. Unser Problem besteht vielmehr darin, es mit einer Bevölkerung zu tun zu haben, die zum überwiegend großen Teil mit den hier herrschenden Verhältnissen identifiziert ist, und zwar unabhängig davon inwieweit diese ihr zum Vorteil gereichen oder nicht. Das aber ist der Grund dafür, weshalb wirklich tiefgreifenden Veränderungen nur auf der Grundlage langfristiger Aufklärungs- und Selbstaufklärungsprozesse möglich sind (vgl. 3.1.2.); und diese wiederum können durch Widerstandsaktionen nicht ersetzt, sondern lediglich befördert bzw. beschleunigt werden. Denn selbstverständlicherweise können auch Widerstandsaktionen zur Entfachung eines allgemeinen Hallli-Gallis beitragen und damit auch die oben beschriebenen Mobilisierung- und Radikalisierungseffekte mit heraufbeschwören, einmal ganz davon abgesehen, daß auch den direkten Widerstandshandlungen selbst eine grundsätzliche Motivations- und Mobilisierunskraft innewohnt. Das aber heißt, daß praktisch jede Widerstandsaktion an Aufklärungsprozessen beteiligt, daß umgekehrt jedoch nicht jeder Aufklärungsakt ein widerständiger ist, d.h. eine Handlung, die imstande wäre, aus sich selbst heraus eine direkt mißstandsverändernde Wirkung zu entfalten. Eine weitere Schranke hinsichtlich der erfolgreichen Verwirklichung autonomer Widerstandspolitik - und dies dürfte gerade

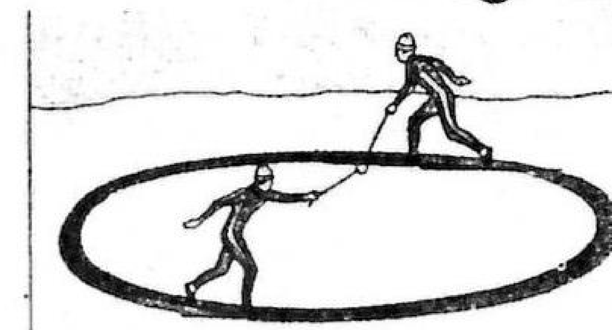
in heutigen Zeiten eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen - hat mit dem schlichten Umstand zu tun, daß militante bzw. konfrontative Aktionen nur unter der Bedingung eine wirlich zwingende Widerstandskraft entfalten, daß sie kontinuierlich und wohlkoordiniert vonstatten gehne. Hieraus folgt indes, daß direkte Widerstandspolitik um so erfolgreicher ausfallen dürfte, je mehr Menschen an ihr beteiligt sind; denn letztlich ist mit einigen wenigen einfach kein Widerstand zu machen, so aktiv diese wenigen auch sein mögen; hierfür dürften die Gegner, mit denen es autonomer Widerstand gemeinhin zu tun hat, einfach zu mächtig sein. Das aber bedeutet - und dies ist im vorliegenden Zusammenhang die wichtigste These - daß Widerstand nichts anderes als die *Kehrseite* linksradikaler Mobilisierungs- und Aufklärungsprozesse ist, daß also Widerstand und linksradikale Mobilisierung in einem sich gegenseitig verstärkendem Abhängigkeitsverhältnis stehen, ganz gleich ob dieses ein positives oder negatives ist. Dies zu berücksichtigen, ist nicht nur für eine angemessene Einschätzung gegenwärtiger Widerstandsperspektiven bedeutsam, sondern auch für das Verständnis davon, inwieweit die von mir vorgenommene *Unterscheidung* zwischen den je einzelnen Funktionen bzw. Zwecksetzungen lediglich als erkenntnisfördernde Maßnahme zu begreifen ist, nicht jedoch als wirklichkeitsgetreue Beschreibung realer Verhältnisse; denn letztlich ist autonome Politik ein ganzheitlicher Prozeß, in dem sämtliche der bislang genannten Elemente auf vielfach verstrickte Weise enthalten sind; deutlich dürfte dies v.a. am Beispiel des Anti-AKW-Widerstandes geworden sein. In diesem Sinne kann oftmals nur im nachherein bestimmt werden, inwieweit eine Aktion tatsächlich direkt widerständiger Natur gewesen ist bzw. inwieweit sie als Teil eines übergeordneten Gesamt-Prozesses eine direkte Wirkung entfaltet hat. Gerade diese *Unvorhersehbarkeit* ist es aber auch, aufgrund derer militante Aktionen grundsätzlich so gestaltet sein sollten, daß sie auch im Rahmen linksradikaler Auklärungs- und Mobilisierungsprozesse eine Verwendung finden können; andernfalls droht der gesamte Aufwand im Nichts zu verpuffen, so wie das aus meiner Sicht oftmals der Fall ist, und zwar durchaus auch bei solchen Aktionen, die sich in erster Linie als Aufklärungsaktionen begreifen, dabei jedoch das Ausmaß derjenigen Maßnahmen unterschätzen, die erfoderlich sind, um derartige Aufklärungs- und Mobilisierungseffekte erzielen zu können.

Entscheidend ist nunmehr, das besagter Unterschied zwischen widerständiger Aufklärung und direktem Widerstand, welcher sich v.a. militanter Aktionsformen bedient, oftmals nicht hinreichend berücksichtigt wird. Hierdurch wird aber die autonomerseits weitverbreitete Kopf- und Ratlosigkeit, hinsichtlich dessen was Militanz überhaupt zu leisten imstande ist, nur noch verschärft. Was es mit jener Kritik im Einzelnen auf sich hat, das hoffe ich, im dritten Teil hinreichend verständlich machen zu können. Stattdessen sei nur noch, um eventuelle Hitzewallungen gar nicht erst aufkommen zu lassen, darauf hingewiesen, daß es mir *nicht* im geringsten darum geht, die Nutzlosigkeit autonomer Militanz zu behaupten. Ganz und gar nicht! Mein Anliegen ist es vielmehr, darüber nachzudenken wie die Effekte militanter Aktionsformen verbessert werden könnten.

**3.3.2. Symbolischer Widerstand:** Von symbolischem Widerstand sollte dann die Rede sein, wenn es einer Gruppe gelingt, im Rahmen ihrer *allgemeinen* Außenwirkung als *irgendwie* außergewöhnlich, entschlossen und tatkräftig 'rüberzukommen'. Wichtig und nutzbringend erscheint mir eine solche Außenwirkung deshalb zu sein, weil gerade dort, wo in der Bevölkerung das häufig irrationale Gefühl entsteht, es mit einer rundherum starken Bewegung zu tun zu haben, eben jener Bewegung ein nicht unerhebliches Eigengewicht eingeräumt wird. Konkret äußert sich jenes Eigengewicht in einer grundsätzlich erhöhten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, in deren Neigung also, das Tun jener Bewegung genaustens zu registrieren; ist das aber der Fall, dann ist es für die Bewegung um so einfacher, die eigenen Themen in der allgemeinen - sowohl öffentlichen als auch privaten - Wahrnehmung zu plazieren, d.h. ein *allgemein wahrgenommenens* Halli-Gallis zu entfachen und damit auch jenen über Mobilisierungseffekte vermittelten Wachstumsprozeß des linksradikalen Kerns voranzutreiben (vgl.3.1.5.). Denn letztlich wirkt sich Tatkraft, Entschlossenheit und Außergewöhnlichkeit nicht nur auf 'die' Anderen aus, sondern auch auf potentielle MitstreiterInnen.

Der Grund nunmehr, weshalb ich derartige Außenwirkungen als symbolischen Widerstand bezeichne, ist der, daß die als *Symbole* transportierten bzw. vermittelten Bilder, Eindrücke und Empfindungen immer eine direkte und je spezifische Wirkung entfalten, sei es die der kraftlos-vernachlässigbaren Harmlosigkeit, die des durchgeknallt-gefährlichen Spinnertums oder die der fröhlich-ernsthaften Gefährlichkeit (wobei es sich von selbst versteht, daß im Falle eines Harmlosigkeitsimages nicht von symbolischer Widerständigkeit gesprochen werden kann). Ursprungsort solcher öffentlichen Images, die auf keinen Fall mit den je konkreten Inhalten der entsprechenden Bewegungen verwechselt werden dürfen, ist das öffentliche Auftreten und Vorgehen eben dieser Bewegungen; in diesem Sinne handelt es sich beim symbolischen Widerstand um eine Funktion, die als eine Art Effekt jeder Aktionsform auf die eine oder andere Weise eingeschrieben ist; denn eine Imagewirkung als solche entfaltet jede Aktionsfom unweigerlich, und sei es nur die Wirkung totaler Harmlosigkeit. Hieraus folgt indes, daß mensch sich immer auch überlegen muß, auf welche Weise die Produktion eines kraftvolles Images erzielt werden kann, welches für symbolische Widerstandszwecke tauglich ist; denn natürlich hängt das jeweilige Image einer Bewegung nicht nur von objektiven Faktoren wie ihrer puren Größe ab - oder ihrer mit Hilfe erfolgreicher Widerstandsakte dokumentierten Gefährlichkeit -, sondern auch davon, wie die je einzelne Bewegung ihre Aktionen für die öffentliche und private Wahrnehmung *inszeniert*. (Gerade jener Inszenierungsaspekt scheint mir in autonomen Zusammenhängen viel zu wenig berücksichtigt zu werden. Hierauf wird noch im Rahmen meines Aktionskonzeptes zurückzukommen sein.) Umgekehrt ist aber auch zu berücksichtigen, daß die jeweilige Imageprodukiton nicht nur von den 'SenderInnen' beeinflußt wird, d.h. den Polit-AktivistInnen; vielmehr ist das Zustandekommen eines Images auch von den Denk- und Wertemustern der je einzelnen Menschen und

ihren jeweils bevorzugten Medien abhängig. In diesem Sinne kann eine Bewegung über sehr verschiedenartige Images verfügen.



### 3.4. Funktion IV: Außenmobilisierung

Zur Außenmobilisierung ist wohl nicht mehr allzu viel zu sagen; denn inwieweit allen Aktionsformen die zweckhafte Funktion innewohnen sollte - und dies auch tut -, sich an der Gewinnung neuer MitstreiterInnen direkt oder indirekt zu beteiligen, hoffe ich im vorherigen hinlänglich verdeutlicht zu haben. Diese Hoffnung auf hinlängliche Deutlichkeit betrifft insbesondere die Doppelthese, daß *erstens* die Kehrseite *linksradikaler* Aufklärung die Außen- und Binnenmoblisierung ist und sich linkdradikale Aufklärung demzuolge vor allem an die jeweils Nächststehenden wenden sollte und daß *zweitens* die autonomerseits bewerkstelligte Aufklärung linker bzw. alternativer BürgerInnen in erster Linie dem instrumentellen Zweck der *moblisierungswirksamen* Halli-Galli-Entfachung verpflichtet ist und nur in zweiter Linie dem Zweck, die aufgeklärteren Teile der Bevölkerung vollends aufzuklären (was im übrigen ein sowieso nur eingeschränkt mögliches Unterfangen wäre und deshalb den für solcherart *eingeschränkter* Aufklärung zuständigen ExpertInnen überlassen werden sollte, ganz gleich ob diese in der taz, der FR oder in der Zeit sitzen.)

### 3.5. Funktion V: Binnenmobilisierung (Oder Zur Selbstaufzehrung der autonomen Linken)

Auch jene Zwecksetzung, die ebenfalls eine mehr oder weniger geheime Aufgabe aller Aktionsformen ist, dürfte sich von selbst verstehen, zumal in ihr ähnliche Ablaufgesetze wie bei der Außenmobilisierung am Werke sind; denn natürlich bleiben auch die MitstreiterInnen der eigenen Szene nicht unbeeinflußt von der Buntheit und Schlagkräftigkeit anderer Teilbereichskämpfe, die ihnen gleichfalls am Herzen liegen, nicht aber ihr vorrangiges Betätigungsfeld sind. Und trotzdem: anders als bei der Außenmobilisierung, die nahezu ausschließlich auf Aktionsformen und deren jeweiliger Außenwirkung beruht, läuft die Binnenmobilisierung sehr viel stärker über *szeneinterne* Strukturen ab; hierzu gehören persönliche Beziehungen genauso wie WGs und Hausprojekte oder das gesamte sozio-kulturelle Umfeld. In diesem Sinne ist die Binnenmobilisierung ein eher nachgeordneter Zweck politischer Akionsformen.
Wichtig ist nunmehr, daß gerade in dieser Binnenmobilisierung einiges im Argen liegt; insofern leidet die autonome Szene nicht nur unter dem nur z.T. mitverschuldeten Problem fehlenden Nachwuchses, sondern auch unter einer weitgehend *hausgemachten Binnenaufzehrung*, ganz gleich, ob sich diese als stiller Rückzug oder Ausstieg kundtut oder als polternder Abschied. Im Argen liegt u.a. das Folgende:

1. Bis heute hat die autonome Linke keinen zufriedenstellenden Weg gefunden, Lohnarbeit und politischen Aktivismus zu verknüpfen; nicht zuletzt deshalb sind die Autonomen in erster Linie eine Jugendbewegung geblieben: diejenigen, die teil- oder vollfinanziert werden, können sich den Luxus leisten, Aktionen zu machen, Widerstandswochen zu organisieren etc., während die zumeist älteren LohnarbeiterInnen aus Zeit- und Erschöpfungsgründen regelmäßig rausfallen, so sehr sich viele dieser Alt-Autonomen ein anderes Arrangement auch wünschen mögen. (Daß *außerdem* der Arbeitszwang nicht selten vorgeschützt wird, um sich mit halbwegs gutem Gewissen aus dem politischen Dasein zu verabschieden, sei an dieser Stelle vernachlässigt; denn dies ist nur noch auf sehr indirekte Weise ein szene*internes* Problem.) Der Politkiller *Arbeit* kann meines Erachtens nur durch den systematischen Aufbau kollektiver Strukturen verhindert werden; hierzu gehören Kommunen und kollektive Arbeitsstrukturen (die keineswegs automatisch Zeitmonster sein müssen) genauso wie Finanz-coops u.ä.. Solche kollektiven Strukturen nicht rechtzeitig aufgebaut und stattdessen das Hohenlied jugendlicher Spontaneität und Unbekümmertheit gesungen zu haben, muß sich die autonome Szene als einen ausgesprochen verhängnisvollen Fehler ins eigene Stammbuch schreiben! Angemerkt sei hierzu nur noch zweierlei: erstens treten viele - nicht aber alle - der noch übrig gebliebenen Alt-Autonomen spätestens dann aus dem aktiven Polit-Leben heraus, sobald sie sich als soziale Minderheit in einer Horde von Jungspunds wiedergefunden haben. *Zweitens* hat Elternschaft sehr häufig ganz ähnliche Auswirkungen wie Lohnarbeit; gerade hier scheint mir noch großer Diskussionsbedarf zu bestehen, zumal sich die bislang praktizierten Modelle kollektiver Elternschaft nicht als besonders tragfähig *und* kinderfreundlich erwiesen haben.

2. Weiterhin hat es die autonome Szene nicht geschafft, einen konstruktiven Umgang mit politischen burn-outs, allgemeinen Polit-Frustrationen sowie pesönlichen Lebens-Krisen zu finden; hierfür kann sicherlich niemandem eine wirkliche Verantwortung zugeschustert werden; denn natürlich ist es schwierig, als kollektiver Zusammenhang angemessen mit solcherart Einzel-Kriesen umzugehen, und dennoch: unmöglich ist ein solcher Umgang keinesfalls, einmal ganz davon abgesehen, daß das oftmals dramatisch unkompliziert anmutende Rauskippen aus politischen Zusammenhängen durchaus auch mit einer spezifisch bürgerlichen Unverbindlichkeit zu tun hat, einer Unverbindlichkeit, die sich der bürgerlichen Elementar-Trennung zwischen privater *und* öffentlicher Sphäre verdankt und die eigentlich nur eine als Respekt getarnte Gleichgültigkeit bzw. Unfähigkeit gegenüber denjenigen Menschen ist, die es - aus welchen Gründen auch immer - nicht mehr schaffen, auf der Bühne *öffentlichen* Politik-Machens aufzutreten. Zur Lösung jenes Dilemmas scheint mir die autonome Szene die Kollektiv-Fähigkeit herausbilden zu müssen, *eingrenzend* mit Einzel-Krisen umgehen zu können, ohne dabei jedoch das individuelle *Rückzugsbedürfnis* der

Einzelnen zu mißachten. (Daß dies natürlich auch eine gewissen Mitarbeit jener Einzelnen voraussetzt, dürfte sich hierbei von selbst verstehen.)

3. Ein weiterer Beitrag zur autonomen Selbstaufzehrung ist der immer stärker um sich greifende Abbau szeneinterner Infrastruktur; als Beispiel hierfür mag das Projekt der *Volxküche* genügen, welches in den letzten Jahren nicht etwa ausgebaut, sondern vielmehr abgebaut worden ist. Dabei ist der Infrastrukturverlust natürlich nicht nur Ursache sondern auch Folge des allgemeinen Zerfalls gewesen: Denn gerade Infrastruktur-Aktivitäten leben von einer gewissen MindestteilnehmerInnenzahl; existiert diese nicht, stirbt als erstes die Infrastruktur. Problematisch ist dies vor allem aus zwei Gründen: erstens beschleunigt gerade die fehlende Infrastruktur ein sowieso schon stattfindendes Rauskippen, ganz gleich ob dieses Rauskippen durch Arbeit, Kinder oder Einzel-Krisen hervorgerufen sein mag. Zweitens sind Infrastruktureinrichtungen gerade der Ort, wo jene Stimmugnssröme erzeugt werden, die für Binnenmobilisierungen unerläßlich sind; denn nur wo kollektive Festtagstimmung bzw. kollektiver Katzenjammer ob bevorstehender oder gerade erfolgter Aktionen herrscht, kann jenes *stimmungsmäßige Etwas* entstehen, das geeignet ist, die Leute an der Stange zu halten; zusammensetzen tut sich jener kollektiver Stimmungstrom in erster Linie aus Gefühlen, alltäglichen Stehgreifdiskussionen, ernsthaften Polit-Gesprächen, Energiewallungen, GemeinsamkeitsLüsten etc.

4. Ein weiterer Ausdünnungsfaktor hat etwas mit der Zersplitterung bzw. Dezentraliät autonomer Sturkturen zu tun; denn hierdurch ist es sehr schwer, allgemeine Diskussionsprozesse anzustoßen, um auf diese Weise irgendwelche als mißständig erachteten Zustände zu beseitigen; das aber führt zur Aufrechterhaltung solcher Theorien, Anschauungen und Praxisformen, die oftmals gar nicht so wenigen aufstoßen, die aber in Ermangelung stetiger und verbindlicher Ausstauschkanäle nicht beseitigt werden können (=Dinosauriereffekt autonomer Dezentralität.) Das aber führt dazu, daß sich die Einzelnen mit ihrer Kritik sehr häufig vollkommen vereinzelt und alleingelassen fühlen und deshalb es vorziehen, ihren zu Hut nehmen, zumeist leise, manchmal aber auch polternd (vgl. die sogenannten Austrittserklärungen der f.e.l.s.-Gruppe aus den Autonomen, Interim Nr. 166 ff)

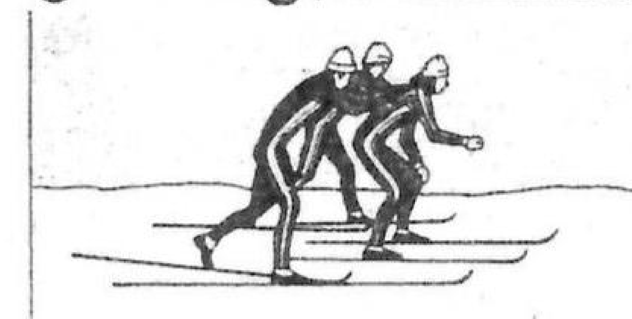
5. Ein weiteres Manko innnerautonomer Mobilisierung scheint mir in einem allzu großen Abgrenzungs-Kultus zu bestehen: denn so wichtig und richtig dieser in bestimmten Fällen auch sein mag - vor allem dann, wenn er sich gegen stalinistische und sexistische Gruppierungen richtet - so falsch sind jene Abgrenzungen gerade gegenüber denjenigen Leuten, die zwar *irgendwie* Teil der Szene sind - bzw. des erweiterten Nahumfeldes -, die sich politisch jedoch nicht weitergehend einbringen; denn insbesondere diese Fraktion, um die es weiter oben schon einmal ausführlich gegangen ist, fühlt sich immer wieder von allzu forschem Polit-Nasentum unnötig eingeschüchtert; sehr häufig mag jenes Eingeschüchtert-Sein nicht wirklich auf real benennbarem *Fehl*verhalten seitens irgendwelcher Polit-Nasen beruhen; trotzdem sollten sich besagte Polit-Nasen ob solcher Vorwürfe nicht beleidigt zurückziehen und entsprechende Vorwürfe überdies als haltlos zurückweisen; stattdessen ist gerade hier die nicht wirklich ausgebildete Kunst autonomer Diplomatie von Nöten.

6. Schließlich gilt es auch noch festzuhalten, daß mittlererweile auch die autonome Szene in die Fänge der so gerne ziterten Individualisierungsströme geraten ist. Ausdruck findet dies nicht nur in der zunehmenden Unlust, sich auf kollektive Zusammenhänge und Diskussionsprozesse einzulassen, sondern auch darin, daß Lebensentwürfe bzw. Grundsatzentscheidungen immer ausschließlicher einem persönlichen Fahrplan verpflichtet sind. Hinsichtlich der Ursachen jender Prozesse möchte ich an dieser Stelle keine weitergehenden Aussagen treffen; denn letzlich handelt es sich hierbei um eine nur sehr schwer zu durchdringende Mixtur, deren Grundbestandteile *einerseits* die gerade angerissenen Ursachen innerautonomer Selbstaufzehrungsprozesse sind und *andererseits* tiefgreifende Verschiebungen im gesellschaftlichen Gesamtgefüge, auf die weiter unten noch die Sprache kommen wird (vgl. 4.2.) Lediglich auf eine These, die in diesem Zusammenhang immer wieder bemüht wird, möchte ich nunmehr ein bißchen näher eingehen, nämlich auf diejenige, daß es nicht zuletzt die immer stärker sich ausbreitenden Benimmregel-Diskurse seien, die mehr und mehr Leute aus der autonome Szene vertreiben würden. Denn gerade so manches Individualisierungsphänomen gibt meines Erachtens ein gutes Beispiel dafür ab, in welchem Sinne die sogenannten Benimmregel-Diskurse in erster Linie *reaktive* Angelegenheiten sind und nicht so sehr *ursprüngliche* (vgl. 2).

Ein Beispiel möge dies verdeutlichen: ein zentrales Charakteristikum der gegenwärtigen Individualisierungsströme ist es, nicht mehr die Bereitschaft aufzubringen, sich in vorgeblich *individuelle* und deshalb *unpolitische* Lebensstil-Entscheidungen reinreden zu lassen. Dies gilt auch für das sich immer größerer Beliebtheit erfreuende Urlaubsvergnügen, per Flugzeug in südlichen Gefilde zu jetten. In der heute *üblichen* Form wäre dies vor zehn bis fünfzehn Jahren einfach nicht möglich gewesen; denn anders als heute sind politische Argumente damals noch nicht so umstandslos auf dem Altar vermeindlich anti-repressiver Individualisierungsschübe geopfert worden. Diese Veränderung hat aber - und das ist der *Springpunkt* - dazu geführt, daß ein und dieselbe Argumentationsschiene eine Verkehrung ihres eigentlichen Bedeutungsgehaltes erfahren hat: was ehemals einen politisch begründeten Sachverhalt dargestellt hat, wird heute immer aggressiver als lustfeindlicher Benimmregel-Diskurs verunglimpft; und dies wiederum führt dazu, daß das Gebaren derjenigen Menschen, die weiterhin auf die *prinzipielle* Berechtigung der alten und keineswegs überholten Argumente pochen, einen manchmal tatsächlich geißelnden Unterton aufweist und hierdurch ungewollterweise einen Beitrag zur Bestätigung des eigentlich unberechtigten Ursprungsvorwurfes leistet. Daß die Viel-Fliegerei darüberhinaus eine ganze Menge mit Lohnarbeitsstreß, städtischer Unwirtlichkeit, deprimierenden Zukunftsperspektiven etc. zu tun hat - und deshalb über komplexe Wechselschleifen mit eingen der gerade aufgelisteten Probleme und Versäumnisse verkoppelt ist - ist hiermit allerdings unbestritten; bestritten ist lediglich der privatistische

bzw. individualistische Umgang mit solchen überhaupt nicht privatistischen Problemstellungen. Denn letztlich ist ein so gearteter Umgang, dessen legitimatorische Grundlage das vermeindliche Bestreben ist, sich nicht mehr von irgendeiner Gruppe fremdbestimmen bzw. terrorisieren lasssen zu wollen, sehr viel mehr zur Entfesselung eingebildeter oder tatsächlicher Benimmregel-Diskurse geeignet, als daß er wirklich imstande wäre, einen konstruktiven und solidarischen Umgang mit denjenigen Problemen zu befördern, die unter'm Strich unser aller Probleme sind. (Daß solcherart Konstruktiv-Umgang durchaus auch die Möglichkeit einschließt, unter bestimmten Bedingungen südliche Fern-Gefilde aufsuchen zu können, sollte sich hierbei von selbst verstehen.) Angemerkt sei abschließend nur noch das Folgende: es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es insbesondere in den 80er Jahren Zeiten gegeben hat, in denen eine oftmals allzu schroffe und regide Umsetzung solcher Einsichten und Ideen angestrebt wurde, die aus dem politischen bzw. gesellschaftskritischen Gespräch hervorgegangen sind; hier wäre ein *Mehr* an Flexibilität, Geschmeidigkeit und Großzügigkeit sicherlich hilfreich und notwendig gewesen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil auf diese Weise eine Unzahl persönlicher Überforderungs- und Schuldgefühle hätte vermieden werden können. Ja, dies festzustellen ist zweifelsohne angebracht; nicht abgebracht ist es jedoch, zur Rechtfertigung aktueller Individualisierungsbestrebungen *damals* verbreitete Verhaltens-Muster herbeizuzitieren und sie als angeblich *heute* zirkulierende Benimmregel-Diskurse auszugeben. Wer dies tut, dokumentiert lediglich, sich schon lange aus dem tatsächlichen Geschehen verabschiedet zu haben!

(Ankündigung: Auf das Verhältnis zwischen patriarchalem Geschlechterverhältnis und gemischtgeschlechtlicher Szene wird im Abschnitt 5.3.3. ausführlich eingegangen werden.)



### 3.6. Funktion VI: Soli-Arbeit

Der Ergänzung halber sei noch angemerkt, daß eine *Zwecksetzung* vieler Aktionsformen es ist, Solidarität zu bekunden, sei es durch praktische Hilfe oder sei es 'lediglich' dadurch, daß den Betroffenen irgendeines Mißstandes - z.B. Flüchtlingen oder MigrantInnen - versichert wird, daß sie nicht vollkommen auf sich allein gestellt sind. Darüberhinaus scheint mir die praktische Soli-Arbeit aber auch deshalb interessant zu sein, weil gerade ihr eine nicht zu unterschätzende Mobilisierungs- und Aufklärungskraft innewohnt; begründet dürfte dies v.a. in ihrer offensichtlichen Zweck- und Sinnhaftigkeit im *Hier und Jetzt* sein. Prominentestes Beispiel hierfür ist meines Erachtens die gesamte Nicaragua-Soli-Arbeit während der 80er Jahre gewesen (und zwar unabhängig davon, daß gerade in diese und ähnlich gelagerte Aktivitäten eine ganze Reihe merkwürdiger bzw. fragliche Motive eingeflossen sind). In diesem Sinne ist der nahezu vollständige Verlust solcher Soli-Strukturen nicht nur für die ehemals Unterstützten katastrophal gewesen, sondern auch für die linksradikale bzw. autonome Szene selbst.

## 4 Über Filtersysteme und Vergleichgültigung. Zur grundsätzlichen Unerreichbarkeit der sog. Normalbevölkerung

Im Folgenden möchte ich unter Rückgriff auf die bereits formulierte Kritik vor allem der Frage nachgehen, worin denn unter den gegenwärtigen Bedingungen die spezifische Begrenzung traditionell-autonomer Aktionsformen besteht. Ziel hiervon ist es, diejenigen Punkte zu bestimmen, an denen auonome Politik der Neuorientierung bedarf. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei allerdings ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es mir im Folgenden nicht so sehr um die kritische Analyse einzelner Aktionsformen zu tun ist; dieses Unterfangen habe ich mir vielmehr - so denn es nicht bereits stattgefunden hat - als ein hoffentlich erhellendes Darstellungsmittel für den letzten Schritt dieses Diskussionspapieres aufgehoben. In diesem Sinne wird es nunmehr um *systematisch-grundsätzliche* Problemstellungen und Hindernisse gehen.

Als Einstieg sei die resümierende Einschätzung vorausgeschickt, daß die herkömmlichen Aktionsformen autonomer Politik die ihnen ursprünglich zugedachten Aufgaben bzw. Zwecksetzungen nicht mehr oder nur noch in Ansätzen erfüllen können; ablesbar ist dies an einem Geflecht aus unterschiedlichsten Sachverhalten, die allesamt in einem sich gegenseitig verstärkenden Abhängigkeitesverhältnis stehen und die in ihrer derzeitigen Gesamtheit eine einzige Abwärtsspirale ergeben:

- Autonome Politik vermag es heute kaum noch, die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen; deutlich wird dies an der weitgeheneden Abwesenheit autonomer bzw. linksradikaler Standpunkte im allgemeinen Bewußtsein. Rühmliche Ausnahme hierzu ist lediglich der Anti-AkW-Widerstand; ansonsten ist emanzipatorisch-solidarische Politik in einem größeren Maßstab nur noch als Kampf wider dem Abbau weiterer Grundrechte wahrnehmbar, nicht aber als ernstzunehmender Kampf für eine gerechte und menschenwürdige Gesellschaftsordnung.
- Indem es autonomer Politik in den vergangenen Jahren immer weniger gelungen ist, ihre eigenen Standpunkte im öffentlichen und privaten Bewußtsein zu plazieren und dadurch kollektive Interesse-, Aufmerksamkeits- und Gesprächskorridore hervorzurufen (vgl. 5.2.), ist sie mehr und mehr einer ihrer

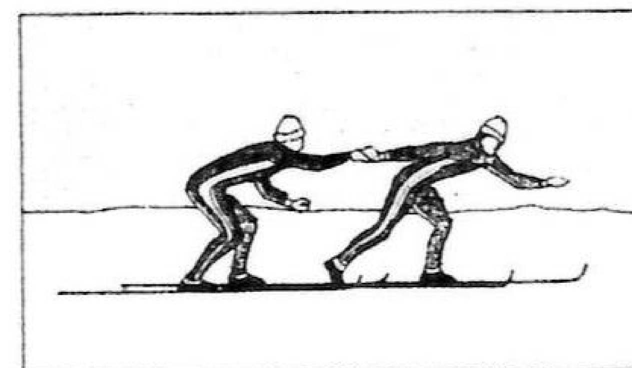
entscheidenden Moblisierungsquellen verlustig gegangen; direkt ablesbar ist dies an dem enormen Schrumpfungsprozeß, dem in den letzten Jahren linksradikale Demos und ähnliche Ereignisse unterlegen sind oder daran, daß immer weniger Gruppen auf der aktiven Polit-Bühne anzutreffen sind. Hierdurch ist es aber - gleichsam im Gegenzug - noch schwieriger geworden, die allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen. Dieser Umstand verweist letztlich auf das schon ausführlich erörterte Wechselspiel zwischen aufklärerischem Halli-Galli und hiermit verknüpften Mobilisierung- und Aufklärungseffekten. (Vgl. 3.1.5.)

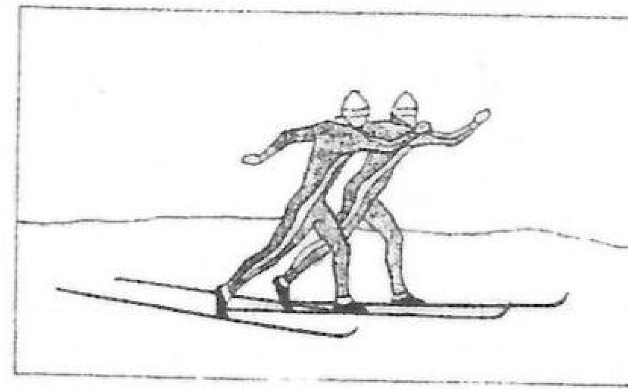
- Jenes Wechselspiel hat im Rahmen der gegenwärtigen Abwärtsspirale zu einem forcierten Niedergang sozio-kultureller Infrastsruktur geführt und hat damit nicht nur zur Schwächung der Binnenmobilisierung beigetragen, sondern auch - vermittelt hierüber - zu einer abermaligen Erschwerung davon, überhaupt noch irgendwelche Menschen außerhalb der eignen Szene erreichen zu können (vgl 3.5.).
- Verstärkt wurde jene vielgestaltige Abwärtsdynamik in den letzten Jahren noch dadurch, daß autonome Politk ihren Siegel verloren hat, Inbegriff symbolischen Widerstandes zu sein. Hierdurch ist sie ungleich bedeutungs- und harmloser erschienen als in früheren Zeiten, so daß Mobilisierungseffekte auf diese Weise kaum noch erzielt werden konnten (vgl. 3.2.).
- Schließlich hat die immer kleiner gewordene Zahl politisch aktiver Autonomer auch die Chancen und Möglichkeiten weitgehend kaputt gemacht, auf ersnthafte bzw. erfolgsversprechende Weise Widerstand und Soli-Arbeit zu leisten; dies hat nicht nur zu einer beschleunigten Binnenaufzehrung beigetragen, sondern auch - wiederum in einer Art Wechselschleife - zu einer noch schwerer gewordenen Außenmobilisierung (vgl. 3.3.1. + 3.6.).

Als grobe und *vorläufige* Beschreibung möge dies genügen; denn letzlich dürfte klar geworden sein, in welchem Sinne es zu einer grundlegenden Verschiebung innerhalb des autonomen Politikgefüges gekommen ist; nichts mehr ist so, wie das urspünglich mal der Fall gewesen ist; vor allem ist es autonomer Politk nicht mehr gelungen, den autonomen Kern zu vergrößern; im Gegenteil: dieser ist zunehmends von Schwindsucht befallen. Genau hierin scheint mir aber der endgültige Offenbarungseid links-autonomer Aktionsformen zu liegen, ist es doch eigentlich deren ureigenster Zweck, für ein dauerhaftes Wachstum links-autonomer Zusammenhänge zu sorgen, gemäß der Überzeugung nämlich, daß nicht putschistische Gewaltstreiche irgendeiner autonomen oder sonstigen Elite die befreite Gesellschaft herbeizwingen können, sondern nur der kollektive Wille einer im autonomen Sinne aufgeklärten Bevölkerungsmehrheit! Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, daß das allmähliche Anwachsen des autonomen Kerns mit einer allmählichen Veränderung der gesellschaftlichen Eckdaten einhergeht und daß deshalb *links-autonomes Wachstum und Gesellschaftsveränderung* lediglich die beiden Seiten derselben Medaille darstellen. (Daß es nichtsdestotrotz am Ende des Tages zu einem show-down kommen wird, d.h. zu einer 'richtigen' und möglicherweise bewaffneten Revolution, ist hiervon vollkommen unberührt.)
Entscheidend scheint mir nunmehr der Umstand zu sein, daß jener Offenbarungseid autonomer Aktionsformen nur zum Teil in diesen selbst begründet sein kann; denn schließlich haben viele Aktionsformen - keineswegs jedoch alle - ihren Dienst sehr lange erfolgreich getan, auch wenn es so mancherlei Selbstmißverständnis hinsichtlich der Frage gegeben hat worin denn überhaupt die Zielsetzung der einzelnen Aktionsformen sinnvollerweise bestehen könnte. Deshalb gilt es meines Erachtens, grundsätzlicher nachzufragen, u.a. nach folgenden Fragen:

a) Warum ist es heute so schwierig geworden, selbst linken bzw. alternativen BürgerInnen zumindestens Aufmerksamkeit und Interesse für das Projekt grundlegender Gesellschaftsveränderung zu entlocken ?
b) Warum sind heute immer weniger Menschen bereit, sich auf der Grundlage eines allgemeinen Halli-Gallis - so denn ein solches überhaupt noch entfacht werden kann - mobilisieren und im linksradikalen Sinne aufklären zu lassen?
c) Weshalb sind öffentliche und private Polit-Diskussionen mittlererweile so dermaßen aus der Mode gekommen?

Auf jene Fragen eine Antwort zu finden, scheint mir deshalb bedeutsam zu sein, weil nur auf diesem Wege die systematischen Gründe dafür bestimmt werden können, weshalb die angestammten Aktionsformen autonomer Politik nicht mehr imstande sind, ihre ursprünglichen Funktionen zu erfüllen. (Denn daß, um nur ein Beispiel zu nennen, ein niedriges Aktivitätsniveau nicht dafür geeignet ist, symbolischen Widerstand zu erzeugen und hierdurch weitere Mobilisierungseffekte hervorzubringen, versteht sich von selbst, erklärt aber nicht, wie es zu dem ursprünglich niedrigen Aktivitätsniveau gekommen ist.) Beantworten möchte ich besagte Fragen in zwei Schritten: in einem ersten Schritt möchte ich noch einmal der ganz grundsätzlichen Frage nachgehen, welche unvermeidbaren Schwierigkeiten und Vergeblichkeiten in dem Versuch auftreten, irgendwelche Fraktionen der *sogenannten* Normal-Bevölkerung aufklären zu wollen; erst vor diesem Hintergrund möchte ich mich dann der eigentlichen Frage widmen, die im Kern ja darin besteht, weshalb diese Schwierigkeiten und Vergeblichkeiten unter den gegenwärtigen Bedingungnen noch größer sind, als das sowieso schon der Fall ist.







## 4.1. Zur Abschottungslogik der Filtersysteme (Oder: Streifzüge durch die Sozialstruktur)

Hinsichtlich der grundsätzlichen Schwierigkeiten und Vergeblichkeiten scheint mir ersteinmal ein Rückgriff auf die weiter oben schon erläuterten Denk- und Wertemuster erforderlich und hilfreich zu sein (vgl.3.1.1.): dort ist davon die Rede gewesen , daß links-autonome Standpunkte von einer Person nur unter der Bedingung verinnerlicht werden, d.h. als relevante, denkbare und handlungsstimulierende Informationen erscheinen können, daß sie mit den inneren Denk- und Wertemustern der betreffenden Person übereinstimmen. Ist dies nicht der Fall, dann wird ein entsprechender Standpunkt gar nicht erst wahrgenommen, geschweige denn ernsthaft verarbeitet oder gar zur Richtschnur des eigenen Handelns gemacht. Als Beispiel hierfür hatte ich u.a. die Flüchtlichngspolitk angeführt: nur diejenige Person, die von einem prinzipiellen Recht auf Gleichbehandlung ausgeht - oder wenigstens: von der absoluten Gültigkeit fundamentaler Menschenrechte - wird überhaupt imstande sein, reale Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen nicht nur als empörend zu empfinden sondern auch als Aufforderung dazu, politisch aktiv zu werden. Dort dagegen, wo solche grundlegenden Denk- und Werthaltungen nicht existieren - aus welchen Gründen auch immer - wird Flüchtlingsschicksalen mit Gleichgültigkeit und Desinteresse begegnet, was hierzulande häufig noch mit wohlstandschauvinistischer Eigennützelei einhergeht oder mit dem Hinweis, selber schon genug Scherereien am Hals zu haben und deshalb nicht auch noch gewillt zu sein, sich um das Wohlergehen irgendwelcher Flüchtlinge kümmern zu können. Ist das aber der Fall, dann ist jede politische Aufklärungsarbeit zum Scheitern verurteilt außer derjenigen, die es sich ausdrücklich zur Aufgabe gemacht hat, auf der Ebene der Denk- und Wertemuster vorzugehen. Denn letzlich sind es ja gerade jene Denk- und Wertemuster, die das Desinteresse für diejenigen Aufklärungsakte hervorgebracht haben, die Fakten und Infos vermitteln wollen.

Hieraus folgt indes, daß jeder Aufklärungsakt eine Art *Denk- und Wertefilter* druchlaufen muß, der darüber entscheidet, ob und inwieweit die mit Hilfe des Aufklärungsaktes transportierten Informationen und Forderungen verarbeitet werden. Entscheidend ist nunmehr jedoch, daß es sich bei diesem Filter um mehr als einen reinen *Denk- und Wertefilter* handelt; denn letztlich ist an der Filterung die gesamte Lebenspraxis einer Person beteiligt; demzufolge ist besagter Filter ein *mit* der jeweiligen Einzelperson *identisches Gesamtsystem*, das sich aus Gedanken, Werten, Gefühlen, Selbsteinschätzungen, Erfahrungsschätzen, Zukunftserwartungen, Wissensstrukturen, Fähigkeiten etc. zusammensetzt; und auch gehören zu jenem Gesamtsystem objektive Faktoren wie die jeweilige Besitzstruktur oder das je gesellschaftlich genossene Ansehen.

Überdies gilt es, sämtliche der gerade aufgelisteten Einzelkomponenten auch noch unter geschlechts- und ethnizitätsspezifischen Gesichtspunkten auseinanderzudividieren; denn bekanntlich sind Männer und Frauen (so denn sie zu solchen geworden sind) bzw. Deutsche und MigrantInnen auf den unterschiedlichsten Ebenen sehr verschiedenartigen Existenzbedingungen unterworfen, mit der Konsequenz, daß besagte Gesamtsysteme, welche auch als Habitus - bzw. Mentalitätsstrukturen bezeichnet werden könnten, auch jeweils unterschiedlich ausfallen müssen. Ja, und jene Gesamtsysteme bestimmen in ihrer Eigenschaft als Filter unweigerlich - und oftmals vorbewußt - darüber, ob und inwieweit autonome Standpunkte aufgenommen und verarbeitet werden. Meine diesbezügliche These lautet jetzt allerdings, daß es gerade jene filterhaften Gesamtsysteme sind, die autonome Aufklärungsbemühungen in den allermeisten Fällen - zumindestens gilt dies für die Gegenwart - zu schwierigen bzw. vergeblichen Unterfangen machen. Denn viele dieser klassen-, geschlechts- und ethnizitätsspezifischen Filtersysteme passen einfach nicht zu linksradikalen Standpunkten, die ja selber Teil entsprechender Gesamtsysteme sind. Einige Beispiele mögen dies dokumentieren:

1. Die ***konservative Ärztin*** aus gehobenem Elternhaus reagiert allein schon deshalb ungehalten und widerwillig auf linksradikale Anliegen, weil sie ihren Zehlendorfer Minipalast genauso liebt wie ihre Ferienwohnung in Salz-Maria und ihren metallikblauen Mittelklasse-Daimler. Denn daß solcherart Besitztümer in der befreiten Gesellschaft abgeschafft oder zumindestens anders verteilt werden würden, daraus machen Autonome ja nicht den geringsten Hehl. Darüberhinaus ist jener ohrenbeperlten Bürgerin aber auch der anti-hierarchische Grundimpuls autonomer Gesellschaftspolitk zutiefst suspekt; denn immerhin hat sie zeit ihres Lebens eine Existenz in den obersten Etagen der Gesellschaft geführt; hierdurch ist ihr aber das Denken 'in Etagen' so dermaßen zur zweiten Natur geworden, daß ihr die direkte bzw. indirekte Infragestelllung sozialer Hierarchien nicht nur widernatürlich erscheinen muß, sondern auch noch unmoralisch und gefährlich. Schließlich ist dieser Vertreterin des *konservativ-gehobenen BürgerInnentums* die Vorstellung ein Graus, sie könnte sich eines Tages in einer Gesellschaft wiederfinden, in der die Arbeit nicht mehr selbstvertändlicher Mittelpunkt der Lebensführung ist, weder zeitlich noch gedanklich bzw. emotional. Hiergegen erhebt sich ihr protestantischer Arbeitseifer genauso wie ihre preußisch-asketischen Zuchtvorstellungen.

2. Ganz anders verhalten sich die Dinge bei der ***alleinerziehenden Verkäuferin***, die tagsüber bei Spar für einen Hungerlohn schuften muß, um abends dann noch für ihre beiden Kinder verfügbar zu sein. Diese Frau weiß zwar ganz genau, was Ausbeutung und Armut heißt, für linksautonome Projekte wäre sie aber dennoch nicht zu gewinnen; denn ihre Gegenwelt ist die der romantischen Liebe mit einem verständnisvollen Wundermann, der sie in seinem schwarzen Coupé zu verträumten Tagesausflügen ins Grüne entführt. Ganz anders die Realität, von der sie sich fortzuträumen versucht: dort bevorzugt es diese Vertreterin des *KleinbürgerInnentums*, kitschige Popschnulzen zu hören, auf dem Alex bummeln zu gehen, mit ihren ebenfalls voll eingespannten Freundinnen reden, lachen und klönen zu können sowie einmal in der Woche zur sogenannten Problemzonengymnastik in ein Fitnesstudio zu tigern. Für links-autonome

Anliegen ist in diesem Leben, das zudem immer wieder von ganz *normaler* Männergewalt geprägt ist, einfach kein Platz, noch nicht einmal als negativer Abwehrreflex. Denn letzlich ist für jene Verkäuferin der alltägliche Lebens- und Überlebensdruck so stark und überwältigend, daß sie nicht über diejenigen zeitlichen und inneren Ressourcen verfügt, die eine absolute Voraussetzung dafür darstellen, sich in irgendeiner Form kritisch und widerständig verhalten zu können.

3. Wieder anders verhält sich die Angelegenheit bei dem ***45 jährigen Schlosser***, der sich durch harte Arbeits- und Zeitdisziplin bis zum ***Werkmeister*** hochgearbeitet hat, dessen ganzer Stolz jedoch sein eigenständig hochgezogenes Wochendendhäuschen auf seinem Parzellengrundstück ist. 'Auf Parzelle' verbringt dieser Abgeordnete des *kleinbürgerlichen Arbeitermilieus* nahezu seine gesamte Freizeit; im Vordergrund steht hierbei die Pflege von Haus und Garten sowie die seines weißen und deshalb ständig putzbedürftigen Opels. Die Abendstunden sind von Schultheis-Bier, BZ-Lektüre und TV-Konsum geprägt. Linke - ganz gleich welche - sind für diesen Mann in erster Linie Faulenzer, Drecksspätze und Chaoten; letztlich verstoßen sämtliche ihrer Vortsellungen und Forderungen gegen das, was ihm lieb geworden ist, seien es Ordentlichkeit und Sauberkeit, Gehorsam und Unauffälligkeit oder seien es Selbstdisziplin und Arbeitseifer.

4. Wieder ein anderer Fall ist der ***Ingenieu***r aus dem hedonistisch orientierten *technokratisch-liberalen Milieu*. Von der Ärztin und dem Werkmeister unterscheidet sich dieser vor allem darin, innerlich weniger verbohrt und verhärtet zu sein. Wichtig ist diesem Ingenieur vor allem, ein *gutes Leben* zu führen; hierzu gehören in erster Linie ein befriedigender Job, eine intakte Vier-Personenfamilie und ein gutes Einkommen; mit dem Einkommen soll vor allem ein gehobener Lebensstandard ermöglicht werden:: von dem eigenen Häuschen über schicke Kleider und kostspielige Hobbys bis hin zu ausgefallenen Urlaubsreisen. Das Verhältnis eines solchen Ingenieurs zur autonomen Linken ist zuallererst ein Nicht-Verhältnis. Anti-hierarchische Parolen, eigenwilliges Auftreten, Lustorientiertheit etc. können ihn einfach nicht schocken; im Gegenteil, sie sind ihm schlicht und einfach egal, einmal ganz davon abgesehen, daß er solcherart Bedürfnisse sogar verstehen kann, zumindestens bis zu einem bestimmten Punkt; denn ein süßen Leben zu führen - wenn auch in ganz anderem Gewande - ist ja auch ihm ein Anliegen! Problematisch und brenzlig wird es erst, wenn er sich im Vollzug eben dieser Süßheit des Lebens behindert sieht, sei es dadurch, daß er sich widerwillen in die Pflicht geommen fühlt, andere Menschen unterstützen zu sollen oder sei es dadurch, daß sein ureigenstes Anliegen, das des süßen Lebens nämlich, direkt in Frage gestellt wird. Ist dies der Fall, dann kann auch jener sonst so liberal-gleichgültige Ingenieur ungemütlich werden; dann läßt auch er sich herbei, nicht nur über die angeblich kostspieligen Flüchtlinge zu schimpfen bzw. über den angeblich vollkommen überzogenen Solidaritätszuschlag, sondern auch über autonome Chaoten und deren Bestrebungen, Sicherheit und Wohlstand auf's Spiel zu setzen. Kurzum: dort, wo dieser hedonistische und manchmal auch sympathisch rüberkommende Ingenieur seine Interessen verletzt glaubt, ist auch er in allerkürzester Zeit imstande, die Fratze übelsten Wohlstandsschauvinismuses auszupacken, die vor nichts zurückschreckt, selbst vor Rassismus nicht, auch wenn dieser immer noch in *Spielgel*-bewährter Manier pseudo-vernünftig vorgetragen wird.

4. Abschließend gilt es jetzt noch, das berühmte ***links-alternative LehrerInnen-Pärchen*** ein wenig genauer unter die Lupe zu nehmen: Dieses Pärchen, das zur StammwählerInnenschaft der Grünen gehört, dürfte linksradikalen Anliegen zunächst einmal offener bzw. verständiger gegenüber treten als die VertreterInnen anderer Gesellschaftsfraktionen. Begründet ist dies in erster Linie darin, daß jenem Pärchen linksradikale Standpunkte aus seiner eigenen Geschichte heraus bekannt und vertraut sind; dies betrifft nicht nur die entsprechenden Gedanken, Wertmaßstäbe und Prinzipien sondern auch die dazugehöringen Lebensweisen. Zum Ausdruck kommt diese Vertrautheit und Aufgeschlossenheit in erster Linie darin, gegenüber der *grundsätzlichen* Idee einer herrschaftsfreien Gesellschaftsordnung gedanklich und emotional aufgeschlossen zu sein; Beißreflexe gegen derartige Gesellschaftsutopien sind solchen Pärchen fremd; denn letztlich haben sie sich auf eine spezifische Weise viele derjenigen Werte und Prinzipien anverwandelt, die auch autonomer Politik zugrunde liegen. Und trotzdem: im Kern handelt es sich auch bei dieser Gruppe nicht um potentielle AnsprechpartnerInnen linksradikaler Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse, sondern lediglich um das personelle Zentrum desjenigen Spektrums, dem weiter oben - im Verein mit fortschrittlichen Medien, PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, Intellektuellen etc. - die Funktion zugewiesen wurde, Resonanzboden und damit Mobilisieerungsquelle linksradikaler Politik zu sein. Geschuldet ist diese Zurechtstutzung vor allem dem Umstand, daß besagtes LehrerIn-Pärchen in seiner Eigenschaft als Teil der *links-bürgerlichen Alternativ-Fraktion* ebenfalls in spezifische Selbst-Begrenzungen eigemauert ist; denn letztlich ist jene Fraktion lediglich gedanklich und emotional imstande, das *Andere* zu wollen, nicht aber praktisch und konkret. Dies drückt sich nicht nur in einer sehr weitgehenden politischen Enthaltsamkeit aus - allenfalls das Engagement in der BürgerInnenInitiative, deren Ausgangspunkt ja nicht selten purer Eigennutz ist, kann noch das Prädikat der Standard-Aktivität verliehen werden - sondern auch in einer sehr definitiven Nicht-Bereitschaft den eigenen und z.T. sehr beträchtlichen Reichtum grundlegend infrage zu stellen bzw. infrage stellen zu lassen; denn schließlich gehört das eigene Häuschen, der Campingbus und der Jahresurlaub in der Toscana bzw. in Skandinavien genauso zum Lebensgefühl dieser Menschen wie das Bedürfnis, in teuren Bio-Läden einzukaufen - anstatt sich eigenverantwortlich aus billigen Food-Coops zu versorgen -, exklusive *und* gesunde Kleidung zu tragen, langfristige Homöopathie- und Psychoanalysebehandlungen auf sich zu nehmen, den eigenen Kindern das Spielen eines Instrumentes zu ermöglichen etc. Anders als beim Ingenieur geht jene Unfähigkeit, von der bürgerlichen Existenz abzulassen, allerdings nur in sehr seltenen Fällen mit wohlstandschauvinistischen Pöbeleien einher. Denn hierfür sind die linken bzw. alternativen BürgerInnen einfach zu fit, nicht auf der Ebene des tatsächlichen

Lebensvollzugs, sondern auf derjenigen der grundlegenden Werteinstellungen und Prinzipien. (Zum Ausdruck kommt dies in erster Linie in inneren Gewissenskonflikten bzw. darin - als Kehrseite dieser Konflikte - in bemühter Forschheit und Unbekümmertheit, ein Bekenntnis zur eigenen Bürgerlichkeit abzulegen.)

Ich möchte resumieren und Zeugnis ablegen von meiner demütigen Haltung in Gegenwart der unendlichen Weisheit, Liebe und Güte unseres allmächtigen Gottes und seines eingeborenen Sohnes, Jesus Christus: Höret nun meine Worte.....

Ziel dieses kleinen Lebenswelt-Panoramas ist nicht die erschöpfende Analyse der bundesdeutschen Sozialstruktur gewesen; deshalb gilt es, die genannten Fälle lediglich als eine stellvertretende Auswahl zu betrachten. Und auch ist es nicht beabsichtigt gewesen, eine inhaltlich vollständige Bestimmung dessen vorzunehmen, welche Aufklärungsbotschaften keine Chance haben, durch die durchschnittlichen Filtersysteme zu dringen. Deshalb ist es in den vorherigen Beispielen um patriarchale bzw. rassistische Gewaltverhältnisse genauso wenig gegangen wie um Heterosexismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit etc. Nein, Ziel der entsprechenden Ausführungen ist es vielmehr gewesen, noch einmal ausdrücklich aufzuzeigen (werde ich wiederstehen.... oder, werde ich mich der Gotteslästerung hingeben? Der Herr stehe mir bei!), in welchem Sinne es politischer Unfug ist, mittels *irgendwelcher* Demos, Flugblätter, Plakate, Sprühereien etc. *irgendwelche* Aufklärungsbotschaften in die Welt zu setzen und gleichzeitig dieses Unterfangen mit der Hoffnung zu verknüpfen, auf eine solche Weise irgendetwas verändern zu können. Denn letztlich ist es nur eine ausgesprochen kleine Minderheit innerhalb der Bevölkerung, die für linksradikale Aufklärungsbotschaften - zumindestens auf der gedanklichen Ebene - überhaupt empfänglich ist. Die große Mehrheit der Bevölkerung läßt dagegen - unweigerlich und unbewußt - die allermeisten Aufklärungsbotschaften von sich abperlen, so als ob es sich bei diesen um Fett und bei ihnen selbst um Wasser handeln würde. Hierauf mit allem Nachdruck hingwiesen zu haben, scheint mir vor allem deshalb wichtig zu sein, weil nur so wirlich nachvollziehbar ist, weshalb linksradikale Aufklärung sich immer nur an die jeweils Nächststehenden wenden kann, während die linksradikale Aufklärung der linksliberalen Öffentlichkeit - die nur um den Preis inhaltlicher Verkürzungen und Verdrehungen zu haben ist - in erster Linie instrumentellen Mobilisierungszwecken dient. Jene Überlegungen zur tendenziellen Vergeblichkeit linksradikaler Aufklärung sind aber auch deshalb bedeutsam, weil mit ihrer Hilfe verständlich gemacht werden kann, wehalb die im autonomen Praxisverständnis vorherrschende Fixierung auf einige HauptgegnerInnen - vom Staat über das Großkapital bis zu den Faschos - einen verhängnisvollen Trugschluß darstellt. Denn letzlich wird hierdurch die Sicht darauf versperrt, daß die erdrückende Bevölkerungsmehrheit mit den hiesigen Verhältnissen identifiziert ist; oder noch konkreter: die allermeisten Menschen finden es schlicht und ergreifend *gut*, in der bürgerlich-patirarchalen Gesellschaft leben zu dürfen; die Überwindung - um nur ein besonders einsichtiges Beispiel zu nennen - sozialer Hierarchien ist ihnen einfach kein Anliegen; ihr Streben ist vielmehr darauf ausgerichtet, innerhalb dieser Hierarchien aufzusteigen oder sich mit der jeweils erreichten Position zufrieden zu geben. Dies gilt auch für diejenigen Menschen, die von den hier herrschenden Verhältnissen am wenigsten haben und deren einzige und zumeist unberechigte Hoffnung darin besteht, irgendwann einmal auch auf der Sonnenseite der Gesellschaft zu stehen. (Jene Ein- und Unterordnungsbereitschaft gerade der am meisten Beanchteiligten sollte eigentlich nicht weiter verwunderlich stimmen; denn schließlich erfordert die Herausbildung links-autonomer Persönlichkeitsstrukturen Freiräume und Ressourcen, über die gerade die am meisten Deklassierten nicht verfügen. Das aber erklärt auch, warum Deklassierte sehr viel häufiger bei rechten Rattenfängern landen als in irgendwelchen linken Bewegungen, in die sich einzuklinken, oftmals gar nicht so einfach ist.
Hieraus folgt, daß in letzter Konsequenz alle diejendigen Meschen an der alltäglichen Produktion bzw. Hervorbringung der hier herrschenden Verhältnisse beteiligt sind, die sich nicht ausdrücklich darum *bemühen*, solchen Vereinnahmungen entgegenzuarbeiten (was allerdings keineswegs gleichbedeutend damit ist, die eigene Verstricktheit in die Verhältnisse bereits entknotet zu haben). Das aber ist der Grund dafür, weshalb der Kampf für eine befreite Gesellschaft mit massenhaften Selbstaufklärungsprozessen einhergehen muß; denn schließlich ist der emanzipatorische Selbstaufklärungsprozeß gleichbedeutend damit, die verinnerlichten Gesellschaftsverhältnisse aus sich selbst herauszutreiben, aus Kopf und Seele genauso wie aus der gesamten Körperlichkeit, sowohl der materiellen als auch der energetischen.
Und trotzdem: so wichtig die Erkenntnis auch sein mag, daß der Fortbestand der bürgerlich-patriarchalen Gesellschaft nicht durch Polizeiknüppel, repressive Lohnversklavung, Medienhetze u.ä. ermöglicht wird, sondern vielmehr durch die verwickelte Beteiligtheit großer Bevölkerungsmehrheiten in die feinmaschigen Macht-, Sinn- und Herrschaftsnetze bürgerlich-patriarchaler Vergesellschaftung, so sehr darf aber auch nicht der Umstand aus den Augen verloren werden, daß die einzelnen Bevölkerungsgruppen - jeweils unterteilt nach klassen- , geschlechts- und ethnizitätsspezifischen Gesichtspunkten - von ihrer je spezifischen Beteiligtheit an den gesellschaftlichen Verhältnissen ganz verschiedenartig profitieren: so dürfte unter materiellen Gesichtspunkten ein bürgerliches Leben grundsätzlich süßer als andere Existenzformen sein; in anderer Hisicht hingegen - z.B. der des *öffentlichen* Entfaltungsspielraums - stehen Männer oftmals besser da als Frauen. Und unter einem dritten Gesichtspunkt wiederum - z.B. demjenigen bürgerlicher Grundrechte und -pflichten - geht es allen Deutschen - losgelöst von Klasse und Geschlecht - besser als jedem und jeder MigrantIn; zur exemplarischen Verdeutlichung mögen diese stark vereinfachten Beispiele genügen.

## 4.2. Vergleichgültigung: sechs Stichwörter und eine Zeitdiagnose.

Ich möchte zum eigentlichen Hauptthema zurückkehren; dieses ist ja weiterhin der Frage gewidmet, inwieweit es unter den gegenwärtigen Bedingungen schwierig bzw. vergeblich ist, mit linksradikaler Aufklärung irgendeinen Stich zu landen; diese Frage ist bislang lediglich grundsätzlich und deshalb unvollständig beantwortet worden; denn daß linksradikale Aufklärung ein *grundsätzliches* Unterfangen ist, erklärt ja noch nicht, weshalb es autonomer Politik gerade in den 90-er Jahren schlechter denn je gelingt, in irgendeinem Sinne erfolgreich zu sein. Hierfür bedarf es vielmehr einiger zeitdiagnostischer Betrachtungen. Da solcherart Zeitdiagnosen eigentlich ein Unding sind - zumindestens dann, wenn sie auf zwei Seiten daherkommen -, möchte ich mich im Folgenden damit begnügen, die für meinen Zusammenhang wichigsten Stichwörter beim Namen zu nennen; insbesondere sechs Entwicklungsschienen gilt es aus meinr Sicht hervorzuheben:

1. Durch wirtschaftliche Globalisierungsprozesse einerseits sowie immer stärker beschleunigte Technologieschübe andererseits hat sich in den letzten 1-2 Jahrzehnten der Konkurrenz- und Rationaliserungsdruck auf das kapitalistische Einzelunternehmen enorm erhöht. Konsequenz hiervon sind nicht nur ein ständiges Wachstum der Arbeitslosigkeit gewesen, sondern auch ein stetig zunehmender Produktivitäts-, Flexibilisierungs- und Weiterbildgunszwang für viele ArbeitnehmerInnen (Auf einer anderen Ebene ist dies auch in der gerade in jüngster Zeit immer stärker beklagten *Beschleunigung des Alltagslebens* zum Ausdruck gekommen und damit auch - als einer Konsequenz hiervon - in der forcierten Zerstörung sinnlicher Erlebnispotentiale.)

2. Jene objektiven Mechanismen und Erfordernisse sind allerdings nur die eine Seite der Medaille; die andere Seite betrifft die Frage danach, inwieweit eine Gesellschaft solche Herausforderungen, die letztlich in der kapitalistischen Wettbewerbslogik und den durch sie hervorgerufenen Konkurrenzgesetzen begründet sind, als Gestaltungsaufgabe begreift oder lediglich als Zwangskorsett, dessen stumme Zwänge nur noch realisiert, nicht aber abgefedert werden können. Gerade letzteres ist aber im Namen des Neo-Liberalismus in den vergangenen 15 bis 20 Jahren die Handlungsmaxime der wichtigsten westlichen Regierungen gewesen, einschließlich der von ihnen dominierten Organisationen wie IWF und Weltbank. Zum Ausdruck gekommen ist dies u.a. in einer sehr weitreichenden Deregulierung des Arbeitsmarktes und seiner Tarifbestimmungen: von der Flexibilisierung der Arbeitszeit über unsichere Beschäftigungsverhältnisse bis hin zur Lockerung des Kündiguns- und Krankheitsschutzes. Bemerkenswert ist hierbei allerdings, daß in diesen Deregulierungsbemühungen, die sich immer stärker auch auf andere Bereiche wie z.B. den Bildungssektor erstrecken, oftmals sehr viel weiter gegangen wurde, als dies unter dem berühmt-berüchtigten Kriterium der Standortsicherung erforderlich gewesen wäre. Ablesbar ist jene Neigung nicht nur an den immensen Unternehmensgewinnen der letzten Jahre, sondern auch an der Hartnäckigkeit, mit der vor allem die internationale Politik bis heute bestrebt ist, sämtliche Marktsegmente in die kapitalistische Freiheit zu entlassen, um auf diese Weise - vermittelt durch das jeweilige kapitalistische Einzelunternehmen - den Druck auf die einzelnen ArbeitnehmerInnen nur noch zu forcieren. Als Beispiel hierfür möge die inzwischen weitgehend vollendete Deregulierung des Post- und Telekommunikationswesens genügen.

3. Das folgenreichste Problem dieser Prozesse - die von der Politik beschleunigt und verschärft, nicht aber verursacht worden sind - ist nicht nur die Arbeitslosigkeit selbst gewesen und die mit ihr verkoppelten Verarmungsdynamiken, sondern auch der Umstand, daß ein immer größerer Personenkreis von der Arbeitslosigkeit direkt bzw. indirekt betroffen oder zumindestens bedroht ist. Beide Phänomene stellen eine wichtige Entwicklungstendenz der vergangenen Jahre dar. Neben den schon genannten Gründen hat die Politik die Arbeitslosigkeit in ihrer heutigen Gestalt aber auch des mitverschuldet, weil sie sich vor dem Hintergrund ihrer neo-liberalistischen Maximen bewußt und systematisch geweigert hat, eine aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Und jene Weigerung wiederum kann nicht von dem Sachverhalt abgekoppelt werden, daß die öffentlichen Kassen in den letzten Jahren u.a. deshalb leerer geworden sind, weil es im Rahmen der Finanz- und Steuerpolitik eine sytematische Umverteilung von unten nach oben gegeben hat. (Ein weiteres Phänomen dieser Entwicklungstendenz ist die sich immer repressiver gebährdende Sozialpolitik.)

4. Eine weitere, ebenfalls nicht nur auf Deutschland beschränkte Entwicklungstendenz ist es in den letzten Jahren gewesen, soziale Konkflikte durch die Benennung irgendwelcher Sündenböcke zu entschärfen. Nicht zuletzt hierduch wurde das Verschwinden politischer Diskussionen im öffentlichen *und* privaten Raum beschleunigt. Denn dort, wo Sündenböcke ins Spiel gebracht werden, haben die So-Handelnden vor der Aufgabe kapituliert, sich um eine politische Lösung der anstehenden Probleme und Konflikte zu bemühen. Die rassistische Ausgrenzung von Flüchtlingen u.a. gehören genauso wie die Schürung einer allgemeinen Kriminalitätsangst zu dieserart Konfliktmanagement; und auch gilt es in diesem Zusammenhang, die zahlreichen Vertreibungs- und Zerstörungsstrategieen gegenüber Obdachlosen, Junkis, Dorgenprostituierten, WagenburglerInnen, HausbesetzerInnen etc zu berücksichtigen. ( Ein wichtiges Stichwort in diesem Zusammenhang dürfte auch dasjenige der *Militarisierung* des öffentlichen Raumes sein.)

5. Fernerhin gilt es auch - durchaus als Kehrseite der bislang genannten Krisentendenzen - die Wiederkehr einer geradezu übergeschnappten Konsum- und Unterhaltungsbedürftigkeit als wichtiges zeitdiagnostisches Phänomen hervorzuheben. Denn letzlich - und dies darf nicht aus den Augen verloren werden - sind Armut, Ausbeutung und Zerstörung nur die eine Seite fortgeschrittener kapitalistischer Vergesellschaftung, während umgekehrt Massenkonsum, Üppigkeit und Luxus die andere verkörpern.

Im Zusammenhang mit besagter Konsum- und Unterhaltungsbedürftigkeit sei auch noch mit aller Entschiedenheit hervorgehoben, daß diese keineswegs so etwas wie ein prinzipiell verdammungswürdiger Sachverhalt ist; nein, dies ist

ganz und gar nicht der Fall! Vielmehr tun sich in jenem Streben nach Lust, Vergnügen und Kurzweil eine ganze Reihe fortschrittlicher Neigungen und Bedürfnisse kund, deren eigentliche Bedeutsamkeit sich erst vor dem Horizont anderer Lebensvollzüge erschließt, z.B. solcher, die Verzicht, Unterodnungsbereitschaft und Arbeitsdisziplin als zentrale Tugenden predigen. Einerseits. Andererseits - und dies gilt es als Relativierung des gerade Gesagten zu verstehen - scheinen jene fortschrittlichen Neigungen und Bedürfnisse derzeitig komplett verschüttet zu sein, und zwar deshalb, weil sie sich nahezu ausschließlich mit dem repressiven Ganzen der Gesellschaft kurzgeschossen haben und im Bündnis mit diesem entweder negative oder allenfalls keine Effekte zeitigen. Ablesbar ist diese Verkehrung u.a. an der Art und Weise, wie die gerade in jüngster Zeit neu entdecke Lust auf Körper, Körperlichkeit und Attraktivität in erster Linie normierenden und kontrollierenden, nicht aber empfindungs- und erlebnissteigernden Charakters ist oder daran - um noch ein weiteres Beispiel zu nennen -, daß sich Tanz, Rausch und Vergnügen nicht zu einem prinzipiell oppositionellen Lebensstil verdichtet, sondern es vielmehr vorgezogen haben, sich unkrititsch und gefügig in die starren Ablaufmuster bürgerlicher Lebensführung einzuordnen, um auf diese Weise nichts anderes als Placebos wider die stumpfe Alltäglichkeit zu sein, nicht aber Ausgangspunkt irgendwelcher emanzipatorischen Prozesse.

6. Schließlich gilt es jetzt noch diejenigen Veränderungen einer genaueren Betrachtung zu unterziehen, die sich in den vergangenen Jahren *innerhalb* des patriarchalen Geschlechterverhältnisses vollzogen haben; hierbei scheint es mir jedoch ein Ding der Unmöglichkeit zu sein, die Darstellung ausschließlich auf negative Entwicklungstrends auszurichten; denn dies würde der gegenwärtigen *Vielschichtigkeit* des patriarchalen Geschlechterverhältnisses einfach nicht gerecht werden. In diesem Sinne wird es nunmehr um eine komplexes Gemisch aus sowohl positiven als auch negativen Entwicklungen gehen, und das durchaus auf die Gefahr hin, hierdurch den gerade verfolgten Argumentationsfaden kurzfristig ein wenig aufzuribbeln.

Positiv notiert zu werden, verdient v.a. das Folgende: *Erstens* haben sich gerade im *sogenannten* Rollenverhalten zahlreiche Entkrustungen ergeben, auch wenn sich viele der hiermit verknüpften Verschiebungen - und dies gilt insbesondere für die Männer - v.a. auf der Ebene des Selbst*verständnisses* vollzogen haben, nicht aber auf derjenigen der alltäglichen *Lebensführung*. (Ergänzend sei hierzu aber auch noch angmerkt, daß Ausmaß und Gestalt jener Veränderungen je nach Klasse und Klassenfraktion völlig unterschiedlich ausfallen.) *Zweitens* ist es durch das starke Wachstum weiblicher Berufstätigkeit für viele Frauen zu einer vor allem psychologisch bedeutsamen Eindämmung ihrer finanziellen Abhängigkeiten gekommen, und zwar unabhängig davon, daß nicht zuletzt durch die Aufrechterhaltung der geschlechtlichen Arbeitsteilung im Reproduktionssektor die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen Halbtagstätigkeiten ausübt und deshalb weiterhin auf das Einkommen ihrer Männer bzw. Freunde angewiesen ist. *Drittens* hat die Erwerbstätigkeit aber auch - im Zusammenspiel mit den schon genannten Entkrustungen - einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, daß viele Frauen heute - und dies gilt in abgestufter Form für *alle* Klassen - über mehr Selbstbewußtsein und Handlungsautonomie verfügen, als dies noch vor zwanzig Jahren *durchschnittlicherweise* der Fall gewesen ist; denn neben den finanziellen Erleichterungen stellt die Erwerbsarbeit unter den gegenwärtigen Bedingungen für viele Frauen die oftmals einzige Möglichkeit dar, als eigenständige und kompetente Persönlichkeiten auftreten und hieraus Selbstbewußtsein und Befriedigung ziehen zu können. Fernerhin ist es *viertens* - und dies gilt es v.a. als Produkt kleinteiliger und direkter Interessenpolitik zu begreifen - auf der juristischen, politischen und institutionellen Ebene zu einer Vielzahl ganz verschiedenartiger Verbesserungen gekommen; dies betrifft die Gesetzgebung zum Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub genauso wie die allmähliche Thematisierung sexueller Übergriffe am Arbeitsplatz oder die vielerorts unternommenen Bemühungen, auch Frauen die Möglichkeit einzuräumen, zunehmends in verantwortungsvolle und einflußreiche Positionen aufzurücken. (Ja, und letzteres ist auch aus autonomer Sicht als Erfolg zu begrüßen, ganz gleich wie kritisch es ansonsten nicht nur das gesamte System einflußreicher Positionen zu betrachten gilt, sondern auch das jeweilige Praxisfeld, in welches dieses Positionssystem eingebettet ist, sei es in der Justiz bzw. Verwaltung oder sei es in der Privatwirtschaft.) Schließlich sollte es *fünftens* auch nicht aus den Augen verloren werden, daß es mittlererweile - zumindestens im städtischen Raum - durchaus leichter geworden ist, lesbische bzw. schwule Identitäten zu leben, auch wenn dies nicht im Geringsten mit einer *grundsätzlichen* Zurücknahme heterosexistischer Diskriminierung zu verwechseln ist. Dies an dieser Stelle zu erwähnen, ist aus meiner Sicht deshalb angebracht, weil Heterosexismus ein überaus elementarer Bestandteil patriarchaler Vergesellschaftung ist.

Zu den Rückschritten: *Erstens:* der wohl wichtigste Rückschritt ist eng mit den gerade skizzierten Umstrukturierungsprozessen innerhalb der politischen *und* ökonomischen Felder verwoben; denn letzlich sind Frauen - und dies betrifft v.a. Nicht-Akademikerinnen - von den dortigen Entwicklungen sehr viel stärker in Mitleidenschaft gezogen als Männer; ablesbar ist dies nicht nur an der je geschlechtsspezifischen Arbeitslosigkeit oder daran , daß der Arbeitsmarkt gerade in frauenspezifischen Branchen seine weitestgehende Deregulierung erfahren hat, sondern auch daran, daß durch die allerorten anzureffenden Kürzungsprogramme nicht zuletzt frauenspezifsche Interessen verletzt werden; als Beispiel mögen viele der Kürzungen im Sozialbereich genügen, von denen Frauen allein schon deshalb stärker betroffen sind, weil ihnen gemeinhin die Kinderversorgung obliegt. Schließlich sei auch noch darauf hingewiesen, daß aus Sicht der Frauen ein erwerbstätiger Ehemann bzw. Freund sehr viel erträglicher bzw. umgänglicher ist als ein arbeitsloser; geschuldet ist dies nicht nur Alkoholismus, enthemmter Aggressionsbereitschaft und ähnlichen Verarmungsphänomenen, sondern auch dem Umstand, daß gerade für jüngere Männer die Herausbildung eines besonders machohaften Dominazverhaltens ein willkommener Ausgleich für andernorts erfahrene Benachteiligungen bzw. Demütigungen darstellt. *Zweitens* ist es seit den frühen 80-er Jahren unter Federführung der kapitalistisch-patriarchalen Konsumindustrie - *und* als Ausdruck eines komplexen Ineinanders ganz verschiedenartiger

Entwicklungen - zu einer allmählichen Neuproduktion solcher Weiblichkeits- und Männlichkeitsbilder gekommen, die zwar die weiter oben erwähnten Entkrustungen hinsichtlich bestimmter Dimensionen der Geschlechtsidentität berücksichtigen, die jedoch auf der Ebene der Körper ein derartig krasses Repressionsregime errichtet haben, daß es hierdurch zu einer abermaligen Bekräftigung eher klassischer Körperidentitäten gekommen ist und damit auch zu einer Verstärkung derjenigen Machtmechanismen männlicher Herrschaft, deren Grundlage das gegenwärtig vorherrschende Muster geschlechtsspezifischer Körperpolitik ist. *Drittens* ist es - ebenfalls als Produkt vieler der bereits genannten Entwicklungen - v.a. in den vergangenen zehn Jahren zu einem absoluten Wachstum der gesamten Sex-Industrie gekommen, von der Prostitution über die Porno-Produktion bis hin zum Frauenhandel. Dies zu berücksichtigen, ist nicht nur hinsichtlich der absoluten Mehrzahl der dort arbeitenden Frauen wichtig, sondern auch deshalb, weil hierdurch eine der repressivsten Diskurs-Institutionen gestärkt worden ist, mittels derer Jungen *und* Männer ihre patriarchalen Identitätsenwürfe aufbauen. *Viertens* gilt es auch noch die Entstehung derjenigen Männerbewegungen bzw. -bünde hervorzuheben, deren Ziel es nicht nur ist, feministische bzw. antipatriarchale Anliegen zu bekämpfen, sondern auch noch - gleichsam als Extragabe - die ultimative Wiederkehr aggressiver und dominanzorientierter Männlichkeitsentwürfe zu propagieren und hierdurch einen durchaus beabsichtigten Beitrag zur Verschärfung der sowieso schon ablaufenden Verrohungsprozesse zu leisten. (Hinsichtlich dieser Männerbewegungen, die sich v.a. in den USA eines immer größer werdenden Zuspruches erfreuen, sollte allerdings nicht aus den Augen verloren werden, daß diese keineswegs identisch mit der *absoluten* Zurückdrängung feministischer bzw. antipatriarchaler Anliegen sind. Vielmehr gilt es umgekehrt, die Existenz gerade solcher *reaktionären* Bewegungen immer auch als Ausderuck davon zu begreifen, daß es einer fortschrittlich-emanzipatorischen Bewegung gelungen ist, zumindestens Teilerfolge zu erzielen. Insofern scheint es mir angemessener zu sein, von einem noch offenen Machtgleichgewicht zu reden. Der Grund indessen, weshalb ich die allmähliche Formierung dieser Männerbewegungen dennoch auf der Seite der Rückschritte plaziert habe, ist derjenige, daß hierdurch das Tempo der Veränderung *in Sachen patriarchales Geschlechterverhältnis* - die ja noch immer in ihren Kinderschuhen steckt - rapide abgestoppt worden ist, einmal ganz davon abgesehen - und auch hierfür gibt die USA das beste Beispiel ab -, daß derzeitig die handfeste Gefahr einer *absoluten* Zurückschraubung bereits erlangter Errungenschaften droht.

Ich möchte zum eigentlichen Argumentationspfad zurückkehren; von den eher positiven Aspekten innerhalb des Geschlechterverhältnisses abgesehen, hat sich auf der Grundlage der genannten Tendenzen - die natürlich nur einen kleinen Ausschnitt aus einem riesigen Entwicklungsstrom repräsentieren - in den letzten 10 bis 15 Jahren eine Mentalität herausgebildet, die zwar eng mit den je klassen-, geschlechts- und ethniszitätsspezifischen Besonderheiten verschränkt ist, die aber nichtsdestotrotz eine sehr allgemeine Tendenz verkörpert und die deshalb auf die eine oder andere Weise in *allen* Gesellschaftsfraktionen anzutreffen ist, also auch in den eher liberal und fortschrittlich gesonnenen. Auf der Ebene der einzelnen Menschen äußert sich dies folgendermaßen: einerseits ist vielerorts ein *Unsicherheits- & Krisenbewußtsein* herausgebildet worden; andererseits steht dem eine nicht mindermächtige *Konsum- & Unterhaltungsorientierung* gegenüber; zusammen hat dies - in einem letzten Schritt - zu *Entpolitisierung & Entsolidarisierung* geführt. Bestimmend ist also immer stärker eine ***Vergleichgültigung*** gegenüber dem großen Ganzen der Gesellschaft geworden. Im Vordergrund stehen stattdessen Verzagtheit und Resignation sowie das relativ eindeutige Empfinden, zunächst einmal die eigenen Schäfchen ins Trockene bringen zu wollen *und* zu müssen. Hierbei sollte allerdings keinesfalls aus den Augen verloren werden, daß es sich bei diesen Prozessen der Vergleichgültigung um durchaus bewußte Geistes-Haltungen handelt; denn so sehr das ursprüngliche Zustandekommen solcher Haltungen ein unfreiwilliges gewesen sein mag, so sehr ist aber auch die Bereitschaft vorhanden, das einmal Entstandene unter Verweis auf die kaum beeinflußbaren Sachzwang-Logiken zu legitimieren, in der allerorten geführten Standortdebatte genauso wie im zynisch-hämischen Anti-PC-Diskurs oder im ganz normalen Alltagsgespräch, in welchem sich die Menschen vor dem Hntergrund ihres je eigenen Blickwinkels der Betroffenheit ausdrücklich darüber austauschen, in welchem Sinne es nunmehr gilt, nicht nur den Gürtel enger zu schnallen, sondern auch eine insgesamt stärker konkurrenz- und interessenorientierte Lebensplanung vorzunehmen (mit der Konsequnez im übrigen, merklich weniger bereit zu sein, andere Menschen zu unterstützen bzw. den eigenen Lebensentwurf mit demjenigen befreundeter Menschen abzustimmen.)

Hierdurch ist aber hinsichtlich etwaiger Aufklärungsbemühungen die grundsätzliche Schwierigkeit, auf die die Rede bereits des öfteren gekommen ist, nur noch verschärft worden. Denn indem von jener Welle der Vergleichgültigung praktisch alle Gesellschafts-Fraktionen erfaßt worden sind, hat sich selbst das Engagement des linken bzw. alternativen BürgerInnentums verringert, um das es auf den vorherigen Seiten schon so oft gegangen ist, also jener vielbeschworenen *links-liberalen Öffentlichkeit*, dessen Aufgabe es aus linksradikaler Sicht v.a. ist bzw. sein sollte, als Resonanzboden linksradikaler Aufklärungs- und Mobilisierungsbemühungen zur Verfügung zu stehen, sei es direkt und ungewollt - so wie dies beispielhaft anhand des Anti-AKW-Widerstandes beschrieben worden ist - oder sei es dadurch, daß jenes Kräftespektrum v.a. in der Vergangenheit zur Herausbildung eines liberalen Klimas beigetragen und hierdurch Experimente wie z.B. die Gesamtschule ermöglicht hat, die selbst wiederum - in einer weiteren Schleife der Rückkoppelung - jahrelang Ansatzpunkte linksradikaler Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse gewesen sind. All dies hat aber zur Konsequenz gehabt, daß es gerade in den letzten Jahren zunehmends schwieriger geworden ist, überhaupt noch irgendwelche Debatten vom Zaune zu brechen, um auf diese Weie die bereits ausführlich beschriebene Spirale gegenseiteig sich hochputschender Mobilisierungseffekte anstoßen zu können. Stattdessen haben wir es heute

mit einer ebenfalls spiralförmigen Abwärtsdynamik zu tun. Eine solche Abwärtsspirale ist nicht nur an sich bedrückend, sondern auch deshalb, weil sich mit jeder weiteren Abwärtsstufe eine noch größere Schere auftut; denn je schwächer linke und autonome Standpunkte in der öffentlichen und privaten Bewußtseins- und Handlungssphäre vertreten sind, desto stärker kann sich nicht nur die Vergleichgültigung ausbreiten, sondern auch die völlige Ungeübtheit darin, überhaupt noch politisch denken, diskutieren und handeln zu können. Eine solche Unwissenheit und Unerfahrenheit verstärkt aber die sowieso schon grassierende Problematik nur noch einmal mehr.

*Und trotzdem*: Unmöglich ist nichts, solange es nicht in seiner Unmöglichkeit überführt worden ist. Deshalb möchte ich jetzt ein poltisches Strategie- und Praxiskonzept entwickeln, das möglicherweise ein Ansatzpunkt dafür sein könnte, sich aus den skizzierten Abwärtsbewegungen *herauszukämpfen*.

# 5 Das Aktionskonzept: Bastelsteine zur Wiedererlangung autonomer Politikfähigkeit

Vorbemerkung: Weder kann noch will ich irgendwelche Vorschläge hinsichtlich der Frage unterbreiten, worin denn eine ideale Lektüre des vorliegenden Diskussionsbeitrages bestehen könnte; in diesem Sinne sei mir lediglich der Hinweis gestattet, daß das nunmehr zu entwerfende Aktionskonzept durchaus aus sich selbst heraus verständlich ist, daß es seine Substanzhaftigkeit jedoch - so denn es eine solche geben sollte - meinen bisherigen Überlegungen und Thesen verdankt, v.a. denjenigen der Abschnitte 3.1.2.+ 3.1.5. + 4 + 4.1. + 4.2.

Vor dem Hintergrund der inzwischen wohl hinreichend ergründeten Zerfallsdynamik autonomen Daseins sei an dieser Stelle noch einmal die bereits eingangs formulierte These wiederholt, daß das Überleben der Autonomen maßgeblich davon abhängig ist, inwieweit es ihnen gelingt, zusammen mit anderen Linken, den allgemeinen Hang zur Vergleichgültigung aufzubrechen und hierdurch das politische Streitgespräch über die *grundsätzlichen* Probleme und Konflikte der bürgerlich-patriarchalen Gesellschaft wieder zu einem elementaren Bestandteils des öffentlichen *und* privaten Lebens zu machen. Denn nur wo dies der Fall ist, ist es überhaupt möglich, die wohl ebenfalls hinreichend erläuterten *linksradikalen* Aufklärungs- und Mobilisierungsprozessse anzustoßen und hierdurch der autonomen Linken jene kollektiven Lebensgeister wieder einzuhauchen, die Voraussetzung dafür sind, widerstandsmächtig agieren zu können. Daß der Erfolg direkter Widerstandshandlungen von der *unmittelbar* entfalteten Schlagkraft abhängig und deshalb gerade in bewegungsarmen Zeiten ein oftmals vergebliches Unterfangen ist, sollte hierbei jedoch nicht aus den Augen verloren werden; in diesem Sinne ist die Fragestellung, entlang derer ich den roten Faden meines Aktionskonzeptes spinnen werde, vor allem diejenige, auf welche Weise es möglich ist, jene Wachstumsdynamik zu entfesseln, in deren Verlauf es zu einer aus sich selbst heraus angefeuerten Aufwärtsspirale kommen kann, an der sämtliche Elemente linksradikaler Politik beteiligt sind: von linksradikalen Aufklärungs- und Mobilisierungsprozessen über direkte Widerstandshandlungen bis hin zur Soli-Arbeit.

Daß es auotonomer bzw. linksradikaler Politik darüberhinaus immer auch noch gelingt, irgenwelche Reformen und Reförmchen mitdurchzudrücken - und sei es nur dadurch, daß sie das schlechte Gewissen linker BürgerInnen etc. ist - sollte indes keinesfalls vergessen oder geringeschätzt werden, genauso wenig allerdings, wie solcherart Klein-Erfolge zur vorrangigen Zielsetzung autonomer Politik gemacht werden sollten. (Angemessener scheint mir hier schon das Konzept der angenehmen und durchaus bewußt-einkalkulierten *Begleiterscheinung* zu sein.) Denn letztlich sollte der *Horizont* autonomer Politik weiterhin derjenige der radikalen Gesellschaftsveränderung sein, was im übrigen mitnichten im Widerspruch zu dem bereits erläuterten Umstand steht, daß insbesondere Widerstands- und Solihandlungen darauf angewiesen sind, ihre jeweiligen Zielseztungen konkreter zu gestalten, als dies im Rahmen *grundsätzlicher* Aufklärungs- und Mobilisierungsbestrebungen notwendig ist.

*Zur Sache*: besagte Wachstumsdynamik zu entfesseln, wird autonomer Politik nur unter der Bedingung glücken, daß sie im Rahmen ihrer Aktonen beginnt, die persönlichen Interessen der allgemeinen Bevölkerung - bzw. einzelner Teile von dieser - systematisch zu berühren bzw. zu verletzen, um auf diese Weise *kollektive Empörungs-, Aufmerksamkeits- und Kommunikationskorridore* zu schaffen, aus denen dann wiederum linksradikale Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse hervorgehen können. Damit dies gelingen kann, bedarf es allerdings zahlreicher Veränderungen im autonomen Politik- und Praxisverständis; was das im Einzelnen bedeutet und worin die praktische Umsetzung eben jener Veränderungen besteht, möge nunmehr anhand einer ausführlich beschriebenen und kommentierten Anti-Reichtumskampagne erläutert werden:

## 5.1. Die Probe auf's Exempel: Grundzüge einer autonomen Anti-Reichtumskampagne

**5.1.1. Zur Zielsetzung einer Anti-Reichtums-Kampagne (eine erste Annäherung).** Es gibt in linken Zusammenhängen die Neigung, *den* Kapitalismus im Lichte seiner Krisen, vor allem aber im Lichte seiner Opfer zu betrachten, d.h. hinsichtlich der von ihm hervorgebrachten Armuts- und Verelendungsphänomene. Ein solches

Herangehen ist zwar ultra-verstänlich, gestaltet sich gemeinhin jedoch - aus Gründen, die in der Zwischenzeit wohl hinlänglich verständlich geworden sein dürften - als ein nur sehr selten vom Erfolg gekröntes Unterfangen. Ich möchte stattdesssen vorschlagen, den Kapitalismus einmal andersherum zu thematisieren, über seine NutznießerInnen nämlich, d.h. über die von ihm hervorgebrachten Reichtumsphänomene. Nimmt mensch die BRD als Bezugspunkt, dann betrifft dies meines Erachtens alle diejenigen, denen in *materieller* Hinsicht deutlich mehr zur Verfügung steht als dem Durchschnitt. (So ist in der BRD das durchschnittliche Nettohaushaltseinkommen u.a. von Selbständigen, höheren Angestellten und verbeamteten AkademikerInnen bis zu zweieinhalb mal so hoch wie das entsprechende Durchschnittseinkommen, das ca. 4600 DM beträgt.) Dies mag zwar eine ungeheuer simpel anmutende Definiton sein, scheint mir hierdurch aber nicht weniger wahr zu sein; denn Ziel dieser Grobdefinition ist es ja mitnichten, auf diese Weise eine angemessene Bestimmung dessen vorzunehmen, was denn Kapitalismus überhaupt ausmacht; nein, dies ist hiermit genauso wenig gemeint wie die etwaige These, daß die hauptsächlichen Differenzen zwischen den einzelnen Klassen und Klassenfraktionen darin bestünden, über unterschiedlich viel Einkommen und Besitz zu verfügen. Keineswegs. Ziel besagter Grobdefiniton ist es vielmehr, anhand einer seiner sichtbarsten *Erscheinungs*formen einen praktischen Ansatzpunkt dafür zu bestimmen, auf welche Weise das kapitalistische Gesellschaftsmodell auf die Tagesordnung öffentlicher *und* privater Gespräche gesetzt werden könnte. Geschehen möge dies folgendermaßen:

**5.1.2. Schritt I: Nächtliche Auftaktaktion.** Als Aktionsauftakt der Anti-Reichtums-Kampagne möchte ich einen wohlkoordiniert vorgetragenen Nachtangriff mehrerer Kleingruppen auf ein solches Wohnviertel vorschlagen, in dem vor allem Reiche im oben definierten Sinne leben. Im Kern sollte sich ein derartiger Angriff aus mindestens vier Elementen zusammensetzen: *erstens* sollten die Reifen möglichst vieler Mittel- und Oberklasseautos zerstochen werden. *Zweitens* sollten ebenfalls eine ganze Reihe Hausfassaden durch Farbbeutel bzw. Farbeier verziert werden. *Drittens* sollten vor Hauseingängen und Garagen kleine Misthaufen plaziert werden. Schließlich sollte *viertens* auch noch irgendein Gemeinschaftspunkt angegriffen werden; so könnten *z.B.* in einem Tennisklub die Netze zerstört und die weißen Grundlinien geteert werden. Insgesamt dürfte die gesamte Aktion - vom Tennisklub einmal abgesehen - maximal 5-10 Minuten in Anspruch nehmen. Deshalb wäre es mit einer Kleingruppe wohl kaum getan; denn gerade die Auftaktaktion erfordert einen möglichst hohen Betroffenheitsgrad (mindestens 20 Parteien).
Doch hiermit wäre es beileibe noch nicht getan: als zentrales Element der Auftaktaktion sollten nämlich alle Betroffenen eine Art BekennerInnenschreiben hinterlegt bekommen. (Ein am Eingang bzw. unter'm Auto plaziertes Schreiben genügt hier schon.) Hinsichtlich Form und Gehalt sollten diese BekennerInnenschreiben aus gleich noch zu erörternden Gründen (1.) ernst & klar, (2.) lustig & bizarr sowie (3.) erinnerrungslastig & identitässtiftend sein. Anhören könnte sich ein solches Schreiben etwa folgendermaßen: "Guten Tag, wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu dürfen, heute Nacht zusammen mit 20 weiteren TeilnehmerInnen dafür ausgewählt worden zu sein, an unserer Anti-Reichtums-Kampagen teilzunehmen. Herzlich Willkommen! Ziel dieser Kampagne ist es, auf den schlichten Umstand aufmerksam zu machen, daß Reichtum und Armut zusammengehören, daß also *Ihr* Reichtum die Armut *Anderer* voraussetzt! (Angemerkt sei hierzu lediglich noch, daß im Rahmen unserer Kampagne alle diejenigen Menschen als reich betrachtet werden, deren Haushaltseinkommen deutlich über dem bundsdeutschen Durchschnitt von 4600 DM liegt.) Hinsichtlich des weiteren Verlaufes der Kampagne möchten wir Ihnen mitteilen, daß Sie in Zukunft noch des öfteren von uns hören werden. Ansonsten würden wir uns freuen, wenn auch Sie sich aktiv an der Kampagne beteiligen würden. Deshalb möchten wir Ihnen vorschlagen, sich mit Ihren Kampagne-KollegInnen am Sonntag, dem xx um 19.00 Uhr im Café Z zu treffen, um sich dort gemeinsam über weitere Gestaltungsmöglichkeiten der Kampage auszutauschen. (Die Adressen der übrigen TeilnehmerInnen werden wir Ihnen in den nächsten Tagen zukommen lassen) Und auch würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber in Kenntnis setzten würden, welche Menschen aus Ihrem Verwandten-, Freundes- und Bekanntenkreis dafür infrage kommen könnten, ebenfalls an der Kampagne teilzunehmen. Wir wünschen Ihnen einen schönen Tag und verbleiben mit freudlichen Grüßen. Ihr ARK-Team." Darüberhinaus sollte das Schreiben nicht nur ansprechend und phantasievoll gestaltet sein (*z.B.* gelbes Blütendesign) sondern auch noch - und dies ist absolut zentral - ein einprägsames Kampagnenlogo enthalten.
Wie in dem ersten BekennerInnenschreiben bereits angekündigt, sollte schließlich - spätestens am übernächsten Tag - an die BewohnerInnen der betroffenen Häuser weitere BekennerInnen-Post versandt werden. Diese müßte erneut das Kampagnen-Logo enthalten - um auf diese Weise einen allmählichen Widererkennunseffekt vorzubereiten - sowie die Adressen und Autonummern der übrigen Betroffenen. (Die AngreiferInnen sollten sich deshalb entsprechende Notizen machen.) Abgesehen hiervon kann das Schreiben aber auch noch - je nach Lust und Laune - ganz andere Dinge umfassen: ernsthafte und gründliche Abhandlungen zum Kapitalismus, Gedichte, surreale Texte, Bilder, Spottverse etc. Nur auf Beschimpfungen und wüsten Kampf-Jargon (z.B. "imperialistisches Schweineesystem") sollte verzichtet werden.

Dasselbe Vorgehen gilt im übrigen auch für den Tennisklub; zur Förderung des Bekanntheitsgrades der Kampagne sollten hier allerdings gleich mehrere BekennerInnenschreiben hinterlassen werden; sollten Postadressen von VorständlerInnen bzw. einfachen Mitgliedern bekannt sein, dann könnten BekennerInnschreiben auch auf diesem Weg versandt werden. Und auch sollten die Tennisklub-Leute zum TeilnehmerInnentreffen im Café Z eingeladen werden.

*Kommentierung von Schritt I:* Hinter jener Auftaktaktion stecken v.a. drei Überlegungen:

1. Entscheidendes Merkmal solcherart Angriffe ist es, daß sie die betroffenen BürgerInnen in zwei ihrer heiligsten Interessen verletzen: einerseits in ihrem Besitz- und Wohlstandsinteresse und andererseits in dem Interesse, ein Leben in Sicherheit, Unbehelligtheit und Ordnung zu führen (vgl. 4). Jene Interessensverletzung wird die Betroffenenen aber kollosal erregen, und dies ist gut so! Denn hierdurch werden sich v.a. negative Energiewallungen aufbauen, derer sich mensch in einem noch genauer zu erläuternden Sinne instrumentell bedienen kann. Doch auch die anderen Gestaltungsemelmente der Auftaktaktion tragen zur Entfachung derartiger Negativ-Wallungen bei: so wird den BürgerInnen ausgesprochen übel aufstoßen, daß die Angriffe mit dem Anspruch daherkommen, begründete zu sein; denn Begründungen werden immer dann als besonders ärgerlich empfunden, wenn sie unter keinen Umständen geteilt werden können, und genau hiervon muß im Falle der Auftaktaktion ausgegangen werden. Um jenen zusätzlichen Ärgereffekt tatsächlich zu erzielen, ist es allerdings erforderlich, der Aktion im 1. und 2. BekennerInnenschreiben einen eindeutig politischen Anstrich zu verpassen. Nicht minderwichtig ist es aber auch, sich von Anfang an ein fröhlich-ironisches Image zuzulegen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil solcherart Ironie bzw. Zynismus ebenfalls Extra-Ärger hervorbringt. Denn Ironie ist vor allem dann schwer auszuhalten, wenn sie sich auf verletzte Interessen, Bedürfnisse etc. bezieht. Weiterhin werden sich die allermeisten Betroffenen auch deshalb ereifern, weil keineR von ihnen das Label, reich zu sein, auf sich sitzen lassen will. Dies gilt bekanntlich auch für solche Personen, die - wie z.B. ProfessorInnen - über ein Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 10.000 DM verfügen und damit bereits zu einer absoluten Spitzenminderheit gehören. Begründet dürfte dieses Phänomen vor allem in der medial vermittelten Daueranwesenheit irgendwelcher superreichen Stars sein, durch welche viele Menschen von der ehrlichen Überzeung heimgesucht werden, nicht wirklich reich zu sein. Und trotzdem: um bei der Hervorbringung auch dieses Extra-Ärgers gar nichts erst anbrennen zu lassen, sollte die Auftaktkampagne nicht in irgendwelchen Villenvierteln stattfinden, sondern in erster Linie dort, wo diejenigen Reichen wohnen, die sich nie und nimmer als reich empfinden dürften. Schließlich dürfte die Auftaktaktion aber auch deshalb als empörend empfunden werden, weil innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft gerade Anschläge auf die nicht-öffentliche Privatssphäre als besonders verrucht gelten. Warum das so ist, darauf wird gleich noch eingegangen werden. (Vgl. 5.1.9.2.; zum Prinzip der Interessensverletzung vgl. auch 5.3.1.)

2. Hinsichtlich der Legitimität, im Rahmen einer Anti-Reichtums Kampagne auch ganz normale BürgerInnen in militante Votrgehensweisen einzubinden, dürfte es keiner weiteren Erklärungen bedürfen; denn daß sich *der* Kapitalismus erst durch die zustimmenden Handlungen Millionen Einzelner verwirklichen kann - von der Arbeiterin über den Ingenieuer bis hin zur Managerin - hoffe ich, weiter oben hinreichend verständlich gemacht zu haben.

3. Von zentraler Bedeutsamkeit für das Verständnis der Auftaktaktion ist jetzt noch *die Sache* mit den BekennerInnenschreiben: solche Schreiben sind nicht nur deshalb wichtig, um den Betroffenen die Möglichkeit zu geben, die Ereignisse mit einem konkreten Sinn auszustatten - ganz gleich wie sehr dieser auch abgelehnt werden mag -, sondern auch deshalb, um sich nicht die Extra-Ärger-Effekte durch die Lappen gehen zu lassen. Wichtig ist eine großzügige Streuung eben jener BekennerInneschreiben überdies deshalb, weil nur unter der Bedingung, daß solche BekennerInnenschreiben zum Gegenstand kollektiver Gespräche und Erregungen gemacht werden, diejenigen Voraussetzungen geschaffen werden können, mittels derer die oben ausführlich erläuterten Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse innerhalb linksrsadikaler Zusammenhänge losgetreten werden können. Unter diesen *Voraussetzungen* gilt es, sich die allmähliche Weiterentwicklung kollektiver Gespräche und Erregungen zu kollektiven *Gesprächs- und Erregungskorridoren* vorzustellen. Denn nur dort, wo sich Menschen im Rahmen solcher Gesprächskorridore, die nie und nimmer auf einen Schlag geschaffen werden können, austauschen, ärgern, Rachegefühle spinnen etc. kann jenes stimmungsmäßige Etwas entstehen, von dem sich nicht nur Medien und LokalpolitikerInnen angezogen fühlen, sondern auch autonome Linke und solche, die es werden könnten.

In diesem Sinne geht es der Auftaktaktion und sämtlichen ihrer Folgeschritte in erster Linie darum, die Herausbildung derartiger Kommunikations- und Erregunskorridore anzustacheln. Denn diese entstehen nicht von allein; vielmehr bedarf es hierfür zweier Vorassetzungen: neben den negativen Energiewallungen, für deren Existenz ja die Auftaktsangriffe und die dazugehörigen BekennerInnenschreiben gesorgt haben, sind vor allem Vernetzungen zwischen den Menschen erforderlich; genau diese gehören aber mehr und mehr zum Ausnahmezustand; sie sind nicht mehr selbstverständlicher Teil sozialer Gemeinwesen. Außer in Dörfern und Kleinstädten funktionieren jene alltäglichen Kommunikationskanäle, durch die ehemals außergewöhnlichen Ereignisse sofortige Verbreitung erfahren haben, kaum noch; vorherrschend ist sattdessen Anonymität und Distanz. Freundschafts- und Bekanntenkreise können zwar mit nachbarschaftlichen Beziehungen zusammenfallen, tun dies aber nicht mehr automatisch! Genau deshalb gilt es aber auch, in BekennerInnneschreiben die Menschen voneinander in Kenntnis zu setzen; natürlich werden sich die Betroffenen nicht nach den Termin- und Ortsvorschlägen der BekennerInnenschreiben richten; das macht aber auch nichts; worum es geht, ist vielmehr, den Leuten das Gefühl zu vermitteln, nicht allein zu sein. Denn dort, wo koIletive *Betroffenheits-Empfindungen* entstehen, entwickelt sich auch der Wunsch nach einer kollektiven *Betroffenen-Initiative*. Auf die automatische Herausbildung solcher kollektiven Betroffenen-Initiativen kann aber nicht gebaut werden. Deshalb müssen die Kampagne-TeilnehmerInnen im buchstäblichen Sinne eine Betreuung erfahren. Denn letztlich ist der militante Angriff - es sei denn, es handelt sich um einen Widerstandakt - nur der erste Schritt; richtig kompliziert wird's erst danach. Genau dies wird meines Erchtens viel zu häufig aus dem Blick verloren. Um die Betreuungsarbeit allerdings nicht zu einer allzu aufwendigen Arbeit werden zu lassen, sollte die Auftaktsaktion auf wenige Straßen begrenzt sein; denn je dichter die Betroffenen zusammen wohnen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß diese sich zumindestens oberflächlich kennen, sei es über die Kinder oder den Tennsiklub, oder sei es über ganz normale

Nachbarschaftsbeziehungen. Genau in diesem Sinne empfiehlt sich auch ein Tennsiklub als besonders geeignete Angriffsfläche: denn in einem gewissen Sinne stellt ein solcher einen bereits existierenden Gesprächskorridor dar, in den die kollektiven Negativ-Erregungen sofort eingespeist und verhandelt werden können.
Hinsichtlich der Herausbildung von Negativ-Erregung als der alles entscheidenden Triebkraft sei noch angemerkt, daß diese nur unter der Bedingung entstehen wird, daß irgendein persönliches Interesse berührt bzw. verletzt wird. Und genau hierin ist auch die Sinnlosigkeit vieler Anschläge, die nicht der Widerstandslogik verplichtet sind, begründet. (Vgl. 3.3.1.) Denn die Zerstörung der Fensterscheiben einer Bank, eines Kaufhauses oder eines Bezirksamtes juckt überhaupt niemanden - und das zu Recht! Schließlich wird ein persönliches Interesse hierdurch noch nicht einmal gekitzelt, außer dasjenige des Staatsschutzes bzw. der Glaserei; allenfalls ungläubiges und leicht empörtes Kopfschüttleln über die Sinnlosigkeit solcher 'Gewalttaten' kann auf diese Weise hervorgerufen werden; doch selbst dies ist nur in den seltesten Fällen der Fall; dafür sorgen unwillkürlich und unbeabsichtigt die jeweiligen Filtersysteme (4.1.)
Ganz anders verhielte sich der Umgang mit militanten Anschlägen dann, wenn diese an irgendwelche bereits bestehenden Kommunikations- und Erregunskorridore anknüpfen könnten; denn diese würden die jeweiligen Anschläge begierig aufsaugen und im Sinne des je spezifischen Korridores verarbeiten. Das eigentliche Problem ist jetzt alledings, daß solcherart Korridore in der Regel nicht existieren und deshalb erst durch ein hierfür entsprechend geeignetes Kampagnenkonzept erschaffen werden müssen. Dies gilt im übrigen auch für Groß-Anschläge; diese sind zwar spektaktelerregend und deshalb geeignet, innerhalb kürzester Zeit sehr viel Aufmerksamkeit zu aktivieren, verlaufen jedoch im Falle ihrer Nicht-Verankerung in hierfür geeigneten Gesprächskorridoren erfahrungsgemäß genauso schnell im Sande wie andere Aktionen auch, es sei denn, die taz erbarmt sich ihrer - so wie das beim Kaisers Anschlag in Berlin der Fall gewesen ist - und berichtet ausführlich über das Warengutscheinsystem für Flüchtlinge als dem *offiziellen* Hintergrund der Aktion. (Im Falle Kaisers ist dies allerdings gar nicht so dramatisch gewesen, schließlich hat die Aktion - zumindestens nach Auskunft ihrer AktivistiInnen - in erster Linie Kaisers selbst gegolten und kann deshalb ruhig als Widedstandakt abgebucht werden.) Unterm Strich bedeutet dies, daß viele autonome Militanz-Aktionen eher der Erbauung ihrer AktivistInnen verpflichtet sind, als daß sie tatsächlich imstande wären, irgendwelche Aufklärungs- und damit Mobilisierungsprozesse in Gang zu setzen. Solche Erbauung ist zwar wichtig - ganz gleich, ob sie eher sozialen oder eher emotionalen Zwecken dienlich ist - reicht als ausschließliches Motiv für militante Aktionen aber keineswegs aus!

**5.1.3. Schritt III. Piesack- und Ärgerphase sowie neue Auftaktaktionen:** Nach der Auftaktaktion hat unmittelbar die Piesack- und Ärgerphase zu beginnen, in deren Mittelpunkt das Bestreben stehen sollte, durch Gemeinheiten Öl in's gerade erst entfachte Erregungs-Feuer zu schütten. Vorschlagen möchte ich hierfür vor allem Post-Attacken. Diese bestehen darin, den Kampagnen-TeilnehmerInnen Briefe und Päckchen allerlei Inhaltes zukommen zu lassen. Hinsichtlich des Briefinhaltes ist alles denkbar: von dem einfachen Kampagnen-Logo, welches lediglich einen schönen Gruß enthält, über Nonsens- und Schmähbriefe bis hin zu erntshaften Abhandlungen von maximal zwei Seiten, in denen thesenartig und ohne jeden Jargon die wichtigsten Fakts & Infos über weltweite Reichtums- und Armutsverteilungen enthalten sind. Auch hinsichtlich der Päckcheninhalte sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Auch hier ist alles möglich: von Musikassetten mit einschlägiger Musik über Videokassetten, die ebenfalls Passendes zum Thema enthalten, bis hin zu Hundescheiß-Sendungen oder - um auch liebevoll zu sein - irgendwelchen Zauberkeksen, die allerdings - und auch das ist eine Gemeinheit - aus Angst vor Vergiftung, Versalzung u.ä. nicht gegessen werden dürften. Von diesen Postattacken abgesehen, ist es aber auch notwendig, im Rahmen neuer Auftaktaktionen zusätzliche KampagnenteilnehmerInnen zu gewinnnen; natürlich müßte auch diesen - neben den Adressen bzw. Autonummern ihrer unmittelbaren SchicksalsgenossInnen - eine Adressen- und Autonummernliste der bisherigen KampagneteilnehmerInnen zugeschickt bzw. hinterlassen werden. In umgekehrter Richtung müßten aber auch die Alten über die Neuen informiert werden, wobei es hier genügen könnte, zwei bis drei Alteingessene als Verteilerstationen aufzubauen. Dies könnte den Betreffenden auch genau so mitgeteilt werden: "Sehr geehrte Frau Maier, wir freuen uns Ihnen mitteilen zu dürfen, vom Kommittee der Anti-Reichtumskampgne (KdARK) auserkohren worden zu sein, in Zukunft als Verteilerstation zu fungieren. In dieser Eigenschaft möchten wir sie bitten, von nun an die Verteilung unserer Sammelschreiben durchzuführen. Dies würde uns finanziell erheblich entlasten, dürfte Ihnen als reicher Person hingegen nicht sonderlich schwerfallen." Spaßeshalber könnte jener Brief auch sämtlichen der bisherigen KampagnenteilnehmerInnen zugesandt werden.

*Kommentierung von Schritt II. Zwei Anmerkungen scheinen mir erforderlich zu sein:*
1. Hinter jenem Schritt II steckt die Überlegung, daß eine einfache Auftaktaktion nicht ausreicht, um die Erregung auf ein derartiges Niveau hochzuschrauben, daß aus den anfänglichen Empörungen tatsächlich so etwas wie kollektive Erregungskorridore etnstehen könnten. In diesem Sinne ist es schlicht und einfach notwendig nachzulegen; daß hierbei eine ganz andere Aktionsform gewählt wird, hat sowohl strategische Gründe - die Aktionspalette sollte bunt und vielfältig sein - als auch sicherheitstaktische: dieselben Häuser binnen zwei bis drei Wochen zwei bis fünf mal anzugreifen, dürfte einfach nicht möglich sein.
2. Es dürfte kein Zweifel daran bestehen, daß den Aktionen dieses zweiten Schrittes der Charakter leichten Psychoterrors anhaftet; gerade deshalb ist an dieser Stelle allerhöchste Selbstdisziplin erforderlich. Dies bedeutet u.a.: auf keinen Fall dürfen irgendwelche dirkten bzw. indirekten Drohungen gegen Leib und Leben ausgesprochen werden;

fernerhin sind Kinder absolut außenvorzuhalten (dies gilt es ggf. genauso kundzutun); und schließlich sollte auch nichts mit Tieren angestellt werden, sei es in Gestalt irgendwelcher Rattengift-Drohungen oder in Gestalt davon, Tierkadaver zu verschicken. Anstatt irgendetwas hiervon zu tun, sollte umgekehrt vielmehr danach getrachtet werden, sich einen spaßguerillahaften Anstrich zu verpassen, und zwar nicht nur - wie gleich noch erläutert werden wird - im Interesse der Bertoffenen. Dieses Ziel eines *fröhlich-gefährlichen Images* kann vor allem durch humorvolles, freundliches und schönes Auftreten erreicht werden.

Diese selbstauferlegte Pflicht, so wenig Psychoterror wie nur möglich auszuüben, ist vor allem darin begründet, daß es im Rahmen der Anti-Reichtumskamgne überhaupt nicht darum geht, die Betroffenen zu quälen; denn Ziel ist es vielmehr, die Erregungsenergie dieser Leute zu wecken und sie hierdurch anzustiften, kollektive Erregungs- und Kommunikationskorridore aufzubauen, aus denen dann wiederum - im Rahmen weiterer Prozesse und Mechanismen - Aufklärungs- und Mobilisierungsdynamiken hervorgehen können. Und trotzdem: daß sich die konkret Betroffenen mehr oder weniger terrorisiert und verunsichert fühlen, ist in letzter Konsequenz wohl kaum zu vermeiden. Dieser Sachverhalt ist nicht wegzudiskutieren, er kann lediglich als notwendiges Übel akzepiert werden.

**5.1.4. Schritt III. Systematische Öffentlichkeitsarbeit.** *Vorbemerkung*: Inzwischen kann davon ausgegangen werden, daß die bisherigen Aktionen schon einiges in Bewegung gebracht haben; zumindestens dürfte dies dann der Fall sein, wenn sie in einem relativ kurzen Zeitraum von maximal vier Wochen durchgeführt worden sind und es überdies gelungen ist - je nach Größe der Stadt - dreißig bis hundert KampagnenteilnehmerInnen rekrutiert zu haben. (Ein wirklich effektiver Kommunkationskorridor bedarf nämlich einer gewissen MindestteilnehmerInnenzahl.) Hinsichtlich des Eskalationsniveaus sei noch angemerkt, daß es sich keinesfalls empfiehlt, dieses gleich schon zu Beginn so richtig hochzuschrauben; denn dies würde viel zu schnell eine massive Bullenpräsenz nach sich ziehen, so daß es praktisch kaum noch möglich wäre, weitere Mikroanschläge durchzuführen. Deshalb sollten sich die AktivistInnen erst einmal mit Kleinkram zufrieden geben, also mit Mistkübeln, zerstochenen Reifen, Farbbeuteln, versprühten Autos, verklebten Schlössern etc., nicht aber mit weckerartigen Krachmachern wie eingeworfenen Scheiben. Erst zu einem späteren Zeitpunkt sollte dann das Eskalationsniveau langsam heraufgesetzt werden; hierauf wird noch zurückzukommen sein. Dieser eher mini-militante Anfang scheint mir im übrigen gar kein Problem zu sein, denn gerade in Deutschland ist absoluter Verlaß darauf, daß selbst die größten Harmlosigkeiten nicht als solche empfunden werden, zumal aufgestochene Reifen *so* harmlos auch nicht sind!

Vor dem Hintergrund des inzwischen aufgewirbelten Staubes ist es nunmehr endgültig an der Zeit, mit massiver Aufklärungsarbeit nicht nur an die allgemeine, sondern auch an die linke sowie autonome Öffentlichkeit zu treten: *Zur Aufklärung in der allgemeinen Öffentlichkeit*: Diese Arbeit birgt ein erhebliches Risiko in sich und sollte deshalb nach Möglichkeit nicht von denjenigen bestritten werden, die bereits an den militanten Aktionen beteiligt (gewesen) sind. Denn im Kern besteht jene Aufklärungsarbeit darin, v.a. in den kampagnebetroffenen Stadtteilen legale Stand- und Flugblattaktionen durchzuführen. Hierfür bedürfen die Flugblätter eines doppelten Charakters: einerseits müssen sie klipp und klare Distanzierungen von sämtlicher Militanz enthalten; andernfalls würden die FlugblattverteilerInnen sofort kriminalisiert werden. (Dies schließt im übrigen auch eine Benutzung des militanten Anti-Reichtumslogos aus.) Andererseits müssen die Flugblätter aber auch bis ins letzte i-Tüpfelchen provokativ abgefaßt sein. Erreichbar dürfte dies v.a. dadurch sein, daß den BewohnerInnen des Stadtteiles - und insbesondere den Betroffenen - nicht nur unberechtigt hoher Reichtum nachgesagt, sondern auch noch das moralische Recht abgesprochen wird, sich in irgendeiner Form über die erfahrenen Angriffe zu ereifern. Verteilt werden sollten die Flugis sowohl an PassantInnen als auch an die BewohnerInnen derjenigen Straßen, die v.a. durch die Angriffe heimgesucht worden sind. Hierbei gilt es natürlich zu berücksichtigen, daß es mehrere *Betroffenen-Quartiere* geben sollte. (Dies ist allein schon aus sicherheitstechnischen Gründen unumgänglich.) Stressig dürften jene Flugblatt-Aktionen einerseits ob der mit großer Wahrscheinlichkeit sattfindenden Polizeiobservation sein und andererseits ob der drohenden - durchaus jedoch werbewirksamen - Zusammenstöße mit irgendwelchen BürgerInnen. Deshalb sollten die FlugblattverteilerInnen immer im Pulk auftreten. Neben den Flugblättern sollten dann noch Plakate und Spuckis verbreitet werden; auch diese sollten aus sicherheitstechnischen Gründen nicht unter dem militanten Anti-Reichtumslogo daherkommen.

*Unmittelbarer Zweck* dieser Flugblatt- und Plakataktionen ist ein zweifaches: *erstens* soll mittels der hiermit einhergehenden Provokationen abermals Öl ins Feuer geschüttet werden; gleichzeitig soll aber auch der politische Grundcharakter der Kampagne bekräftigt werden; denn immerhin handelt es sich in dieser Situation um die öffentliche Sichtbarmachung eines bislang nicht-öffentlich abgelaufenen Prozesses. (Daß die öffentlich Auftretenden offiziell überhaupt nicht zur militanten Anti-Reichtums-Kampagne gehören, ist hierbei lediglich als juristisch notwendiges Randphänomen zu betrachten; denn auf der politischen Ebene soll ja keine Differenz zur militanten Kampagne aufgebaut werden.) *Zweitens* ist mit der jetzt einsetzenden Streuung der Anti-Reichtums-Kampgne die Absicht verknüpft, die bisherige Exklusivität der kollektiven Erregungs- und Kommunkationskorridore aufzubrechen. Denn während sich bislang v.a. die unmittelbar Betroffenen in jenen Korridoren bewegt haben, sollten jetzt auch Unbeteiligte miteinbezogen werden; denn dort, wo dies gelingt, beginnt die Reichtumsfrage sich allmählich zu einem allgemein wahrgenommenen Thema zu mausern; und das wiederum wäre gleichbedeutend mit einer allmählichen Repolitisierung, die ja eingangs als eine zentrale Voraussetzung dafür bezeichnet wurde, linksradikale Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse überhaupt in Gang setzen zu können. Hierbei ist es zunächst einmal ziemlich unerheblich, daß sich alle Korridor-TeilnehrmerInnen - die alten genauso wie die frisch hinzugestoßenen - in der kompromißlosen

Verurteilung der sog. TäterInnen einig sind. Denn schließlich kommt es v.a. darauf an, daß irgendwelche BürgerInnen auf der Grundlage entsprechender Bedürfnisverletzungen gezwungen werden konnten, ihren Trott aus Wohlstand, Sicherheit und Ordnung zu unterbrechen und sich stattdessen Gedanken über eine eigentlich unhinterfragte Selbstverständlichkeit - ihren Reichtum nämlich - machen zu müssen.

Entscheidend ist jetzt natürlich die Frage, warum und auf welche Weise mittels öffentlicher Aufklärungsarbeit die Eingemeindung irgendwelcher bislang unbeteiligten BürgerInnen in die Kommunikationskorridore gelingen soll. Vier Antworten mögen hier weiter helfen:

a) Wichtig ist zuallerst die räumliche Nähe zu den bisherigen Kampagen-TeilnehmerInnen; denn diese erleichtert es ungemein, einen inneren Bezug zu den Angriffenen und iheren Gesprächskorridoren aufzubauen, und zwar unabhängig davon, ob die räumliche Nähe mit einer sozialen einhergeht oder nicht. Begründet dürfte diese darin sein, daß uns dasjenige, was wir kennen und was uns vertraut ist, mehr beschäftigt als irgendetwas vollkommen Unbekanntes. So ist z.B. unsere Aufmerksamkeit von einem eingestürzten Haus in der NachbarInnenschaft sehr viel stärker in Beschlag genommen als von einem entsprechenden Einsturz zwanzig Straßen weiter; und dies hat nichts damit zu tun, ob wir irgendeine Person in dem eingestürzten NachbarInnenhaus gekannt haben oder nicht. Hiervon abgesehen ist es aber auch um so wahrscheinlicher, mit einem der gerade entstehenden Erregungs- und Kommunkationskorridore in Kontakt zu kommen, je größer die räumliche Nähe ist; denn so ausgedünnt die sozialen Beziehungen auch sein mögen, der nachbarschaftliche Plausch, der gemeinsame Elternabend, der sonntägliche Kirchgang, das Zusammentreffen beim Bäcker oder die gemeinsame Mitgliedschaft im Tennisklub fallen hierdurch noch lange nicht weg, auch wenn kein Zweifel daran bestehen kann, daß solche Netze v.a. von Frauen geknüpft werden. Zusammen ergibt das eine relativ hohe Bereitschaft - und sei es nur aus Langeweile oder Lust am Tratsch - den Gesprächsfaden der Empörung und Erregung aufzunehmen und weiterzuspinnen.

b) Eine nicht minder wichtige Antriebsquelle, sich an den entsprechenden Kommunikations- und Erregunskorridoren zu beteiligen, dürfte das Bedrohungsgefühl sein, schon in Kürze widerwillen selbst zur Kampagnen-TeilnehmerIn gemacht worden zu sein. Dieses Gefühl bestärkt nicht nur die Bereitschaft, sich mit den bislang Betroffenen zu indentifizieren und deshalb offen für deren Gedanken zu sein, sondern beflügelt auch die Phantasie, wie sich mensch gegen solcherart Angriffe schützen könnte. (V.a. der männliche Jagd- und Verfolgungs'instinkt' dürfte hierbei auf Hochtouren kommen.)

c) Fernerhin gilt es in diesem Zusammenhang, auch die Rolle der Medien zu berücksichtigen; denn diese dürften sich der frisch entstandenen Erregungs- und Kommunikationskorridore inzwischen ebenfalls angenommen haben, und damit natürlich auch der zugrundeliegenden Anti-Reichtums-Kampagne. Welches Ausmaß das mediale Interesse bis zu diesem Zeitpunkt erreicht hat, hängt hierbei nicht nur von der Größe der Stadt sowie davon ab, wie stark die Kampagnen-TeilnehmerInnen im Rahmen ihrer Negativ-Erregung bereits die Empörungstrommel *in eigener Sache* gerührt haben, sondern auch von der Geschicklichkeit, mit der die Kampagnen-BetreiberInnen die Medien von ihrer Warte aus in Kenntnis gesetzt haben. Unter Geschicklichkeit verstehe ich hierbei v.a. einen witzig und dennoch seriös und prompt daherkommenden Informationsstil. Konkret bedeutet dies: Gleich nach der Auftaktaktion sollte sämtlichen Medien - von den Boulevardblättern über die ortsansässigen Lokalzeitungen bis hin zu den überregionalen Zeitungen - ein Schrieb zugesandt werden, in dem die politische Stoßrichtung der Kampagne in einem bierernsten Allerweltston erläutert werden sollte; dabei sollte das Ganze durchaus ein wenig ausführlicher und grundsätzlicher ausfallen als bei den Kampagnen-TeilnehmerInnen selbst; denn schließlich hat es mensch in diesem Fall mit politischen JournalistInnen zu tun; vor allem muß aber auf Beschimpfungen, szeneüblichen Jargon und krude Grobschlächtigkeiten *in Sachen Sozialstrukturanalyse* verzichtet werden, um auf diese Weise eine allzu voreilige Einordnung in herkömmlich-bekannte Schubladensysteme zu vermeiden. Stattdessen sollte sich von Anfang an um das eigentümlich schillernde Image *fröhlich-gefährlicher Ernsthaftigkeit* bemüht werden. Jene Auftakterklärung sollten zudem die Adressen bzw. Autonummern sämtlicher Kampagne-TeilnehmerInnen beigefügt werden. Alle Folgeaktionen, also auch die Briefattacken, sollten dann in durchnummerierten Kampagne-Rundbriefen festgehalten werden - wieder einschließlich aller Adressen und Autonummern - um diese den unfreiwilligen Partnerzeitungen und -radios der Kampagne zukommen zu lassen. (Allein einem solchen Verfahren dürfte ob seiner Eigenwilligkeit bereits ein eigenständiger Informationswert innewohnen.)

Und trotzdem: grundsätzlich kann nicht der geringste Zweifel daran bestehen, daß sich der überwiegend große Teil der Berichterstattung zwischen den Polen Hetze und allenfalls sachlich-distanzierter Ablehnung bewegen wird; und dies dürfte selbst für links-liberale Zeitungen wie die Frankfurter Rundschau gelten. In diesem Sinne muß also auf das für den Anti-AKW-Widerstand so hilfreiche Eigeninteresse kritischer JournalistInnen erst einmal verzichtet werden. (Vgl. 3.1.5.) Dies ist zwar schade, ist aber im Sinne der übergeordneten Zielsetzungen auch nicht weiter schlimm; denn diese besteht ja keinesfalls darin, irgendwelche BürgerInnen im linksradikalen Sinne aufklären zu wollen; nein, beabsichtigt ist doch lediglich, ein soziales und mediales Halli-Galli zu entfachen, auf dessen Grundlage dann Mobilisierungs- und Aufklärungsprozesse im tatsächlich linksradikalen Sinne losgetreten werden können. Ja, und dieses medialen Halli-Gallis kann sich die Kampagne sicher sein, hierfür wird nicht nur die ständige Erregungsdynamik der Kampagne-TeilnehmerInnen sorgen und die ihr zugrundeliegende Stetigkeit in der Aktion, sondern auch die fröhlich-gefährliche Eigentümlichkeit der Kampagne selbst. In diesem Zusammenhang sei noch die Vermutung angebracht, daß eine durchgehend unsachliche Negativ-Berichterstattung innerhalb der linksliberalen Presse (FR, taz etc.) eher unwahrscheinlich ist; denn letzlich ist jedem halbwegs kritischem JournalistIn-Verstand ausdrückliche Unseriösität in der Berichterstattung ein Graus; lieber ignoriert er ein Problem und schweigt sich aus. Wo aber eine solche Strategie ob

eines gerade ablaufenden Halli-Gallis, das ein Produkt des Zusammenspiels zwischen Kampagne-BetreiberInnen und Kampagne-Betroffenen ist, nicht möglich ist, dort packt auch die verbocktesten JournalistInnen der links-bürgerlichen Presse der jorunalistische Geist und damit das Bedürfnis, rausbekommen zu wollen, was und wer sich hinter den so durchgeknallt anmutenden Angriffen steckt. Doch zurück; eigentlich bin ich ja dabei gewesen zu begründen, aufgrund welcher Entwicklungen es zu diesem Zeitpunkt möglich sein wird, auch unbeteiligte BürgerInnen in das v.a. erregungsgesteuerte Gespräch über die Anti-Reichtumskampagne einzubinden. Hinsichtlich eben dieser Bereitschaft, sich einbinden zu lassen, sei deshalb noch angemerkt, daß diese durch die mediale Aufmerksamkeit eine enorme Schubkraft erfährt; denn dort, wo das persönliche Interesse Aufmerksamkeit und Unterstützung durch die Medien erfährt, dort kriegt die ganze Angelegenheit noch einmal eine ganz besonderen *Kick*.
d) Klinkt sich dann noch die lokale Politik, die es ebenfalls mit Kampagne-Rundbriefen zu versorgen gilt, in die Erregungsdynamik ein, dann ist dies für bislang Unbeteiligte ein weiterer Grund dafür, am Ball bleiben bzw. dabeisein zu wollen.

Ich möchte jetzt zur zweiten Stoßrichtung der Öffentlichkeitsarbeit übergehen: *Zur Aufklärungsarbeit in der linken und autonomen Öffentlichkeit.* Zielsetzung dieser Öffentlichkeitsarbeit ist ein zweifacher: zum einen gilt es, das nahe *und* entfernte Nahumfeld mit Informationen über Reichtumsverteilungen und deren Entstehen genauer in Kenntnis zu setzen; hierbei sollten sowohl grundsätzliche Prozesse angeschnitten werden (z.B. kapitalistische Eigentumsstruktur, Reichtumsverteilungen zwischen den Geschlechtern, Macht- und Legitimationsstrategien etc.) als auch solche Prozesse, die sich auf aktuelle Entwicklungen beziehen (z.B. Reichtumsumverteilung *nach oben* durch Steuerpolitik, verschärfte Ausbeutungsverhältnisse, repressive Sozialpolitik etc.). Diesen Informationsprozeß gründlich und praktisch zugleich zu gestalten, ist allein schon deshalb wichtig, um holzschnittartige Argumentations- und Begründungsmuster seitens irgendwelcher Kampagnen-Kleingruppen zu unterbinden. Zum anderen sollen mit jenen Aufklärungsprozessen aber auch verschärfte Mobilisierungsprozesse in Gang gesetzt werden. Und dies wiederum ist nicht nur um der Kampagne willen wichtig. Nein, jenes Mobilisierungs-Ansinnen ist auch vor dem Hintergrund formuliert, daß das gerade durch die Kampagne entfachte soziale *und* mediale Halli-Galli geeignet ist, grundlegende Mobilisierungsprozesse nicht nur in der eigenen Szene, sondern auch und gerade im entfernten Nahumfeld in Gang zu setzen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil jenes Halli-Galli - das ja lediglich Außenseite der Anti-Reichtums-Kampagne ist - konkrete *und* unterhaltsame Ein- und Angriffsmöglichkeiten zu bieten verspricht. Und jene Mobilisierungsprozesse wiederum sind die beste Voraussetzung dafür, daß es innerhalb ihrer - also im Rahmen der konkreten Kampagne - zu Radikalisierungsprozessen kommt und damit zur Gewinnung neuer MitstreiterInnen, was ja weiter oben zu einer der zentralen Zielsetzungen radikaler Politik erklärt worden ist. (Zur Erinnerung: jenes entfernte Nahumfeld reicht von anpolitisierten SchülerInnen, Azubis und Studis über Polit-KifferInnern, Landfreaks und Musikerinnen bis hin zu engagierten HomöopathInnen, streßgeplagten Kollektiv-SchreinerInnen und ausgepowerten SozialarbeiterInnen. Ausgezeichnet sind jene potentiell Mobilisierungsfähigen durch die Eigenschaft, irgendwie links und deshalb empfänglich für linksradikale Standpunkte zu sein, politisches Engagement jedoch nicht - bzw. nicht mehr - auf die Reihe zu kriegen. Und auch gehören zu jenem Spektrum junge Jusos, Grüne, Ökologie- und Friedensbewegte, Jung-Feministinnen, Gewaltfreie, Totalverweigerer etc., also solche Leute jüngeren Alters, die bereits politisch aktiv geworden sind, hinsichtlich deren politischer Identität aber noch alles offen ist.) Von den *grundsätzlichen* und weiter oben (3.1.5.) bereits ausführlich erörterten Ablaufmechanismen einmal abgesehen, ist für das Gelingen einer solchen Nahumfeld-Mobilisierung aber auch das Vorhandensein ganz spezifischer Bedingungen erforderlich:
*Erstens* bedarf die Kampagne auch in den Augen der *Anzumobilisierenden* ein positives Image; dies scheint mir ein absolutes A & O zu sein; denn dort, wo der Eindruck entsteht, die Anti-Reichtumskampagne bestünde lediglich aus herz- und humorlosen Polit-ZynikerInnen, wird es kaum möglich sein, irgendjemanden hinter'm Ofen hervorzulocken. Denn derartiges Gebaren wirkt grundsätzlich abstoßend und abturnend! In diesem Sinne sind die lustigen, außergewöhnlichen und bizarren Elemente der Kampagne in 1. Linie als Sympathiebotschaften für diejenigen gedacht, deren Aufmerksamkeit es letztlich zu erregen gilt.
*Zweitens* werden die Aufklärungs-, Mobilisierungs- und Radikalisierungsbemühungen nur dann vom Erfolg gekrönt sein, wenn es den autonomen Kampagne-AktivistInnen gelingt, wirklich Tuchfühlung mit den entsprechenden Spektren aus dem entfernten Nahumfeld aufzunehmen; hierfür gilt es vor allem, gezielt Kontakte und Beziehungsnetze aufzubauen. Dies mag zwar Extraarbeit sein, ist aber dennoch unerläßlich; andernfalls droht mensch, sich um die Früchte ihrer bzw. seiner Arbeit zu bringen! Umgekehrt sei aber auch angemerkt, daß gezieltes Anagitieren gar nicht so mühevoll ist; zumindestens ist dies dann der Fall, wenn die Agitation vor dem Hintergrund bereits entfachter Empörungs- und Aufmerksamkeitsströme stattfindet; denn hierdurch - und das ist ja der ganze Witz dieser Ströme - sind die Anzuagitierenden, also diejenigen, um deren *Radikalisierungswohl* es eigentlich geht, bereits innerlich angestachelt und deshalb motiviert, in irgendeiner Form aktiv zu werden. (Welche Gründe diesem Angestachelt-Sein zugrunde liegen, möge bitte unter 3.1.5. nachgelesen werden.)
*Und Drittens*: damit sich dieses Angestachelt-Sein allerdings entfalten kann, müssen die Mobilisierungsbemühungen mit konkreten Aktionsangeboten einhergehen, seien es solche, in die sich nur noch eingeklinkt werden muß oder solche, die der Eigeninitiative bedürfen. Gerade in diesem Zusammenhang ist es jedoch wichtig, keine Aktionsformen von vorneherein auszuschließen, auch nicht diejenigen, die aus Sicht der Kampagnen-BetreiberInnen zu lieb und harmlos erscheinen, als daß sie imstande wären, das Wachsen der kollektiven Erregungs- und Kommunikationskorridore

anzuheizen. Hierhinter steckt die Überlegung, daß es einfach nichts bringt, irgendeiner Person Aktionsformen aufzudrängen, mit der diese nichts anfangen kann; denn dies führt nicht nur zur Ausgrenzung und damit zur Nicht-Mobilisierung, sondern auch dazu - und das ist noch schlimmer - Selbstzweifel zu sähen und hierdurch die Betroffenen zu Selbst-Zumutungen zu verleiten, die ihnen früher oder später auf die Füße fallen. (Kurze Zwischenbemerkung: in der Praxis ist auch vielen Autonomen militantes Handeln ungeheuer, selbst wenn sie solches gedanklich und emotional unterstützen mögen.) In diesem Sinne sei ausdrücklich dafür plädiert, im Rahmen besagter Mobilisierungsprozesse jede Aktionsform zuzulassen: von der Kundgebung über das künstlerische Happening bis zum Straßentheater. Denn solange das konfrontative und militante Grundprogramm durchgezogen wird, kann die Kampgne von einer solchen Vielfalt nur profitieren, nicht aber Schaden nehmen. In diesem Zusammenhang sei auch noch die These fomuliert, daß vor dem Hintergrund kollektiver Empörung und Aufgeheiztheit durchaus auch solche Aktionen wirkungsvoll sein können, die ansonsten eher zahn- und kraftlos wären.

*Kommentierung von Schritt III.* Keine weiteren Anmerkungen erforderlich

**5.1.5 Schritt IV. Allmähliche Eskalation.** Zeitgleich mit dem Beginn der Öffentlichkeits- und Mobilisierungsarbeit sollte die Kampagne eine leichte Eskalation erfahren, und zwar dadurch, daß verstreut über die gesamte Stadt günstig gelegene Reichtums- bzw. Statussymbole angegriffen werden. In erster Linie denke ich hierbei an das Abflackern von edleren Autos, Jachten etc.; genauso gut denkbar ist aber auch die Zerstörung kollektiver Freizeiteinrichtungen wie Tennis- und Jachtclubs.
Damit diese Angriffe allerdings keine vereinzelten bleiben, ist es abermals erforderlich, Beziehungen zwischen den neuen und alten Kampagne-TeilnehmerInnen herzustellen. Dies sollte - wie oben bereits beschrieben - v.a. schriftlich erfolgen. Darüberhinaus sollten aber auch die Medien in Kenntnis gesetzt werden; und auch dies sollte in der bereits beschriebenen Weise stattfinden, d.h. beiläufig, witzig und ernst zugleich.
Ziel dieser Eskalation ist es nicht, neue Erregungs- und Kommunikationskanäle zu schaffen, was ja ob der Verstreutheit der getroffenen Objekte auch gar nicht so einfach möglich wäre. In diesem Sinne sind die neuen Kampagne-TeilnehmerInnen völlige StatistInnen; HauptdarstellerInnen sind dagegen die alten Hasen und Häsinnen, auf die die Eskalation eigentlich gemünzt ist; denn mit Hilfe ihrer schon bestehenden Korridore werden sie die nunmehr gesteigerten Anschläge sofort auf sich selbst beziehen. Stein ihres Anstoßes wird demzufolge nicht der Sachschaden irgendwelcher Fremden sein, sondern vielmehr die Angst, daß dasselbe auch ihnen passieren könnte. Ausdruck wird ihr erneut angefeuertes Angestoßen-Sein v.a. in noch lauteren Forderungen finden, der Staat möge dem Spuk doch endlich ein Ende bereiten. Aber auch Staat und Medien dürften auf jene Eskalation reagieren, und zwar nicht zuletzt ob besagter BürgerInnenproteste; insbesondere die boulevardesken Revolverblätter sowie nicht minder revolverhafte Rechtsausleger aus CDU und SPD werden all dies als einen willkommenen Anlaß begreifen, einmal mehr ihr eigenes Süppchen zu kochen - mit der Möglichkeit, daß dies innerhalb des bürgerlichen Lagers weitere Debatten entfacht und hierdurch der Kampagne einen ungewollten Werbeeffekt beschert.

*Kommentierung von Schritte IV.* Zwei Anmerkungen scheinen mir erforderlich zu sein:
1. Die Verstreutheit der Angriffe ist auschließlich sicherheitstechnischen Überlegungen geschuldet; der Ausgangsstadtteil dürfte nämlich in der Zwischenzeit ein zu heißes Pflaster für derartiges Tun geworden sein.
2. Daß jene Verstreutheit keine wirkliche Verstreutheit ist, ist ausschließlich darin begründet, daß zum Zeitpunkt des Anschlages bereits ein kommunikativer Brennpunkt vorhanden ist, der - gleichsam einem Strudel - die verstreuten Anschläge bündelt und dadurch als zusammengehörige erkennbar macht. Die Einezlanschläge müßten sich also nicht als vereinzelte einzelne vermitteln - was m.E. sowieso nicht möglich ist - sondern könnten vielmehr mit Hilfe der bereits existierenden Wissens- und Aufmerksamkeitsströme sofort gerahmt und verarbeitet werden. (Angemerkt sei hierzu nur noch, daß die Nicht-Zurkenntnisnahme solcher und ähnlicher Zusammenhänge einer der wichtigsten Gründe dafür ist, daß viele Anschläge aus autonomen Zusammenhängen schlicht und einfach im Sande verlaufen, ohne hierbei jedoch das Prädikat der Widerständigkeit für sich in Kauf nehmen zu dürfen.)

**5.1.6. Schritt V: Knallige Provo- und Schockaktionen.** Ebenfalls zeitgleich mit der forcierten Öffentlichkeits- und Mobilisierungsarbeit sollte aber auch der Ursprungs-Stadtteil der Kampagne nicht aus den Augen verloren werden, zumal ja durch die Öffentlichkeitsarbeit gerade dort eine allgemeine Ausweitung der kommunikativen Erregungs- und Empörungswellen erzielt werden soll. Aus sicherheitstechnischen Gründen kann dies allerdings nur in eingeschränktem Maße militant vonstatten gehen; gefragt sind stattdessen möglichst knallige Provo- und Schockaktionen. Einige Beispiele mögen der diesbezüglichen Phantasie Vorschub leisten:

- *Massenhafte Kirchenbesuche*: die schlichteste Version dieses Happenings könnte darin bestehen, mit hundert bis zweihundert Leuten irgendwelche Gottesdienste im betreffenden Stadtteil zu besuchen und durch nichts anderes zu glänzen als durch Anwesenheit und absolut schrilles bzw. abgeranztes Outfit. Allein die Spannung darüber, ob etwas passiert oder nicht, dürfte eine solche Gottesdiensteilnahme zu einem ausgesprochen einprägsamen Erlebnis für die regulären GottesdienstbesucherInnen machen. Jene Massenbesuche könnten in der Folgezeit variiert werden, sollten aber grundsätzlich unterhalb der Schwelle des Gesetzesbruch bleiben;

denn der Witz solcher Besuche bestünde ja gerade darin, diese über eine Zeitraum von drei bis sechs Wochen aufrechtzuerhalten, um auf diese Weise auch den Gottesdienstbesuch zu einem Brennpunkt der Empörung und Kommunkation zu machen. Besagte Variationen könnten a) subversives Stören sein (z.B ständiges Hüsteln, falsches Singen, geräuschreiches Zu-Spät-Kommen bzw. verharrendes Stehenbleiben nach dem stillen Gebet etc.) oder b) das Tragen von gut sichtbaren Anti-Reichtums-Bibelstellen auf den Kleidern oder c) die plötzliche und laute Inszenierung eines Konfliktes zwischen zwei Punks und einem vermeindlichem Bürger etc. Denkbar wären aber auch größere Bettelblockaden, bei denen hundert bis zweihundert bettelarm gekleidete AktivistInnen vor und in der Kirche aufdringlich und aggressiv nach Geld für die Armen dieser Welt betteln. Ja, und schließlich wäre natürlich auch - am Ende des Kirchenaktionszyklus - die happeningartige Sprengung eines Gottesdienstes durch religiöse Extasen, spontane Laienpredigten u.ä. denkbar. (Ergänzt sei noch, daß etwaige Konfrontationen mit den Bullen - z.B. dadurch, daß diese die Eingänge kontrollierten - einen zweifelsohne klasse Werbeeffekte darstellen würden.)

- *Provokatives Herumvagabundieren*: Auch diese Aktionsform verfolgt das Ziel sanften Psychoterrors, mit dem lediglich das allgemeine Gespräch am Leben erhalten bleiben soll. Dies geschieht in diesem Falle dadurch, daß am laufenden Meter - am besten am Wochenende und in den frühen Abendstunden - irgendwelche abgwrackt und düster daherkommenden Gestalten durch einige wenige Straßen streichen und sich dort verdächtig verhalten, z.B. durch das Aufschreiben von Autonummern bzw. Namensschildern oder das genaue Abfotografieren von Privathäusern.
- *Massenspaziergänge mit Kundgebungen vor Privathäusern*: Auch hier geht es in erster Linie um Verunsicherung; erzeugt werden könnte diese dadurch, daß mehrere dutzend Menschen regelmäßig Sonntagsnachmittag-Spaziergänge unternehmen; hierbei könnten dann vor bestimmten Häusern immer wieder Redebeiträge verlesen werden, in denen nicht nur die Namen, sondern auch die Berufe der BewohnerInnen bekannt gegeben werden, um von dieser Grundlage ausgehend kleinere Vorträge über Macht-, Prestige- und Einkommensverteilungen 'loszulassen', und zwar immer in Abhängigkeit von den je bestimmten BewohnerInnen.
- *Sleep-In's: Schlafen vor den Palästen der Reichen*: Ab etwa 6 Uhr - also etwa ein bis drei Stunden, bevor es mit Schule, Arbeit etc. losgeht - sollten sich ebenfalls abgewrackt daherkommende Schlaf-Guerilleras vor irgendwelchen Hauseingängen, Garagen und Toreinfahrten niederlassen. Diese Schlafblockaden könnten durch dezente Müllhäufchen aus Dosen, Flaschen, Verpackungsschrott etc. ergänzt und hierdurch in ihrem Provokationsgehalt deutlich erhöht werden.
- *Tortenangriffe*: Diese aus den USA stammende Methode, bei der v.a. in den 70er und 80er Jahren irgendwelchen Prominenten vor laufenden Kameras Torten ins Gesicht geschmissen bzw. gedrückt worden sind, könnte in leicht abgewandelter Form - nämlich risikoärmer - auch bei der Anti-Reichtums-Kampagne zum Zuge kommen: so könnte z.B. irgendwelchen ChefärztInnen im großen Pulk aufgelauert werden, um ihnen dann eine entsprechende Torte zu verpassen; zusammen mit entsprechenden Erklärungen würden anschließend die selbst aufgenommenen Photos vom rundherum tortenverschmierten Chefarzt an die Medien, die Lokalpolitik, die NachbarInnen, andere KampagnenteilnehmerInnen etc. verschickt werden.
- *Fakes & Fälschungen (Kommunkationsguerilla)*: Unter der Voraussetzung, daß die allgemeine Situation allumfassend aufgeheizt ist, sind gerade Fakes & Fälschungen besonders geeignete Mittel, die Gemüter in weitere Wallungen zu versetzen und hierdurch zu einer richtiggehenden Überhitzuung der Empörungs- und Kommunikationskanäle beizutragen. So könnte z.B. allen bisherigen Kampagne-TeilnehmerInnen sowie weiteren eher verstreut liegenden Haushalten ein Schreiben des SPD-Ortsvereins zugesandt werden. (Die Adressen der Kampagne-TelnehmerInnen hätte der Ortsverband laut eigener Auskunft den Adressenlisten entnommen, die ja von den Kampagne-BetreiberInnen regelmäßig verschickt werden sollten.) In diesem Brief werden die Aktionen der Kampagne zwar klipp und klar verurteilt, die Verantwortung für das Ganze jedoch der Bundesregierung zugeschoben. Begründet würde dies mit steuer- und sozialpolitischen Argumenten aus der links-sozialdemokratischen Ecke. Am Ende des Schreibens würden die BügerInnen auch noch dazu aufgefordert werden, die Angriffe nicht so sehr als persönliche Verletzungen aufzufassen, sondern vielmehr als eine Aufforderung, in einen konstruktiven und gewaltfreien Dialog über die Weiterentwicklung des bundesdeutschen Sozialstaates einzutreten. Ich glaube, es bedarf nicht besonders viel Phantasie, sich auszumalen, in welcher Weise ein solcher Brief - so denn er ein gut gemachter wäre - imstande sein würde, Stürme der Entrüstung herbeizuprovozieren. Ähnliches wäre aber auch mit einem semi-faschistischen *Brand-Brief* des CDU-Ortsvereins erzielbar, in dem drakonische Maßnahmen gegen die terroristischen Gewalttäter eingefordert wird, in dem aber auch ausgesprochen skandalträchtige Formulierungen und Überspitzungen enthalten sind, z.B.: "...die Gewalttäter, die sich größtenteils aus sog. Autonomen, Homosexuellen, Punks und kriminellen Ausländern zusammensetzen...". Zur Zielsetzung sei noch angemerkt, daß nicht nur die Briefe selbst sondern auch die anschließenden Dementis - die wahrscheinlich in einer sehr viel größeren Auflage verteilt werden würden als die entsprechenden Fakes - den Bekanntheitsgrad der Kampagne enorm steigern würden.

- Schließlich sei noch erwähnt, daß natürlich auch in dieser Phase die *Briefattacken* in allen nur erdenklichen Variationen fortgesetzt werden können.

*Kommentierung von Schritt V:* So aktionistisch *und irgendwie* abwegig die gerade aufgelisteten Aktionen auch anmuten mögen, so wichtig sind sie für die Gesamtkampagne nichtsdestotrotz:
1. Zunächst einmal sind jene Aktionen für die Verbreiterung der kollektiven Erregungs- und Kommunkationskorridore unabdingbar; denn anders als die bisherigen Aktionen zielen diese nicht mehr auf die Verletzung weniger Einzelinteressen ab, sondern vielmehr darauf, die Interessen größerer Bevölkerungskreise in Mitleidenschaft zu ziehen und hierdurch die Anzahl der Kampagnen-TeilnehmerInnen enorm in die Höhe schnellen zu lassen.
2. Jene Aktionen sind aber auch deshalb bedeutsam, weil sie den Frisch-Mobilisierten konkrete Anknüpfungspunkte bieten, sich aktiv in die Kampagne einzuklinken. (In diesem Zusammenhang sei noch einmal an die bereits erläuterte These erinnert, daß praktisches Tun sowie das Gefühl, hierdurch irgendetwas bewirken zu können, für viele Menschen eine wichtige Voraussetzung dafür ist, sich ernsthaft mit gesellschaftskritischen Perspektiven und Lebensweisen auseinandersetzen zu können, anstatt sofort von dem Gefühl überrollt zu werden, letztlich doch sowieso an den versteinerten Verhältnissen scheitern zu müssen.)
3. Fernerhin ist auch noch zu berücksichtigen, daß es nicht die einzelnen Aktionen in ihrer jeweiligen Einzelheit sind, die es vermögen würden, irgendwelche politischen Effekte hervorzubringen, im Gegenteil: politische Wirksamkeit entfalten jene Aktionen erst in ihrer Gemeinsamkeit. Dies zu berücksichtigen, ist deshalb wichtig, weil hierdurch ein Licht darauf geworfen wird, daß der politische Effekt einer Aktion in erster Linie von der Möglickeit abhängig ist, eben diese Aktion in bereits bestehende Aufmerksamkeits- und Kommunikationskorridore einzuspeisen und daß deshalb der Nutzwert so mancher Groß-Aktionen kleiner ausfallen dürfte als derjenige irgendwelcher Nadelstiche, die eindeutig als Angehörige einer Kampagne zu erkennen sind. (Daß für den Erfolg einer solchen Kampagne Groß-Anschläge unentbehrlich sind, ist hierdurch jedoch mitnichten infrage gestellt!)
4. Schließlich ist noch festzuhalten, daß den Provo-Aktionen des Schrittes V ein nicht unerhebliches Streßmoment innewohnt: Anders als bei den bislang unternommenen Schritten werden dort die Kampagne-BetreiberInnen nämlich erstmalig mit der Möglichckeit konfrontiert sein, den Kampagne-TeilnehmerInnen von Angesicht zu Angesicht gegenüber zu stehen, also auch solchen Leuten, die schlicht und einfach sympathisch sind und vor denen es einer bzw. einem so richtig peinlich ist, als AgentIn einer bizarr anmutenden Kampagne unter die Augen zu treten. Zweifelsohne, diese Erfahrung ist als solches ein neues und deshalb anstrengendes Unterfangen. Denn im Kern ist autonome Politik bis heute v.a. auf die Begegnung mit solchen Menschen spezialisiert, die unschwer als Arschlöcher zu identifizieren sind und deren Bekämpfung deshalb keine Skrupel im Wege stehen. (Zu dieser Kategorie gehören Bullen und Faschos genauso wie PolitikerInnen, BonzInnen oder bekannte EinzeltäterInnen wie Wiglaf Droste). Bedeutsam - nicht zuletzt im selbstaufklärerischen Sinne (vgl. 3.2.) - scheint mir jene Verkomplizierung vor allem deshalb zu sein, weil hierdurch einmal mehr ein Licht darauf geworfen wird, was für ein vielschichtiges und v.a. widersprüchliches Unternehmen es ist, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit ernsthaft in Frage stellen zu wollen, anstatt sich immer nur mit ihren fiesesten Abkömmlingen zu beschäftigen bzw. mit ihren offensichtlichsten Entgleisungen und Ungrechtigkeiten.

**5.1.7. Schritt VI. Eine karnevalartige Spott-Demo.** Grundsätzlich dürfte in der Zwischenzeit von der Existenz ziemlich fundamentaler Aufmerksamkeits- und Kommunikationskorridore ausgegangen werden. Vor allem kann auch davon ausgegangen werden, daß die allgemeine Diskussions- und Auseinandersetzungsbereitschaft zusätzlich noch durch den Umstand eine Stärkung erfahren haben dürfte, daß sich die direkt bzw. indirekt Betroffenen keineswegs in der grundsätzlichen Bewertung der Kampagne einig sein werden, auch wenn die empörte Zurückweisung der Angriffe weiterhin ein Fluchtpunkt der Gemeinsamkeit sein dürfte; denn selbstredenderweise ist das BürgerInnentum alles andere als ein von Einheitlichkeit geprägter Block; seine Spannbreite reicht vielmehr von der links-bürgerlichen Alternativszene über supernormale und v.a. unpolitische Wohlstandsliberale bis hin zum konservativ-gehobenen BürgerInnentum.
Genau eine solche Ausgangssituation erscheint mir nunmehr eine richtig gute Voraussetzung für die Durchführung einer Demo zu sein, und zwar nach Möglichkeit in dem betroffenen Kampagnen-Stadtteil selbst. Denn anders als unter normalen Bedingungen, die vor allem von dem Versuch der allgemeinen Bevölkerung gekennzeichnet sind, Demos und ähnliche Störfried-Veranstaltungen geschickt und unbehelligt zu umkurven, dürfte einer solchen Demo von vorneherein die allergrößte Aufmerksamkeit beschieden sein, und sei es nur dadurch, daß es eine wahre Flut von Verbotsanträgen und ähnlich gelagerten Einwürfen hageln wird. Ganz im Sinne der bisherigen Kampagnen-Strategie sollte die Demo allerdings als Happenig inszeniert werden. Denn dies ist nicht für nur die Aufrechterhaltung des fröhlich-gefährlichen Images und die damit direkt bzw. indirekt verknüpften Mobilisierungsprozesse bedeutsam, sondern auch für die Beförderung der allgemeinen Demo-Stimmung und damit für die Bereitschaft ihrer TeilnehmerInnen, sich auch zukünftig in die Kampagne einzuklinken. Konkret möchte ich deshalb eine karnevallartige Spott-Demo vorschlagen, auf der die Beteiligten sämtlichen ihrer Armuts- und Reichtumsphantasien so richtig freien Lauf lassen sollten. Vorbild hierfür könnten der CSD, die Anti-Papst-Demo oder die Auslach-Parade des Militärs sein; die hierdurch erzeugte Festtagsstimmung sollte aber auch durch ausdrücklich-konfrontative Elemente durchsetzt sein; so könnte z.B. die weiter oben bereits geschilderte Taktik der Verunsicherung dadurch fortgesetzt werden, daß vor einzelnen Häusern Namen und Berufe der entsrpechenden BewohnerInnen mit der Aufforderung bekanntgegeben werden würden, sich diese doch bitte

genauestens zu notieren. (Solche und andere Drohgebärden müßten allerdings hinsichtlich ihrer potentiellen Wirkung auf Kinder noch einmal exakt überdacht werden; denn diese könnten einen sich feixtanzartig vor ihrer Haustür gebärdenden Karnevalszug schnell in einen falsche Hals bekommen, zumindestens dann, wenn sich dieser kreischende und johlende Zug aus BonzInnen, Armen und Verrückten auch noch ausdrücklich auf die von ihnen bewohnte Häuslichkeit beziehen würde.)
In welchem Sinne eine solche karnevalartige Demo-Parade sehr viel mehr geeignet ist als klassisch daherkommende Polit-Demos, das nahe und entfernte Nahumfeld zu mobilisieren - was ja in letzter Konsequenz das vorrangige Ziel aller Bemühungen sein sollte - dürfte auf der Grundlage der bisherigen Ausführungen keiner weiteren Erläuterungen mehr bedürfen. Deshalb sei nur der Gedanke angebracht, daß es gerade der Spott sein wird - sowie die Erdreistung, nach all dem Unbill auch noch Demos zu veranstalten - welcher die BürgerInnen zusammen mit den Medien abermals erbeben lassen wird, mit der Konsequenz, daß der Anti-Reichtumskampagne ein erneuter Aufmerksamkeits- und damit Mobilisierungsschub beschieden sein dürfte.
Ergänzt sei schließlich noch das Folgende: ein mit Sicherlichkeit toller Werbegag für die Kampagne dürfte darin bestehen, drei bis vier Tage vor der Demo einige so richtig spektakuläre 'Dinger' zu drehen. Hierzu könnten geeignete Behinderungen des Personenzugverkehrs genauso gehören wie Brandanschläge auf Autos, Club-Gebäude, leerstehende Villen, Supermärkte etc. Denn letzlich dürften an einem solchen Zeitpunkt die allgemeinen Aufmerksamkeits-und Interesseschaltungen so ausgerichtet sein, daß jeder *Brüller* sofort im richtig gemeinten Sinne zur Kenntnis genommen werden würde. Sollte allerdings die Gefahr bestehen, die Demo durch einen derartigen Paukenschlag ernsthaft in Frage zu stellen - woraus ein relativ hoher Bekanntheits- und Umstrittenheitsgrad der Demo-Parade geschlußfolgert werden könnte - dann wäre es wohl besser, entsprechende Aktionen erst im unmittelbaren Anschluß an die Demo in die Tat umzusetzen.

*Kommentierung Schritt VI:* Zur Demo sei noch das Folgende angemerkt: Mein Vorschlag, eine karnevalartige Spottdemo zu veranstalten, möchte ich keineswegs mit der Behauptung gleichgesetzt wissen, daß herkömmliche Demos *prinzipiell* überholt wären; nein, worum es mir vielmehr geht, ist die These, daß herkömmliche Demos unter den gegenwärtigen Umständen - und nur unter diesen - eine eher zwiespältige Angelegenheit darstellen; begründet ist dies zunächst einmal in ihrer aktuellen Kleinheit einerseits und in der ausgefuchsten Routine andererseits, mit der es die meisten Menschen mittlererweile verstehen, politischen Protest in irgendeinem ihrer Wahrnehmungsfilter untergehen zu lassen.(vgl. hierzu 4.1.+ 4.2.) Diese Kunst der Ausfilterung würde sicherlich weniger erfolgreich ausfallen, wenn die Demos größere wären; denn dann könnten sich - möglicherweise mit Hilfe militanter Auseinandersetzungen - sehr viel leichter Interessensverletzungen bzw. Aufmerksamkeitsbesetzungen größeren Ausmaßes ergeben.(vgl. 5.1.2.+ 5.3.1.) Das aber ist nicht so; gegenwärtig sind Demos eher armselige Häufleins, die zwar physische Ereignisse im öffentlichen Raum verkörpern mögen, nicht aber soziale, und die deshalb nicht imstande sind, mobilisierungsträchtige Wirkungen zu entfalten.
Darüberhinaus sind Demos in der heutigen Zeit aber auch ob ihrer Nicht-Eingebettetheit zum Scheitern verurteilt, also deshalb, weil den allermeisten Menschen - vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Filtersysteme und damit auch vor dem Hintergrund ihrer derzeitig vorherrschenden Neigungen zur Vergleichgültigung - schlicht und einfach die Voraussetzungen fehlen, mit den direkten *und* indirekten Botschaften einer Demo irgendetwas anfangen zu können. Falsch wäre es nunmehr jedoch, hieraus den Schluß zu ziehen, daß alles wieder im Lot wäre, sobald die je erforderlichen Einbettungen geleistet werden könnten. Denn hierdurch wären die beiden anderen Probleme - diejenigen der Kleinheit und Routine - ja noch keinesfalls gelöst, auch wenn kein Zweifel darüber bestehen dürfte, daß im Falle der Anti-Reichtumskampagne auch eine normale Demo die Gemüter ziemlich zum Köcheln bringen könnte. Zusammen mit den bereits aufgelisteten Gründen ist das aber auch der entscheidende Grund dafür, daß ich auf meine karnevalartige Spottdemo ersteinmal nicht verzichten möchte.
Grundsätzlich folgt hieraus, daß die traditionelle Demo umso erfolgsversprechender ist, je größer *und* je eingebetteter bzw. kontextbezogener sie ist. Kontextbezogenheit setzt allerdings - und dies darf nicht vergessen werden - ein kampagnenförmiges Vorgehen voraus, dessen Ziel immer wieder darin bestehen muß, durch die Herbeiprovozierung öffentlicher Empörungs- und Kommunikationskorridore diejenigne Bezüge herzustellen, die Vorausetzung dafür sind, Demos im bereits ausführlich beschriebenen Sinne zu mobilisierungs- und aufklärungswirksamen Ereignissen zu machen. Hieraus folgt indessen, daß Demos *prinzipiell* als Zwischenstationen ziemlich komplexer Handlungszusammenhänge zu begreifen sind, zumindestens ist das dann der Fall, wenn die Demo nicht nur dem Zwecke gewidmet sein soll, den Selbsaufklärungsprozeß ihrer TeilnehmerInnen zu befördern.( vgl. 3.2.) Genau das geschieht jedoch nur in den allerwenigsten Fällen; vielmehr wird immer wieder die Energie in *demonstrative* Einzelkür-Veranstalltungen gesteckt, die sich v.a. dadurch auszeichnen, das Image totaler Harmlosigkeit zu versprühen und hierdurch nicht im Geringsten geeignet sind, einen Beitrag zur Linderung der aktuellen Misere zu leisten.

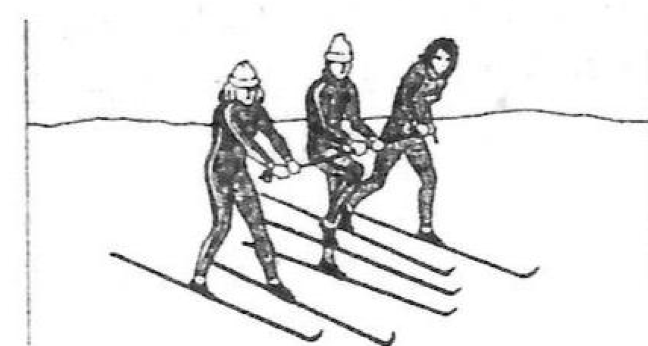
**5.1.8. Schritt VII. Die Wiederkehr der Klassiker** Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden - andernfalls wäre das gesamte Kampagnenunterfangen ein sinnloses - daß die Kampagne mit jedem weiteren Schritt ihren Bekanntheitsgrad erhöht; je bekannter eine Kampagne aber ist, desto stärker sollte die gesamte Palette traditioneller Aktionsformen zum Zuge kommen, und zwar zunehmends auch jenseits der direkt betroffenen Kampagnenstadtteile. Denn je höher der Bekanntheitsgrad ausfällt, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß die entsprechenden Aktionen -

von der Kundgebung über das Flugblatt bis zur Sprüherei - in ihrem tatsächlichen Bedeutungsgehalt entziffert, d.h. bezogen und hierdurch eingeordnet werden können. Ist das aber der Fall, dann hat dies zur Folge, daß immer mehr Menschen über die Kampagne und ihren Gegenstand reden, diskutieren und streiten und hierdurch unwillkürlich nicht nur dafür sorgen, daß sich die ehemals schmalen Kommunikationskorridore immer stärker zu auch medial vermittelten Kommunikationsteppichen ausweiten, sondern auch dafür, daß mit Hilfe eben jener teppichartigen Allgegenwärtigkeit der Kampagne Mobilisierungseffekte im nahen und entfernten Nahumfeld gezeitigt werden können. Angemerkt sei hierzu nur noch, daß das Zustandekommen besagter Kommunikationsteppiche auch durch eher ungewöhnliche Maßnahmen wie unsichtbares Theater oder irgendwelche Happenings gefördert werden kann (vgl. 1.3.) Denn letztlich dürften sich vor dem Hintergrund eben jener Teppiche selbst kleine und kleinste Aktionen von der Gewißheit getragen wissen, daß sie nicht spurlos verpuffen werden. Dies scheint mir insbesondere hinsichtlich derjenigen AktivistInnen bedeutsam zu sein, die es vorziehen - aus welchen Gründen auch immer - in ihren eigenen Aktionen das Konfrontations- und Eskalationsniveau niedrig zu halten.

Neben dieser Vervielfältigung des Aktionsformen-Instrumentariums sollte in dieser Phase der Kampagne aber auch gezielte Bündnisarbeit betrieben werden; denn letztlich - und dies sollte auf keinen Fall aus den Augen verloren werden - sind die Autonomen bei weitem nicht die einzigen Menschen, die die aktuellen Verteilungsverhältnisse kritisch begutachten, auch wenn sie zu der immer kleiner werdenden Fraktion derjenigen gehören mögen, die sich nicht nur mit Verbesserungen innerhalb des herrschenden status quo zufrieden geben möchten. Nein, das kritische Gespräch über ungerechte Verteilungsverhältnisse ist eines, welches auf die eine oder andere Weise in ganz verschiedenartigen Institutionen und Zusammenhängen beheimatet ist: von den Grünen über die Gewerkschaften bis hin zur protestantischen Kirche. Dies zu berücksichtigen, ist nicht nur deshalb bedeutsam, weil die Existenz solcher zumeist teil-öffentlichen Kritikkorridore die allgemeinen Ziele der autonomen Anti-Reichtums-Kampagne enorm befördern können, sei es unfreiwilliger Weise - denn schließlich bearbeitet mensch dieselbe Problematik - oder sei es deshalb, weil irgendwelche Gewerkschafts-Heinis sich gezwungen sehen - aus Angst, ihre ureigentsten Anliegen könnten in Mißkredit geraten - zusammen mit irgendwelchen MedienvertreterInnen entsprechende Abgrenzungen, Verurteilungen oder Richtigstellungen vom Stapel zu lassen. (Zu bedenken gilt es hierbei allerdings, daß solcherart unfreiwilliger Unterstützung, deren Ablaufmechanismen weiter oben schon geschildert wurden (vgl. 3.1.5.), nur in einem fortgeschrittenen Stadium der Kampagne zu erwarten sind.) Nein, die Existenz eben jener Kritik-Korridore - deren politischer Gehalt in der Regel weniger radikal ausfallen dürfte als derjenige der Anti-Reichtums-Kampagne - ist auch deshalb wertvoll, weil sich auf diese Weise überhaupt erst die Chance ergibt, Bündnisse aufzubauen. Dabei dürfte es sich von selbst verstehen, daß es autonomer Politik nicht in erster Linie um irgendwelche reformistischen Verbesserungen gehen sollte, so wie das bei nicht-radikalen Bündnissen unweigerlich der Fall ist. Solche Verbesserungen sind zwar wichtig - und sollten gerade im Hinblick auf die direkt Betroffenen alles andere als gering geschätzt werden -, sollten aber dennoch nicht das hauptsächliche Interesse dafür abgeben, sich mit irgendwelchen reformistischen Kräften gemein zu machen. Nein, der Grund für solcherart Bündnis-Aktivität ist aus meiner Sicht ein ganz anderer: Bündnisse sind nämlich derjenige Ort, an dem es mit am leichtesten ist, mit eben jenem *entfernten Nahumfeld* zusammen zu kommen, um das es schon die ganze Zeit gegangen ist. Konkret bedeutet dies, daß autonome Bündnisarbeit v.a. den Zweck verfolgen sollte, im Rahmen dieser Arbeit linksradikale Aufklärungs- und Mobilisierungsprozesse in Gang zu setzen. Dieses *instrumentelle Anwerbungsmotiv* ist in meinen Augen das einzige realistischeTeilnahmeinteresse; nicht realistisch ist es hingegen, davon auszugehen, durch linksradikale Beteiligungen könnten irgendwelche radikalen Inhalte in ein entsprechendes Bündnis hereingetragen werden. Denn dies ist aus prinzipiellen Gründen unmöglich, wie ich hoffe, im Abschnitt 4 hinreichend plausibel gemacht zu haben. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sei jetzt noch darauf hingewiesen, daß Bündnisse zwar einen besonders geeigneten Ort zur Kontaktaufnahme mit dem entfernten Nahumfeld darstellen, keineswegs jedoch der einzige Weg sind, neue MitstreiterInnen aus eben diesem Umfeld zu gewinnen; vielmehr handelt es sich bei besagtem Weg um eine Extrachance, auf die nur unter der Bedingung zurückgegriffen werden sollte, daß sich noch während der Anti-Reichtums-Kampagne - ob durch diese ausgelöst oder nicht - irgendwelche Menschen aus dem links-reformistischen Spektrum zusammen tun, um gegen die derzeitig vorherrschenden Verteilungsverhältnisse etwas auf die Beine zu stellen.

*Kommentierung von Schritt VII:* Keine weiteren Anmerkungen erforderlich

**5.1.9. Schritt VIII. Kampagnenevernetzung:** Der Schwung, in dem sich die Anti-Reichtums-Kampagne spätestens seit der Demo befinden dürfte, sollte allerdings auch für die Eröffnung neuer Kampagnen genutzt werden. Denn letztlich dürfte eine Kampagne um so mobilisierungskräftiger und damit erfolgreicher ausfallen, je besser sie es versteht, sich mit anderen Kampagnen zu vernetzen und sich dadurch als Abkömmling derselben Gruppe - nämlich derjenigen der autonomen Widerstandsbewegung - erkennbar zu machen. Der mit solchen Kampagnen-Vernetzungen einhergehende Prozeß gegenseitiger Aufputuschung gilt sowohl für thematisch anders gelagerte Kampagnen als auch für solche Kampagnen, die sich als Sonderkampagnen der Anti-Reichtums-Kampagne begreifen und die deshalb - als ein weiterer Schritt innerhalb der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne - nunmehr vorgestellt werden sollen. Begnügen möchte ich mich hierbei allerdings mit zwei beispielhaft vorgestellten Kampagnentypen:



**5.1.9.1. Anti-ÄrztInnen-Kampagne:** Ein Sonder-Kampagnentyp könnte darin bestehen, eigens ausgewählten Berufsgruppen an den Wickel zu gehen; demonstriert sei dies am Beipsiel einer Anti-ÄrztInnen-Kampagne, anhand einer Berufsgruppe also, die sich in materieller Hinsicht in geradezu beschämender Weise abzockerisch verhält und die sich deshalb geradezu aufdrängt, in den Kreis der Kampagnen-TeinehmerInnen aufgenommen zu werden. Im Kern sollte die Anti-ÄrztInnen-Kampagne im gleichen Stiyl abgewickelt werden wie die übergeordnete Anti-Reichtums-Kampagne auch schon. (In diesem Sinne ist eine Gleichzeitgkeit der Kampagnen ohne weiteres vorstellbar, einmal ganz davon abgesehen, daß eine solche Parallelität unter dem Gesichtspunkt der Vernetzung wünschenswert wäre.) Neben den Gemeinsamkeiten gilt es allerdings auch, die Differenzen nicht aus den Augen zu verlieren: der wichtigste Unterschied dürfte - *erstens* - in dem Umstand bestehen, daß sich die Anti-ÄrztInnen-Kampagne gegen konkrete und namentlich von Anfang an bekannte Personen richtet und nicht gegen erst einmal anonyme Personen, deren Reichtum lediglich aufgrund ihrer Wohnlage bzw. ihres sichtbaren Besitzes gemutmaßt wird. Zum Ausdruck kommt diese Differenz v.a. in der örtlichen Verstreutheit der ärztlichen Kampangne-TeilnehmerInnen und deshalb auch darin, daß sich die AngreiferInnen aufgrund dessen nicht mehr drei bis fünf Straßenzüge einfach vorknüpfen können, sondern vielmehr dazu angehalten sind, ganz gezielt vorzugehen. Hinsichtlich der Herausbildung kollektiver Erregungs- und Kommunikationskorridore dürfte diese Verstreutheit allerdings kein ernsthaftes Hindernis darstellen. Denn durch berufliche und freundschaftliche Verbindungen, die gerade in der ÄrtzInnenschaft eine besonders starke Ausprägung erfahren haben, sollten genug Kommunikationskanäle existieren, in die das empörte Gespräch über die gerade erfolgten Angriffe unmittelbar eingespeist werden kann; zumindestens ist dies dann der Fall, wenn auch im Rahmen der Anti-ÄrztInnen-Kampagne die einzelnen TeilnehmerInnen brieflich voneinander in Kenntnis gesetzt werden. (In diesem Sinne geht es bei der Anti-ÄrztInnen-Kampagen in erster Linie darum, bereits existierende Korridore zweckzuentfremden und sie dadurch zum mobilisierungsträchtigen Brodeln zu bringen, *während umgekehrt* im Rahmen der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne geeignete Erregungs- und Kommunikationskorridore erst noch erschaffen werden müssen.)

Die Ausweitung der ärztlichen Empörungskorridore zu allgemeinen Empörungs-Teppichen dürfte allerdings nicht so sehr über das *Prinzip* der NachbarInnenschaft vermittelt sein und die damit eng verkoppelte Befürchtung, selbst jederzeit zur widerwilligen Kampagnen-TeilnehmerIn gemacht werden zu können. Denn hierfür dürften ÄrztInnen viel zu verstreut wohnen, auch wenn kein Zweifel daran bestehen kann, daß diese - zumindestens gilt das für den Westen - v.a. in den feineren Wohnlagen anzutreffen sind. Nein, die teppichartige Ausweitung dürfte vielmehr über eine sozialpsychologische Schiene vonstatten gehen, nämlich dadurch, daß die ÄrztInnenschaft weiterhin eine der angesehendsten und schillerhaftesten Berufsgruppen ist und daß deshalb eine besonders große Bereitschaft innerhalb der allgemeinen Bevölkerung vorhanden ist, am schicksalshaften Ergehen der ÄrztInnenschaft teilzuhaben. Und jenes Interesse wiederum wird vor allem dadurch befriedigt werden, daß es die ÄrztInneschaft verstehen wird, ihr Kampagnen-Schicksal mit aller Wucht durch ihre Kommunikationskorridore zu pusten, also durch solche Korridore, denen von vorneherein allergrößte Aufmerksamkeit beschieden ist.

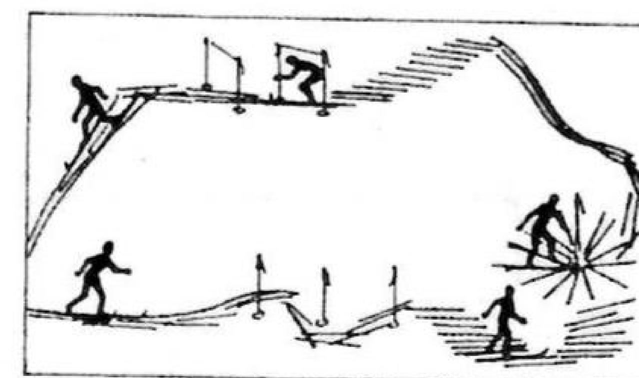
Hiervon abgesehen kann die Ausweitung ehemals beschränkter Korridore auch durch die systematische Vernetzung der unterschiedlichsten Haupt-und Nebenkampagnen vorangetrieben werden. Im vorliegenden Fall würde das bedeuten, daß die BetreiberInnen der Anti-ÄrztInnen-Kampagne auch die TeilnehmerInnen der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne brieflich informieren müßten, genauso wie dies auch umgekehrt erfolgen müßte (vgl. 5.1.3.) In diesem Sinne sollten die verschiedenartigen Kampagnen stets darum bemüht sein, ihre jeweiligen Handlungen zahnrädchengleich aufeinander abzustimmen, um auf diese Weise die verschiedenartigsten Empörungskorridore und -teppiche voneinander in Kenntnis zu setzen und dadurch - zumindestens teilweise - zu noch größeren Teppichen zusammenschmelzen zu lassen. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß die verstreuten Wohn- und Geschäftslagen der ÄrztInnen aus sicherheitstechnischer Sicht gegenüber der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne einen erheblichen Vorteil darstellen.

*Zweitens*: Eine weitere Differenz zwischen den beiden Kampagnen ist ebenfalls aufs engste mit dem Umstand verkoppelt, daß es sich bei der Anti-ÄrztInnen-Kampagne um namentlich bekannte und deshalb *konkrete* Kampagnen-TeilnehmerInnen handelt. Denn dies hat zweierlei zur Folge: einerseits ist es hierdurch möglich, im Rahmen nicht nur der BekennerInnenschreiben, sondern auch der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit sehr viel konkretere Texte zu verfassen, z.B Negativ-Texte über ganz bestimmte ÄrztInnen. Ist dies witzig und konfrontativ zugleich aufgemacht, dann kann auch hier so mancher Extra-Ärger herbeiprovoziert werden. Andererseits wohnt der gezielten Konkretheit eine größere Gefährlichkeit inne, was als willkommener Beitrag zur Effektivitätssteigerung aufgefaßt werden sollte.

Schließlich unterscheiden sich *drittens* die beiden Kampagnen auch dadurch, daß im Rahmen der Anti-ÄrztInnen-Kampgne nicht nur Privatgemächer, sondern auch die ärztlichen Geschäftsräume als Angriffsflächen zur Verfügung stehen. (Inwieweit Kliniken hierfür geeignet sind, sei einmal dahingestellt.) Wichtig ist dies v.a. deshalb, weil gerade Praxen einen unglaublich geeigneten Ansatzpunkt für vielfältigste Aktionen darstellen: von militanten Anschlägen über happenigartige Chaosaktionen bis hin zur klassischen Aufklärungsarbeit.

**5.1.9.2. Sonderkampagne gegen Spezialgeschäfte des Reichtums.** Ein anderer Sonder-Kampagnentypus innerhalb der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne könnte darin bestehen, gegen symbolhafte Institutionen und Einrichtungen des Reichtums vorzugehen; lediglich beispielhaft seien einige Kampagnenobjekte aufgeführt: FDP, Juppi-Galerien, Life-

Stile-Restaurants, Delikatessen-Geschäfte, luxeriöse Möbelgeschäfte, Exklusivboutiquen, Edelgeschäfte für Whisky und Rauchartikel etc.
Anders als die Anti-ÄrztInnen-Kampagne sollten derartige Sonder-Kampagnen gegen Spezialgeschäfte des Reichtums erst in einem relativ fortgeschrittenen Stadium der übergeordneten Anti-Reichtums-Kamkampagne ins Leben gerufen werden. Denn grundsätzlich wohnt derartigen Angriffen der gravierende Nachteil inne, keineN so richtig interessieren bzw. vom Hocker hauen zu können. Denn anders als ÄrztInnen können die BesitzerInnen z.B. eines Pelzgeschäftes einfach nicht darauf bauen, in irgendeiner Weise als interessant empfunden zu werden; denn interessant sind eigentlich nur ÄrztInnen, nicht aber Pelz-, Teppich- oder WhiskyverkäuferInnen! Fernerhin gilt es auch - für das Verständnis eben dieses Desinteresses - den Umstand zu berücksichtigen, daß innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft Angriffe auf die intime Privatssphäre ungleich schwerer wiegen als solche, die sich gegen Geschäfte, Dienstleistungsunternehmen und Betriebe richten, also gegen Privateigentum, welches ausdrücklicher Bestandteil des öffentlichen Lebens ist; begründet ist dies v.a. in dem Umstand, daß die bürgerliche Gesellschaft die von ihr als solche überhaupt erst hervorgebrachte Privatssphäre - und deren Inbegriff: die Kleinfamilie - schon seit jeher als Hort der Liebe, des Friedens und der Harmonie auserkohren und daß sie deshalb Angriffe auf diesen Ort *intimer Innerlichkeit* schon immer als verrucht, obszön und widernatürlich empfunden hat, während *umgekehrt* die Attacke auf öffentlich daherkommendes Privateigentum in erster Linie als eine schlicht materielle Interessensverletzung eingestuft wird. In diesem Sinne vermögen 10 verklebte Haustürschlösser sehr viel mehr Aufruhr und Unbill aufzuwirbeln als 10 verklebte Geschaftstüren. Aus all dem folgt, daß Sonderkampagnen gegen jedwede Spezialgeschäfte des Reichtums nur unter der Bedingung erfolgsversprechend sind, daß es durch ein geschicktes Kampangen-Management gelingt, solcherart Sonderkampagnen als Sonderbestandteile einer übergeordneten Groß-Kampagne erkennbar zu machen. Denn durch derartige Bezugnahmen ergibt sich nicht nur die Möglichkeit, abermals unruhestiftendes Öl in die bereits abrollende Anti-Reichtums-Kampagne zu schütten, sondern auch - auf der Grundlage der hierdurch ebenfalls erhöhten Aufmerksamkeit - eine ansonsten unauffällige Sonderkampagne in den Stand zu setzen, selber zum Ausgangspunkt eigenständiger Kommunikationskorridore und -teppiche zu werden; gelingen dürfte dies zumindestens dann, wenn eine solche Sonderkampagne über einen leicht erhöhten bzw. eskalierten Militanzgrad verfügt und wenn dies zudem mit einer Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit einhergeht, welche sich sämtlicher der oben ausführlich beschriebenen Register bedient: von fröhlich-unverschämten BekennerInnenschreiben über Info-Rundbriefe an die Medien bis hin zur ebenfalls bizarr-unverschämt daherkommenden Kontaktanbahnung zwischen den TeilnehmerInnen der verschiedenen Haupt-und Sonder-Kampagenen.
Zur Erhöhung der Wirkmächtigkeit eben dieser Sonder-Kampagnen ist jetzt noch so mancherlei situationseskalierendes Beiwerk vorstellbar: erstens könnten die BesitzerInnen der betroffenen Spezialgeschäfte zusätzlich noch zu Kampagnen-TeilnehmerInnen der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne gemacht werden; denn diese Doppeltbetroffenheit ein und desselben Personenkreises würde mit Sicherlichkeit eine werbeträchtige Vernetzung der einzelnen Kampagnen zur Folge haben. Zweitens könnten aber auch - und auch hieraus würden hochgradig werbewirksame Vernetzungschleifen hervorgehen - die KundInnen und Gäste der Spezialgeschäfte angegriffen werden; auch hier ist so allerlei möglich: von der Autozerstörung über Farbbeutelattacken auf die Kleider irgendwelcher KundInnen - denen hierfür natürlich aufgelauert werden müßte - bis hin zur gesamten Angriffspallette der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne für diejenigen Gäste und KundInnen, die namentlich bekannt sind. Drittens: das schnödeste Mittel, einer Sonderkampagne noch einmal richtig Feuer zu geben, wäre es allerdings, ein richtig großes Ding zu drehen: Dieses sollte meines Erachtens einfach darin bestehen, mittels eines Brandanschlages ein oder mehrere Spezialgeschäfte zu zerstören; denn dies wäre nicht nur aus sich selbst heraus spektakulär, sondern würde darüberhinaus auch noch - anders als irgendwelche Schlösser-Klebereien u.ä. - das persönliche Interesse der KundInnen und GästInnen dieses Geschäftes verletzen, so daß die ganze Geschichte auch noch über diesen Hebel der persönlichen Betroffenheit Auftrieb erfahren würde.



## 5.2. Abschlußbetrachtungen

Hiermit wäre ich an's Ende meiner Kampagnen-Darstellung gelangt. In der nunmehr erfolgenden Abschlußbemerkung soll es jetzt noch - neben einigen Ergänzungen, Abrundungen und Zusammenfassungen - darum gehen, einen kleinen Bogen zu thematisch anders gelagerten Kampagnen zu schlagen; insbesondere möchte ich hierbei begründen, in welchem Sinne es aus meiner Sicht absolut Not tut, über die Möglichkeit antipatriarchaler Kampagnen nachzudenken.

### 5.2.1. Welche Kampagnen-TeilnehemerInnen sind innerhalb der Anti-Reichtums-Kampagne unerwünscht?

1. Grundsätzlich sollte der Versuch unterlassen werden, staatliche Einrichtungen in die Anti-Reichtums-Kampagne einzubinden. Begründet ist dies v.a. darin, daß staatliche Einrichtungen einfach keine geeigneten Ausgangspunkte für die Herausbildung kollektiver Erregungs- und Kommunikationskorridore sind; denn letztlich ist keineR mit der staatlichen Appparatur auf eine solche Weise identifiziert, daß er bzw. sie Attacken auf eben diese Apparatur als Aufforderung dafür empfinden würde, im Interesse des Staates die eigene Freizeit zu opfern und sich eigenständig um den Aufbau entsprechender Proteststrukturen zu bemühen. Ein solches Vorgehen dürfte allein schon deshalb

ausgeschlossen sein, weil persönliche Nachteile durch derartige Attacken nicht zu erwarten sind, weder in materieller noch in zeitlicher Hinsicht; denn schließlich werden für die Beseitigung der Schäden ganz normale Staatsbedienstete abgestellt; in diesem Sinne wird das Problem auf seiner *praktischen* Ebene sachlich, nicht aber persönlich verarbeitet. Persönlich ist allenfalls das begleitende Palaver derjenigen, deren Tagesablauf durch eine entsprechende Attacke in irgendeiner Form berührt worden ist, und sei es nur dadurch, daß sie eine zerborstene Eingangstür passieren mußten. Und jenem Palaver wiederum liegt normalerweise nicht die geringste Erregungsenergie zugrunde; denn getroffen wurde die staatliche Behörde, nicht aber deren MitarbeiterInnen bzw. - und dies wäre eine wahrlich absurde Idee - irgendwelche ganz normalen BürgerInnen.

Jene Nicht-Berücksichtigung staatlicher Stellen durch die Kampagnen-BetreiberInnen gilt im übrigen auch für die Bullerei; denn Auseinandersetzungen mit dieser würden wiederum zu einer lediglich *sachlichen* Kleinarbeitung autonomer Widerstandsenergie führen und hierdurch die eigentliche Zielsetzung der Kampagene hintertreiben, nämlich durch geeignete Attacken auf PrivatbürgerInnen persönliche Negativ-Erregungen zu erzeugen. Denn bekanntlich gehört es ja zum *sachlichen* Auftrag der Bullerei, im Namen des Staates und seiner BürgerInnen die wie auch immer geartete Verwaltung bzw. Kanalisierung jedweder Protestaktionen zu übernehmen. Genau diese Logik gilt es indes, im Rahmen der Anti-Reichtumkampagne auszuhebeln. Deshalb sollten die seitens der Kampagnen-BetreiberInnen gezielt herbeigeführten Kontakte mit der Bullerei auf effektvoll und reißerisch inszenierte Zusammenstöße beschränkt bleiben, so wie das z.B. im Rahmen des Kirchenaktionszyklus vorstellbar wäre. Daß es unbeschadet dieser Empfehlung immer wieder zu unfreiwilligen Zusammenstößen mit der Polizei kommen wird, soll hierdurch allerdings genauso wenig in Abrede gestellt werden, wie die Tatsache, daß deratige Zusammenstöße unter bestimmten Umständen sehr wohl im Sinne der Kampagne ausfallen können; worum es lediglich geht, ist, ein Verständnis dafür zu entwickeln, daß im Rahmen der Kampagne Zusammenstöße mit der Polizei immer nur den instrumentellen Zweck verfolgen sollten, die Empörungsenergie der BürgerInnen anzustacheln. Denn daß diese sich nicht nur durch wendlandartige *Katz-und-Maus-Spiele* genervt fühlen, sondern auch durch den schlichten Umstand, allerorten Wannen und Bullenpatrouillen erblicken zu müssen, dürfte sich von selbst verstehen.

2. All die Argumente, die für eine Aussperrung staatlicher Stellen aus der Anti-Reichtums-Kampagne sprechen, gelten auch für das Großkapital; in diesem Sinne sollte auch dieses von den Kampagnen-BetreiberInnen links liegen gelassen werden, es sei denn, es bestünde die berechtigte Hoffnung, durch irgendwelche spektakulären Großanschläge auf Einrichtungen irgendeines Großkapitals könnte der Kampagne ein wirklicher Dienst erwiesen werden. (Aber wahrscheinlich ist dies nicht mehr als ein theoretisches Gedankenspiel... . )

3. Schließlich scheinen mir auch die Gipfeltreffen internationaler Großorganisationen wie IWF, EU, G7 etc. nur in einem sehr eingeschränkten Maße geeignete Teilnahme-KandidatInnen einer Anti-Reichtumskampagne zu sein. Denn so sehr derartige Organsationen und Bündnisse in der weltweiten Durchsetzung und Regulierung kapitalistisch-patriarchaler Verhältnisse auch federführend sein mögen, so sehr ist es in inhaltlicher Hinsicht dennoch irreführend - aus Gründen, auf die ich an dieser Stelle nicht noch einmal eingehen möchte (vgl. 4.1.) -, eine gesellschaftliche *Grundstruktur* wie diejenige der *kapitalistischen Vergesellschaftung* immer nur anhand eben solcher kapitalistischen GroßinquisitorInnen problematisieren zu wollen, nie aber anhand des eigentlich sehr viel schwerer wiegenden Sachverhalts, daß sich eine Grundstruktur nur durch die alltäglichen Einzelhandlungen vieler Millionen Einzelner verwirklichen bzw. durchsetzen kann. Darüberhinaus empfiehlt sich eine so gelagerte Orientierung aber auch aus praktisch-strategischen Gründen nicht; denn der Angriff auf internationale Großorganisationen ist aus meiner Sicht noch weniger geeignet als derjenige auf staatliche Einrichtungen, kollektive Kommunikations- und Empörungskorridore provozieren und hierdurch linksradikale Mobilisierungs-und Aufklärungsprozesse herbeibefördern zu können. Damit so etwas tatsächlich gelingen kann, ist es in meinen Augen vielmehr notwendig, die Attacken auf irgendeine inquisitorische Großzusammenkunft - wie z.B. das Jahrestreffen von IWF und Weltbank - mit geeigneten Attacken auf ganz normale WohlstandsbürgerInnen zu verknüpfen. Ist das aber der Fall, dann wäre - und das ist ja der Ausgangspunkt meiner Überlegung gewesen - nicht mehr der IWF oder irgendeine andere internationale Großorganisation TeilnehmerIn der Anti-Reichtums-Kampagne; nein, in einem solchen Fall müßte vielmehr von einer eigenständigen Kampagne gesprochen werden, die sich als eine weitere Sonderkampagne der allgemeinen Anti-Reichtums-Kampagne verstehen könnte, nicht aber müßte! (In diesem Zusammenhang scheint es mir im Übrigen auch notwendig zu sein, dem weit verbreiteten Glauben entgegenzutreten, nach dem es gerade im Rahmen irgendwelcher medial aufbereiteten Großereignisse möglich wäre, als Trittbrettfahrer dem eigenen Anliegen eine besondere Aufmerksamkeit zu verschaffen; denn in meinen Augen ist eher das Gegenteil der Fall; neben den schon genannten Gründen dürfte dies vor allem in einer Art wahrnehmungspsychologischer Sperre begründet sein: Dort nämlich, wo der Gegner sich in Szene setzt - und hierdurch oftmals noch mächtiger erscheint als er tatsächlich ist - ist Gegenwehr fast schon zwangläufigerweise dazu verurteilt, als popelig, lausig und unbedeutsam rüberzukommen, während es *umgekehrt* dort, wo der Gegner schläft - oder wo der Gegner noch nicht einmal vermutet wird - oftmals sehr viel einfacher ist, die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Anders dürfte *dies* nur unter der Bedingung sein, daß der Gegenprotest eine schon statthafte Mindestgröße erreicht; zum letzten Mal ist dies meines Erachtens bei der 1988 bundesweit durchgeführten Anti-IWF-Kampagne der Fall gewesen, während sich die zahlreichen Berichte zum Münchener Weltwirtschaftsgipfel einige Jahre später vor allem dem übergeschnappten Verhalten der Polizei verdankt haben sowie den noch sehr viel

übergeschnappteren Kommentaren bayrischer CSU-Politiker, in denen diese das überaus harte Vorgehen der Bullen zu einem Akt bayrischer Folklore erklärt hatten.)

**5.2.2. Risiko, Strafe und Routine**. Eine der zweifelsohne kniffligsten Schwierigkeiten der gesamten Kampagne dürfte das unweigerlich mit ihr einhergehende Risiko der Strafverfolgung sein und damit der emotionale Streß, den eine derartige Dauerbedrohung darstellt. Begründet ist dieses Risiko nicht nur in der zentralen bzw. tragenden Rolle militanter Aktionen, sondern auch darin, daß den Bullen aufgrund der zahlreichen Aufklärungs- und Provoaktionen genug Ansatzpunkte zur Verfügung stehen dürften, einzelne Menschen ganz gezielt unter Druck zu setzen, sei es durch Hausdurchsuchungen, Observationen und sonstige Bespitzelungen oder sei es durch wilkürliche Anzeigen, ZeugInnenvorladungen und Beugehaft-Konstrukte . Zweifelsohne, dieses Risiko existiert in ganz erheblicher Weise! In diesem Sinne liegt es mir auch fern, militantes Handeln in irgeneiner Form *einzufordern*. Denn letztlich kann jedeR Einzelne nur für sich selbst entscheiden, ob sie bzw. er bereit und imstande ist, derartige Risiken in Kauf zu nehmen.
Und trotzdem: so falsch und unmöglich es wäre, militantes Handeln zu einer verbindlichen Verhaltensnorm erklären zu wollen, so sehr möchte ich dennoch auf der Notwendigkeit beharren, daß *Risiko-Gespräche* wieder stärker zum Gegenstand kollektiver Auseinandersetzungen gemacht werden. Denn daß es von einem politischen Blickwinkel aus unumgehbar ist - zumindestens in meinen Augen -, autonome Politik militanter zu gestalten, das hoffe ich, halbwegs überzeugend rübergebracht zu haben.
Von der individuellen Risikoanalyse abgesehen, gilt es aber auch zu berücksichtigen, daß das Ausmaß des jeweiligen Risikos - und damit auch dasjenige der psychischen Belastung - nicht zuletzt davon abhängig ist, inwieweit die militanten AktivistInnen über Routine und Versiertheit verfügen. In diesem Sinne scheint es mir absolut erforderlich zu sein, innerhalb der autonomen Linken eine sehr viel fundalmentalere Kultur der *praktischen* Militanz herauszubilden, als das gegenwärtig der Fall ist; denn nur dort, wo in der Alltäglichkeit militant gedacht, gehandelt und gesponnen wird, können diejenigen Erfahrungen, Wissensbestände und Selbsteinschätzungen zusammengetragen werden, die es ermöglichen, militantes Handeln als ein relativ risikoarmes Unterfangen zu betreiben. (Ergänzend sei in diesem Zusammenhang aber auch noch auf den tollen Artikel "Zwischen Implosion und Flüchtigkeit..." in der Interim Nr. 441 verwiesen.)
Hinsichtlich der Anti-Reichtums-Kampagne sei nunmehr nur noch die Anmerkung angebracht, daß gerade die zahlreichen BekennerInnenschreiben, Brief-Attacken und Info-Briefe ein erhebliches Maß sowohl kriminaltechnischen Geschicks als auch spielverliebter Abenteuerlust erforderlich machen dürften.

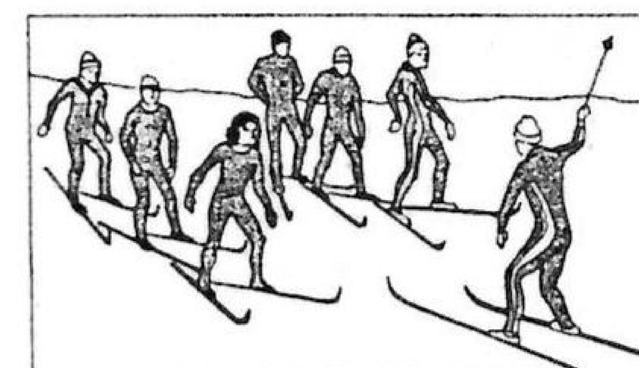
**5.2.3. Praktisches:** Zur erfolgreichen Gestaltung der Kampagne ist es v.a. unabdingbar, eine schlüssige Antwort auf die Frage der Koordination zu finden; denn während das *geographische* Vorgehen im Rahmen nicht-militanter Aktionen mit Hilfe der veröffentlichten BekennerInnschreiben gesteuert werden kann, bedürfen die militanten Aktionen aus Gründen des Selbtsschutzes einer sehr weitgehenden Abstimmung aufeinander. Die entscheidende Frage lautet deshalb, ob die militanten Kleingruppen untereinander direkten Kontakt aufbauen sollten oder ob es nicht auch möglich wäre, mit Hilfe eines allgemein zugänglichen und deshalb anonymen Info-Systems diejenigen Abstimmungen gezielt herbeizuführen, die aus strategischen und sicherheitstaktischen Gründen absolut unverzichtbar sind.
Hinsichtlich des Praktischen möchte ich mich mit diesem spärlichen Hinweis erst einmal begnügen; denn praktische Probleme zu wälzen, erscheint mir im Moment ein wenig verfrüht zu sein; wichtiger ist es aus meiner Sicht vielmehr, zunächst einmal über die politische Gesamtausrichtung der Kampagne ins Gespräch zu kommen.

**5.2.4. Das Problem der Zahl**. Manche LeserInnen mögen in der Zwischenzeit den Kopf geschüttelt und sich ungläubig gefragt haben, ob ich denn allen Ernstes glauben würde, daß es der autonomen Linken tatsächlich gelingen könnte, unter den gegenwärtigen Umständen eine solch gigantische Kampagne wie die gerade beschriebene ins Werk setzen zu können. Diesem Zweifel ist zweifelsohne zuzustimmen! Genau deshalb sei noch einmal mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß ich mit meiner konkreten Kampagnen-Darstellung vor allem das Ziel verfolgt habe, diejenigen Prinzipien und Grundsätze herauszuarbeiten, die Voraussetzung dafür sind, überhaupt erfolgreich autonome Politik betreiben zu können. Das aber bedeutet, daß das Programm einer Anti-Reichtums-Kampagne durchaus in einem sehr viel kleineren Umfang durchgezogen werden kann, als ich das eben im Rahmen meiner Kampagnenvorstellung nahegelegt habe, ohne deshalb jedoch gleich schon zur Erfolgslosigkeit verurteilt zu sein. Denn letztlich kommt es vor allem darauf an, inwieweit autonome Politik in ihren Grundzügen so angelegt ist, daß es ihr im Rahmen ihrer eigenen Ablauf-Logik glückt, eine lawinenartige Vergrößerungsdynamik loszutreten; ist dies nämlich der Fall, dann kommt es nicht mehr so sehr auf die anfängliche TeilnehmerInnenzahl an, mit der die entsprechende Kampagne in Szene gesetzt wird; vielmehr ist es unter einer solchen Bedingung möglich, auf die bereits hinlänglich erläuterten Lawineneffekte zu setzen, also darauf, daß autonome Politik um so widerstandsmächtiger sein wird, je besser es ihr gelingt, über die verschiedensten Wege Mobilisierungserfolge zu erzielen.

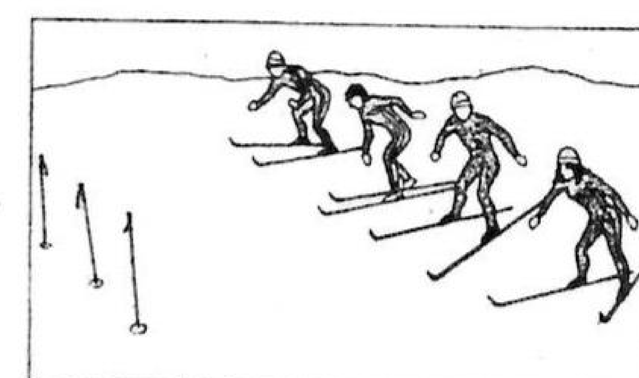
## 5.3. Zur Vervielfältigung der Kämpfe.

Zum Abschluß möchte ich jetzt noch die Aufmerksamkeit auf thematisch anders gelagerte Kampagnen-Gegenstände lenken. Ein solcher Ausblick scheint mir nicht zuletzt deshalb ein geeigneter Schlußpunkt zu sein, weil hierdurch einmal mehr verdeutlicht werden kann, daß es bei der ausführlich geschilderten Anti-Reichtums-Kampagne nicht nur um eine konkrete Kampagne selbst gegangen ist, sondern auch darum, *leitfadenartige* Grundsätze und Prinzipien für andere Kampagnen der autonome Linken herauszuarbeiten. Abgesehen hiervon ist es mir im Folgenden aber auch darum zu tun, unter Rückgriff auf meine Überlegungen aus den Abschnitten 3 und 4 weitere Verbindungslinien zu spinnen; welche Verbindungen das sind, diese mögen die abschließenden Kurz-Kapitel aufzeigen.

**5.3.1. Die Veralltäglichung des autonomen Kampagne-Gegenstandes**. Beginnen möchte ich mit einer einfachen Vorschlagsliste hinsichtlich weiterer Kampagnen-Gegenstände:



- Anti-Leistungssport-Kampagne
- Anti-Eigenheim-Kampagne
- Anti-Heterosexismus-Kampagne
- Anti-Ehe-Kampagne
- Anti-Kirchen-Kampagne
- Anti-Hierarchie- und Disziplin-Kampagne
- Anti-Behinder*ungs*-Kampagne (besonders geeignet als Parallelkampagne)
- Anti-Individualverkehr-Kampagne
- Anti-Rassismus-Kampagne (unter Einbeziehung der reicheren Bevölkerungsfraktionen)
- Anti-Zoo-Kampagne
- Anti-Industrielebensmittel-Kampagne
- Anti-(selber ausfüllen)-Kampagne.



So merkwürdig diese Themenliste auch anmuten mag, sie bzw. das in ihr enthaltene Themenspektrum ist letztlich nichts anderes als die Kehrseite der bereits ausführlich erörterten These, daß es nicht so sehr offene Repressions- bzw. Zwangsinstanzen sind, die die gesellschaftlichen Verhältnisse am Leben erhalten, sondern vielmehr die alltägliche Verstricktheit vieler Millionen Einzelner in eben jene Verhältnisse.
Eine der wichtigsten Konsequenzen, die aus eben diesem für autonome Politik so ungwöhnlich anmutenden Themenspektrum resultiert, ist das bereits ausführlich zur Sprache gekommene *Prinzip der Interessensverletzung*. Als Ergänzung zu meinen entsprechenden Überlegungen im Abschnitt 5.1.2. sei zu diesem Prinzip nunmehr nur noch das Folgende angemerkt:

1. Die Beschädigung bzw. Zerstörung von Privateigentum ist keineswegs die einzige Form der Interessensverletzung, die geeignet ist, Empörungs- und Kommunikationskorridore entstehen zu lassen. Denn was eine Interessensverletzung ist, definiert sich nicht nur über irgendwelche konkreten Handlungen, sondern auch darüber, was die je einzelnen Menschen zu ihren je konkreten Interessen erklärt haben; in diesem Sinne können Zugverspätungen genauso wie ausgefallene Sportveranstaltungen oder aufgemischte Hochzeitszeremonien Interessensverletzungen darstellen.
2. Darüberhinaus können dieselben Interessensverletzungen durchaus in ganz verschiedenartige Kampagnen eingebettet sein; so ist es z.B. nicht nur im Rahmen einer Anti-Reichtums-Kampagne geboten, die Autos irgendwelcher MittelschichtlerInnen anzugreifen; nein, dieses Verhalten ist sicherlich auch im Zusammenhang mit einer anti-rassistischen ausgerichteten Kampagne vorstellbar.
3. Einer Interessensverletzung sollte grundsätzlich das Prinzip der Zumutbarkeit zugrunde liegen; in diesem Sinne erscheint mir die *weitergehende* Beschädigung des Besitztes irgenwelcher DurchschnittsverdienerInnen *grundsätzlich* fragwürdig zu sein, es sei denn, daß hierdurch - im Rahmen einer entsprechenden Widerstandsaktion - irgendwelche konkreten Personen eingeschüchtert werden sollen (vg. 3.1.1.).
4. Von Widerstandsakten einmal abgesehen, ist die Interessensverletzung nicht als Selbstzweck zu verstehen; in diesem Sinne kann überall dort auf sie verzichtet werden, wo es möglich ist, auch auf andere Weise Gesprächskorridore ins Leben zu rufen, sei es dadurch, daß durch irgendwelche spektakulär bzw. außergewöhnlich anmutenden Aktionen die interessierte Aufmerksamkeit einer bestimmten Gruppe geweckt werden kann, oder sei es dadurch, daß es - auf der Grundlage eines stark erhöhten Politisierungsniveaus - grundsätzlich einfacher ist, mittels irgenwelcher Flugblätter oder Demos das Interesse vieler Menschen zu wecken.

**5.3.2. Anti-Schul-Kampagne**. *Eigentlicher Ausgangspunkt* der Anti-Schul-Kampagne ist das Struktur-Quarrtett aus Disziplin, Leistung, Konkurrenz und Hierarchie; denn jene Struktur-Elemente sind es, die im Kern den *geheimen Lehrplan* ausmachen, also jene Institution, deren Ziel es ist, aus SchülerInnen gefügige Staats- und GesellschaftsbürgerInnen zu machen, die geistig, emotional und körperlich gewillt und imstande sind, sich den Funktionsgesetzen der bürgerlich-patriarchalen Arbeitswelt unterzuordnen.

*Ziel* der Anti-Schul-Kampagne ist es, unter den SchülerInnen die Herausbildung solcher Kommunikationskorridore anzukurbeln, deren Gegenstand die kontroverse Auseinandersetzung mit den konkreten Erscheinungsformen des geheimen Lehrplanes ist, dem Zensuren-Terror genauso wie dem 45-Minutentakt oder dem autoritären LehrerIn-SchülerIn-Verhältnis. Eine solche Kontroverse ins Leben zu rufen, ist aus meiner Sicht v.a. deshalb wertvoll, weil auf diese Weise gerade unter denjenigen SchülerInnen Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse angestoßen bzw. beschleunigt werden können, die dem normalen Schulregime sowieso schon kritisch gegenüber stehen, die diese Haltung jedoch nur in den seltesten Fällen mit ausdrücklichen Protestformen verbinden. In diesem Sinne ist es der autonomen Anti-Schul-Kampagne in erster Linie darum zu tun, solchen SchülerInnen Mut zur *autonomen Selbstorganisierung* zu machen, die für derartige Handlungsperspektiven bereits in irgendeiner Weise empfänglich sind. Ja, und das Abrollen solcher Politisierungsprozesse wiederum ist in meinen Augen die beste Voraussetzung dafür, den oben bereits ausführlich geschilderten Brückenschlag zwischen der autonomen Szene einerseits und einem spezifischen Spektrum ihres erweiterten Nahumfeldes andererseits - den bereits anpolititisierten SchülerInnen nämlich - zu erleichtern. (Vgl. 5.1.4.+3.1.5.)
Die entscheidende Frage lautet nunmehr allerdings, auf welche Weise es möglich ist, unter den SchülerInnen eben jene Diskussionskorridore in Gang zu setzen, aus denen dann die gerade beschriebenen Prozesse der Politisierung und Radikalisierung hervorgehen könnnen. Die Antwort hierauf ist eigentlich schlicht; denn letztlich gilt es lediglich, eine Mixtur aus solchen Aktionsformen zusammenzustellen, die zum einen geeignet sind, aufgrund ihres ungewöhnlichen und spektakelhaften Charakters die Aufmerksamkeiten der SchülerInnen zu fesseln, die es zum anderen aber auch verstehen, in diese Prozesse der Aufmerksamkeitsfesselung konkrete Inhalte hereinzupumpen.In der praktischen Umsetzung würde dies militante Anschäge, Briefattacken und happeningartige Provo-Aktionen genauso umfassen wie eine gezielte und unmißverständliche Öffentlichkeitsarbeit. Zur zusätzlichen Erhöhung des allgemeinen Aufmerksamkeitsniveaus wäre es zudem vorstellbar, die Attacken und Ansprachen nicht nur auf den schulischen Raum und seiner AkteurInnen zu beschränken; vielmehr sollten LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern auch privat angesprochen werden, wobei es sich diesbezüglich von selbst verstehen dürfte, daß die militanten Attacken ausschließlich gegen die LehrerInnenschaft gerichtet sein sollten.
Als Anregung möge dies erst einmal genügen; denn letztlich sollte es möglich sein - und genau dies ist ja mein Ziel gewesen - zur ausführlichen Gestaltung der Anti-Schul-Kampagne die Anti-Reichtums-Kampagne als einen *bastelkastenartigen Leitfaden* heranzuziehen.

**5.3.3. Zur Notwendigkeit autonomer Anti-Patriarchats-Kampagnen.** Abschließend soll jetzt noch das bislang ausgesparte Feld anti-patriarchaler Kampagnen einer genaueren Betrachtung unterzogen werden. Hierbei soll es allerdings nicht so sehr um die inhaltliche Gestaltung irgendwelcher konkreten Kampagnen gehen; nein, wichtiger scheint es mir an dieser Stelle vielmehr zu sein, noch einmal innezuhalten und stattdessen der Frage nachzugehen, in welchem Sinne es für die gemischtgeschlechtliche Szene überhaupt eine Notwendigkeit darstellt, öffentliche Anti-Patriarchats-Kampagnen zu veranstalten. Denn daß es sich bei derartigen Kampagnen um so etwas wie eine absolute Notwendigkeit handeln soll, ist meines Erachtens für den Großteil der autonomen Linken mitnichten ausgemacht; im Gegenteil: wenn überhaupt darüber gesprochen wird, dann wird das patrirachale Geschlechterverhältnis in erster Linie als eine szene-, gruppen- oder beziehungsinterne Angelegenheit behandelt, nicht aber als ein gesellschaftlicher Strukturzusammnehang, den es in ähnlicher Weise politisch zu bekämpfen gilt wie *z.B.* rassistische Gewaltverhältnisse oder die Atomindustrie. Vier Gründe scheinen mir hierfür verantwortlich zu sein:

a) Innerhalb der *gemischt*-geschlechtlichen Szene ist die gesellschaftliche Grundstruktur des patriarchalen Geschlechterverhältnisses für viele Männer - wieviele das tatsächlich betrifft, darüber könnte sicherlich gestritten werden - weiterhin keine wirklich *zentrale* Problemstellung (über ähnlich ausgerichtetes Verhalten von Frauen möchte ich mir an dieser Stelle keine Beurteilung anmaßen); in diesem Sinne wird allenfalls der Notwendigkeit zugestimmt, auf der *persönlichen* Ebene einige Mißstände beseitigen zu müssen. Auf der *politisch-öffentlichen* Ebene findet dies allerdings keinen weitergehenden Niederschlag; vorherrschend ist hier vielmehr ein oftmals gehöriges Maß an Gleichgültigkeit, das es in aller Regel auch noch versteht, sich hinter einer ziemlich beliebig daherkommenden Alibi-Rethorik zu verstecken.
b) Jener Tendenz, das Geschlechterverhältnis vor allem auf der persönlichen Ebene abzuhandeln, wird aber auch aus einer ganz anderen Ecke gezielt und bewußt Vorschub geleistet. Die VertreterInnen dieser Ecke gehen nämlich davon aus, daß alle Menschen - und dies ist in diesem *Zusammenhang* v.a. auf die Männer gemünzt - in das allumfassende System der patriarchalen Zweigeschlechtlichkeit derartig verstrickt sind, daß die Zeit einfach noch nicht reif dafür ist, außerhalb der eigenen Reihen antipatriarchale Politik zu machen; andernfalls würde nur der Blick dafür verloren gehen, daß auch die Autonomen es noch lange nicht geschafft haben, ihre patriarchalen Muster und Strukturen aufzubrechen. Ja, und gerade dieser Gefahr der Schönfärberei gelte es, Einhalt zu gebieten; denn nicht zuletzt Männer würden immer wieder dazu neigen - und dem ist zweifelsohne zuzustimmen -, auf irgendeine Weise der eigenen Verstricktheit entkommen zu wollen, und sei es nur dadurch, daß sie mit Hilfe besonders entschlossenen Verhaltens einen Nachweis ihrer anti-patriarchalen Gesinnung zum Besten geben wollen, dabei aber häufig doch nichts anderes hinbekommen, als einmal mehr einen Beweis ihres patriarchalen Mann-Seins abzuliefern. (In diesem Sinne sind v.a. Ende der 80er bzw. Anfang der 90er Jahre viele anti-patriarchale Männeraktionen zu Recht kritisiert worden.)

c) Ein weiterer Grund dafür, anti-patriarchale Politik v.a. auf der persönlichen Ebene anzusiedeln, hat viel mit dem gerade Gesagten zu tun und betrifft insbesondere diejenigen Männergruppen-Männer, die sich vieler dieser Gefahren durchaus bewußt sind; denn die Mehrheit dieser Männer - und das ist eine persönliche Erfahrung - hat in den letzten Jahren nicht zuletzt deshalb der Mut verlassen, so etwas wie anti-patriarachale Kampagnen aufzuziehen, weil sie schlicht und ergreifend Angst davor gehabt haben, in irgendwelche patriarchalen Fettnäpfchen hereinzutreten. Am sinnfälligsten ist diese Angst in dem heiß umstrittenen Dauerbrenner zum Ausdruck gekommen, ob und inwieweit es überhaupt möglich ist, als patriarchaler Mann militante und provokative Politik zu betreiben. (In welchem Sinne auch diese Zurückhaltung ein männlicher Trick gewesen ist, *bestimmten Dimensionen* der eigenen Männlichkeit aus dem Weg zu gehen und sich hierdurch unangreifbar zu machen, sei an dieser Stellen einmal dahingestellt.)
d) Schließlich ist die Nicht-Existenz öffentlicher Geschlechterpolitik auch in einer spezifischen Eigentümlichkeit begründet, die zwar die meisten der hiesigen Machtverhältnisse durchzieht (vgl.4), die aber im patriarchalen Geschlechterverhältnis besonders ausgeprägt ist, nämlich der Umstand, daß es bei diesem oftmals nicht möglich ist, wirklich eindeutige Verantwortlichkeiten zuzuweisen, so wie das z.B. in der anti-faschistischen Politik der Fall ist oder im anti-atomaren Widerstand. Denn im Kern zeichnet sich das patriachale Geschlechterverhältnis dadurch aus, daß Männer und Frauen beide - vor dem Hintergrund ihrer je besonderen Eingefügtheit in das gesellschaftliche Identitäts- und Strukturgefüge - an der Hervorbringung und Aufrechterhaltung von diesem beteiligt sind, und zwar unabhängig davon, wie sehr dies zum jeweils eigenen Nachteil, vor allem aber zu demjenigen der Frauen gereichen mag. (Am unmißverständlichsten scheint mir dies in häuslichen Gewaltverhältnissen zum Ausdruck zu kommen; denn bei diesen leben Opfer und Täter gemeinhin zusammen, mit der Konsequenz, daß sich das Opfer-Täter-Verhältnis als ein gänzlich anderes darstellt, als dies etwa bei irgendwelchen Nazi-Überfällen auf Flüchtlinge der Fall ist.) All das hat aber die Möglichkeit extrem erschwert, konkrete Ansatzpunkte für die öffentliche Gestaltung anti-patriarchaler Politik zu bestimmen, d.h. solcher Politik, die sich nicht darauf beschränkt, anti-patriarchales Tun als einen rein szeneinternen Aufklärungsprozeß zu begreifen.

Entscheidend ist es aus meiner Sicht nunmehr, daß zwar sämtliche der gerade aufgelisteten Einwände und Bedenken schwergewichtige sind, daß aus ihnen aber keineswegs die Unmöglichkeit anti-patriarchaler Politik geschlußfolgert werden muß; und dies festzustellen scheint mir vor allem vor dem Hintergrund meiner These wichtig zu sein, daß die Nicht-Existenz autonomer Anti-Patriarchatskampagnen deshalb ein Eigentor ist, weil hierdurch szeneinterne Selbstaufklärungsprozesse in Sachen *Geschlechterverhältnis* erschwert und oftmals verunmöglicht werden (vgl. zur Selbstaufklärung 3.2.). Vor allem zwei eng ineinander verzahnte Mechanismen gilt es in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen:
*Erstens*: Indem die *autonome* Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis die ganzen Jahre über vor allem auf die Ebene der persönlichen Identitäten und Beziehungstrukturen beschränkt gewesen ist, hat sich innerhalb der gemischt-geschlechtlichen Szene von Anfang an eine Verkürzung hinsichtlich dessen eingeschlichen, was es unter *patriarchalen Verhältnissen* überhaupt zu verstehen gilt; gemeinhin wird hierunter nämlich dasjenige verstanden, worum innerhalb der Szene v.a. gestritten wird, als da wären: männliches Dominanzverhalten, einseitige Bereitschaften zur Verantwortungsübernahme, männliches Beziehungs-Unvermögen, Sexualität, Vergewaltigung etc.. Durch diese Perspektivenverengung ist es aber nie so richtig in den Blick geraten, daß patriarchale Strukturen die bürgerlich-patriarchale Gesellschaft auch noch auf ganz anderen Ebenen durchwalten, sei es in Gestalt des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes bzw. der geschlechtsspezifischen Reproduktionszuständigkeiten oder sei es in Gestalt der ebenfalls geschlechtsspezifischen Möglichkeiten zur Aneignung öffentlicher Räume - um lediglich drei Beispiele beim Namen genannt zu haben. Daß innerhalb des gemischtgeschlechtlichen Geschlechter-Diskurses die Existenz nicht nur dieser *und* anderer Strukturen bzw. Verhältnisse weitestgehend unter den Tisch gefallen ist - und dies weiterhin tut -, gilt es in meinen Augen v.a. deshalb als einen problematischen Sachverhalt zu begreifen, weil es hierdurch immer wieder von neuem verunmöglicht wird, die Herausbildung eines wirklich kollektiv geteilten Empfindens dafür anzuschieben, wie emminent *dringlich* die allumfassend-kritische Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis ist. Auf diese Weise wird aber der unverändert fortbestehenden Nicht-Bereitschaft vieler Männer, in eine ernsthafte und gründliche Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis einzutreten, ebenfalls immer wieder von neuem Vorschub geleistet; denn dort, wo es 'gerade mal' um *persönliche* Verhaltensmuster zu gehen scheint - und dieses 'gerade mal' ist nichts anderes als ein gefühlsmäßiger Abkömmling der männlichen Durchschnittseele - dort kann ja die eigentliche Problematik nicht allzu groß sein, zumindestens erwecken viele derjenigen Männer, für die das Geschlechterverhältnis weiterhin eine eher untergeordnete Rolle spielt, den Eindruck, sich genau dieses und ähnliches zu sagen bzw. gesagt zu haben.
Dort dagegen - und das ist ein Plan für die Zukunft -, wo auf der Grundlage entsprechender Kampagnen ernsthafte Auseinandersetzungen darüber losgetreten werden würden, was denn die patriarchalen Verhältnissse in ihrer Gesamtheit überhaupt ausmacht, *was* es z.B. bedeutet - und die nachfolgenden Beispiele sind ganz *bewußt* aus Frauen-Perspektive formuliert - alleinerziehende Arbeiterin zu sein, oder *was* es bedeutet - und dies betrifft Millionen -, in einer häuslichen Gewaltbeziehung zu leben, oder *was* es bedeutet, im goldenen Käfig der Nicht- bzw. Teil-Erwerbstätigkeit eingesperrt und hierin für das leibliche und emotionale Wohl nicht nur der Kinder, sondern auch des Ehemanns verantwortlich zu sein, oder *was* es bedeutet, als junge Mutter zweier Kinder obdachlos, arbeitslos und zudem medikamentenabhängig zu sein und das aus oftmals frauenspezifischen Gründen, oder *was* es bedeutet - und auch das

gehört zur Realität vieler Millionen Mädchen und Frauen - magersüchtig bzw. bulimisch zu sein, oder *was* es bedeutet, als Drogenprostituierte oder quasi-versklavte Sexarbeiterin aus Thailand tagtäglich diskriminiert, ausgebeutet und vergewaltigt zu werden - kurzum, nur dort, wo dies und vieles andere durch hierfür geeignete Kampagnen bekannt gemacht werden würde, könnte sich allmählich ein kollektiv geteiltes Empfinden dafür herausschälen, daß es das patriarchale Geschlechterverhältnis *dringendst* zu bekämpfen gilt. Ja, und mit Hilfe einer solchen Perspektivenverschiebung wiederum dürfte es dann ein sehr viel Einfacheres sein - und dies ist der eigentliche *Springpunkt* meiner These - auch innerhalb der gemischtgeschlechtlichen Szene die *persönliche* Beschäftigung mir dem patriarchalen Geschlechterverhältnis anzukurbeln.

Hinter dieser These verbirgt sich letztlich die Vermutung, daß die *persönliche Schiene* zwar der naheliegenste Zugang zum Geschlechterverhältnis ist, nicht aber der geeignetste; um dies nachvollziehen zu können - und jetzt wiederhole ich mich - sollte sich noch einmal mit allem Nachdruck vor Augen geführt werden, daß *vor dem Hintergrund* derjenigen Problematiken, mit denen sich die autonome Linke im öffentlichen Raum in erster Linie beschäftigt - als beispielhafte Stichwörter mögen Armut, Atom-Industrie und rassistische Diskriminierung bzw. Verfolgung genügen - die innerautonomen Debatten über männliches Dominanzverhalten u.ä. - von einigen Ausnahmen wie der Auseinandersetzung über szeneinterne Vergewaltigungen einmal abgesehen- schlicht und ergreifend zweitrangig erscheinen müssen, zumindestens für diejenigen, die mit der gesamten Geschlechterproblematik erst einmal nicht besonders viel anzufangen wissen und die deshalb die umstrittenen Verhaltensweisen auch lediglich als isolierte Phänomene betrachten können. Um jenem Eindruck der Zweitrangigkeit entgegenzuarbeiten, bedarf es indessen der politischen Thematisierung und Skandalisierung solcher Sachverhalte wie der weiter oben bereits aufgelisteten, d.h. solcher Mißstände, deren Problematik erst einmal sehr viel offensichtlicher und bedrückender ist und die deshalb eher als die szeneinternen Auseinandersetzungen geeignet sind, das patriarchale Geschlechterverhältnis in seiner ganzen Dramatik erkennbar zu machen.

Der Zugang über die *persönliche Schiene* ist in meinen Augen aber auch deshalb ungeeignet, weil durch einen derartig direkten Einstieg viele Männer erst einmal abgeschreckt werden, ganz gleich welche Gründe einer solchen Abgeschrecktheit zugrunde liegen mögen. Dies mag zwar als beschissen empfunden werden - und ist es oftmals auch - ändert an der je konkreten Sachlage aber nichts. Um die hierdurch aufgeschütteten Widerstände nicht allzu groß werden zu lassen, scheint mir indes - und das ist ein weiteres Argument für entsprechendes Tun - die Durchführung anti-patriarchaler Kampagnen ein durchaus geeignetes Mittel zu sein; denn letztlich spricht überhaupt nichts dagegen, die ersten Gehversuche in Sachen anti-patriarchaler Politik auf einer zunächst einmal persönlichkeitsfernen Ebene zu unternehmen; denn gerade in der autonomen Szene dürfte es ein Ding der Unmöglichkeit sein, der Patriarchatsproblematik aufgeschlossen gegenüber zu stehen, die Auseinandersetzung mit der persönlichen Verwickeltheit jedoch auf Dauer von sich zu weisen. (Oder anders formuliert: Ein zentrales Element innerhalb des patriarchalen Mann-Seins ist es, das Emotionale, Enge und Persönliche nicht oder nur unter sehr bestimmten Bedingungen zulassen bzw. leben zu können; deshalb kommt es einer Art Zirkel gleich, das patriarchale Geschlechterverhältnis gerade von diesem Punkt aus problematisieren zu wollen, ganz gleich wie sehr es *umgekehrt* geradezu verständlich bzw. naheliegend sein mag, genau an dieser Stelle einzuhaken. Dies festzustellen, bedeutet für mich mitnichten, irgendwelche Männer in irgendeinem Sinne verteidigen zu wollen; nein, Ziel meiner Überlegungen ist es vielmehr, darüber nachzudenken, auf welche Weise das patriarchale Geschlechterverhältnis innerhalb der autonomen Szene so angegangen werden könnte, daß sich die wirklich umfassende Beschäftigung mit diesem zu einer von allen geteilten Selbstverständlichkeit weiterentwickelt. )

Von all dem abgesehen, ist eine unverblümte *und* umfassende Beschäftigung mit dem Geschlechterverhältnis aber auch deshalb bedeutsam, weil andernfalls der Blick dafür verloren geht, worin denn überhaupt die *übergeordneten* Zielperspektiven antipatriarchaler Politik bestehen sollten, einmal ganz davon abgesehen, daß es durchaus möglich ist, mittels antipatriarchaler Widerstands-Kampagnen ganz konkrete Teilerfolge zu erzielen.

*Zweitens*: Eine weitere - und eng mit dem gerade Gesagten verwandte - Konsequenz davon, daß sich die gemischtgeschlechtliche Fraktion der autonomen Linken dem patriarchalen Geschlechterverhältnis bis heute v.a. unter szene-internen Gesichtspunkten anngenommen hat, besteht darin, daß alle diejenigen, die sich gerade anschicken, aus dem entfernten Nahumfeld in die autonome Szene hereinzuwachsen - und das betrifft in erster Linie jüngere -, während dieser Phase des Hereinwachsens, die ja nichts anderes als ein gründlicher Politisierungs- und Radikalisierungsprozeß ist, keine weitergehende Konfrontation mit patriarchatskritischen Standpunkten und Handlungsweisen erfahren. Denn im Kern können diesem Nachwuchs als *konfrontative* und deshalb *identitätsbildende* Orientierungsfolie lediglich solche Themen zur Verfügung stehen, die Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen sind. Hieraus folgt indes, daß die Herausbildung einer *links-autonomen Identität* für viele jüngere zunächst einmal relativ wenig mit anti-patriarchalen Überzeugungen und Verhaltensweisen zu tun hat. Links-Sein bedeutet vielmehr, so etwas wie anti-kapitalistisch, anti-rassistisch oder anti-spießig zu sein; und dies scheint mir für Jungen und Mädchen *tendenziell* gleichermaßen zuzutreffen, auch wenn viele Mädchen bereits relativ früh - zumindestens intuitiv - Klarheit darüber gewinnen mögen - und das nicht zuletzt vor dem alltagspraktischen Hintergrund eigener Betroffenheit -, wie unvermögend, affig und rabiat zugleich die Mehrzahl der Jungen ist.

*Umgekehrt* hat das aber zur Folge, daß die allermeisten Jung-Autonomen erst dann mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis als einer politisch ernstzunehmenden Problematik in Berührung kommen - bzw. kommen können -, sobald sie auch in sozio-kultureller Hinsicht in die autonome Szene vollständig hereingewachsen sind.

Während die Frauen hiermit jedoch allein schon deshalb etwas anfangen können, weil sich der anti-patriarchale Geschlechter-Diskurs der autonomen Linken mühelos mit ihren bereits gemachten Erfahrungen und Einsichten kurzschließen läßt, verhält sich dies bei vielen Männern erfahrungsgemäß anders herum; denn diese reagieren auf ihr erstes Hereingezogen-Sein in die anti-patriarchale Diskurs-und Praxiswelt zunächst einmal mit erstaunter Uneinsichtigkeit, provokativem Desinteresse und aggressivem Trotz, und das nicht nur deshalb - und hier schließt sich das Ganze mit dem oben schon Gesagten kurz -, weil ihnen die gesamte Problematik *persönlich* nichts sagt, sondern auch deshalb, weil die autonome Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis vor allem darin besteht, das persönliche Verhalten infragezustellen. Daß eine derartige Reaktion eigentlich unakzeptabel ist - denn immerhin handelt es sich bei dem in Frage gestellten Verhalten v.a. um aggressives und unterdrückerisches Dominanzverhalten - dürfte sich von selbst verstehen; insofern möchte ich meine entsprechenden Überlegungen auch keinesfalls als Entschuldigung verstanden wissen; worum es mit geht, ist lediglich die Feststellung *als solches*, ist es also, daß sich die jüngeren Männer erst einmal dadurch hervortun, die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis zu hintertreiben, und zwar unabhängig davon, daß mittlererweile die durchschnittliche Bereitschaft der Männer, sich zumindestens oberflächlich auf die Problematik einzulassen, eine größere sein dürfte als noch vor fünfzehn oder zwanzig Jahren (vgl. 4.2.), wo ja die offene und ungenierte Zurückweisung geschlechterpolitischer Anliegen durchaus zum guten Ton gehört hat. (Als Stichwort hierzu möge lediglich dasjenige des *Nebenwiderspruchs* genügen.) Doch zurück: besagtes Sabotageverhalten der Männer ist alles andere als eine Anlaufschwierigkeit der jüngeren. Sicherlich nicht. Denn bekanntlich zeichnen sich auch viele der älteren Männer - wie viele genau, das möge dahingestellt sein - durch verbockte Uneinsichtigkeit aus, selbst wenn es nicht wenige von ihnen im Laufe der Jahre geschafft haben, ihr oftmals noch nicht einmal eingestandenes Desinteresse hinter einem eleganteren und deshalb diplomatischeren Mäntelchen zu verstecken. Niederschlagen tut sich diese unverändert anhaltende Verbocktheit in den allseits bekannten Dauerauseinadersetzungen um geschlechtsspezifische Dominanz-, Hierarchie- und Verantwortungsstrukturen, die ja - zusammen mit weiteren Gründen - u.a. dafür verantwortlich sind, daß es viele Frauen auch heute noch vorziehen, sich hauptsächlich oder ausschließlich getrenntgeschlechtlich zu organisieren. Genau jene Dauerauseinandersetzungen gilt es aber schleunigst abzustellen; denn diese sind nicht nur zermürbend und frustrierend; nein, sie kosten zusätzlich auch noch ein erhebliches Maß an Energie, das gerade unter den gegenwärtigen Umständen an anderen Orten besser aufgehoben wäre.
Ein Weg - und hiermit wäre ich abermals am *Springpunkt* meines Gedankens angelangt - eben jene inner-autonomen Auseinandersetzungen zu entschärfen bzw. abzustellen, könnte darin bestehen, anti-patriarchale Kampagnen *und* Widerstandsaktionen zu einem elementaren Bestandteil autonomer Politik zu machen; denn hierdurch könnte es langfristig gelingen, anti-patriarchales Gedanken- und Handlungsgut zu einen selbstverständlichen Bestandteil autonomer Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse zu machen und damit auch zu einem selbstverständlichen Bestandteil autonomer Identitäten.(vgl. hierzu auch 5.1.4.) (Daß es zur Erlangung dieses Zieles allerdings noch anderer Aktivitäten bedarf außer derjenigen, anti-patriarchale Kampagnen zu veranstalten, sollte sich hierbei von selbst verstehen. So erscheint es mir z.B. unabdingbar zu sein, anti-patriarchale Männercafés gerade für jüngere Autonome einzurichten; andernfalls würden die Impulse aus den anti-patriarchalen Kampagnen Gefahr laufen, im Nichts zu verpuffen.)

*Zwischenbemerkung*: Bevor sie verloren gehen, seien jetzt noch zwei Anmerkungen zu dem gerade Gesagten vorgebracht:
1. Die Tatsache, daß sich in jüngster Zeit v.a. das Theoriegebäude des feministischen Dekonstruktivismus unter einer Vielzahl autonomer Männer allergrößter Beliebtheit erfreut, kann in meinen Augen keinesfalls als Indiz dafür herbeizitiert werden, daß sich die männliche Auseinadersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis endlich auf dem Wege ihrer Veralltäglichung befinden würde. Vielmehr scheint mir diese Theorie für eine *ganze Reihe* ihrer autonomen Leser eine hochwillkommene Möglichkeit dafür abzugeben, sich endlich auch einmal mit geschlechterkritischer Theorie beschäftigen und hierdurch auch noch das schlechte Gewissen erleichtern zu können, ohne sich durch eine solche Lektüre jedoch in irgendeiner Form gezwungen zu fühlen, in eine praktische Auseinandersetzung mit ihrer ganz konkreten Männlichkeit einzutreten. Ermöglicht wird dies vor allem durch den Umstand, daß innerhalb des dekonstruktivistischen Mainstreams in 1. Linie die konstruktivistischen Elemente *in Sachen Geschlecht und Geschlechtlichkeit* hervorgehoben werden, nicht jedoch das *leibhaftige Real-Werden* aller Geschlechterkonstruktionen (Am sinnfälligsten scheint mir diese jüngste Frucht männlicher Pseudo-Offenheit darin zum Ausdruck zu kommen, daß es häufig der dekonstruktivistische Feminismus ist, mit dessen Hilfe Männer ihre jahrelang praktizierte Zurückhaltung hinsichtlich des patriarchalen Geschlechterverhältnisses aufkündigen, sei es dadurch, daß sie sich *selbstzufrieden* im Glanze des zweifelsohne schillerhaften Dekonstruktivismus sonnen oder sei es dadurch, daß unter Bezugnahme auf das dekonstruktivisitsche Theoriegebäude alles dasjenige als feministischer Ladenhüter von anno dazumal verunglimpft wird, was in irgendeiner Form *konkret-gewordene* Männlichkeit in Frage stellt.) Darüberhinaus scheint mir der allmähliche Einzug dekonstruktivistischer Argumentationsfiguren in den anti-patriarchalen Geschlechterdiskurs der autonomen Linken aber auch deshalb bemerkenswert zu sein, weil auf diese Weise die bereits erläuterte Verkürzung hinsichtlich dessen, was es unter dem patriarchalen Geschlechterverhältnis überhaupt zu verstehen gilt, schlicht und einfach fortgeführt wird; denn so bedeutsam, notwendig und deshalb unverzichtbar es in vielerlei Hinsicht auch sein mag, Geschlechtlichkeit als ein Produkt sozialer Prozesse zu entlarven,

so sehr gilt es aber auch zu berücksichtigen, daß mit dieser Erkenntnis der ganz normale Geschlechteralltag noch nicht einmal in Ansätzen verstanden ist, einmal ganz davon abgesehen, daß es durch derartig-schwierige Gedankenführungen fast schon ausgeschlossen ist, irgendwelche jüngeren Nachwuchs-Autonome von der Notwendigkeit anti-pariarchaler Kämpfe zu überzeugen.

2. Hinter meinen vorstehenden Überlegungen steckt unter anderem die These - und dies zu betonen, ist mir aus aktuellem Anlaß ein Anliegen - daß es nicht die getrenntgeschlechtliche Organisierung bestimmter FrauenLesben ist, der in irgendeiner Form die Verantwortung für die Laschheit angelastet werden könnte, mit der innerhalb der gemischtgeschlechtlichen Szene das patriarchale Geschlechterverhältnis verhandelt wird. Nein, verantwortlich hierfür ist aussschließlich die entsprechende Untätigkeit der gemischtgeschlechtliche Szene selbst; nur sie ist es deshalb auch, die an diesem Mißstand irgendetwas ändern kann. Ja, und innerhalb der gemischtgeschlechtlichen Szene wiederum sind es vor allem die Männer, die sich bereit erklären sollten, die Verantwortung für die Ankurbelung und Aufrechterhaltung entsprechender Auseinandersetzungen zu übernehmen; denn so sehr *beide* - Männer und Frauen - durch ihre jeweils geschlechtsspezifischen Verstricktheiten an der Hervorbringung des patriarchalen Geschlechterverhältnisses beteiligt sind, so sehr sollte aber auch kein Zweifel daran bestehen, daß es vor allem das männliche Dominanzverhalten ist, welches nicht nur geschlechtsspezifische Macht- und Hierarchiestrukturen schafft, sondern welches auch noch dafür verantwortlich ist, daß es einer ganzen Reihe Frauen ausgesprochen schwer gemacht wird, aus denjenigen Verhaltens- und Gefühlsmustern auszubrechen, in die sie im Laufe ihres Aufwachsens durch das patriarchale Vergesellschaftungsmodell hereingezwungen worden sind. (Nicht zuletzt in diesem Sinne kann ein eigentlich nicht-beanstandbares Verhalten durchaus einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der patriarchalen Machtverhältnisse leisten, und zwar in solchen Situationen, in denen es eigentlich - aus Sicht der Handlungs-Mächtigen - darum gehen müßte, sich ausdrücklich zurückzunehmen, um es auf diese Weise anderen Mitstreiterinnen zu ermöglichen, solche Dinge zu tun, die diese - vor dem Hintergrund entsprechender Identitätsmodelle - nie gelernt haben, tun zu dürfen *bzw.* zu können. )

All dies ist es indes, was es mir als eine glatte Unverschämtheit erscheinen läßt - zumindestens dann, wenn Männer *so* sprechen -, den betreffenden FrauenLesben vorzuwerfen, durch ihre getrenntgeschlechtliche Organisierung mitverantwortlich dafür zu sein, daß die lebendige Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis innerhalb der gemischtgeschlechtlichen Szene zunehmend zu einer Art Stillstand gekommen ist. Denn letzlich steckt hinter diesem Vorwurf der *verweigerten Entwicklungshilfe* nichts anderes als die Forderung, getrenntgeschlechtlich organisierte FrauenLesben möchten doch bitte - im Dienste des männlichen Emanzipationserfolges - ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse zurückstellen; dies zu fordern - ob bewußt oder nicht - ist jedoch gleichbedeutend damit, den Fortbestand einer der elementarsten Beziehungsmuster des patriarchalen Geschlechterverhältnisses zu bejahen. Das aber ist absurd! (*Nachbemerkung* : In den vorstehenden Zeilen habe ich ganz bewußt darauf verzichtet, irgendwelche Aussagen über die gemischtgeschlechtlich organisierten FrauenLesben zu treffen; denn dies in *allgemeiner* Form zu tun, steht mir als Mann einfach nicht zu. Vermerkt sei deshalb lediglich, daß ich mir sehr wohl darüber im Klaren bin, daß es für eine ganze Reihe gemischtgeschlechtlich organisierter FrauenLesben durchaus möglich ist, männlichem Dominanzverhalten etwas entgegenzusetzen und in diesem Sinne die politische Zusammenarbeit mit Männern auch nicht als persönliche Interessensverletzung zu erleben.)

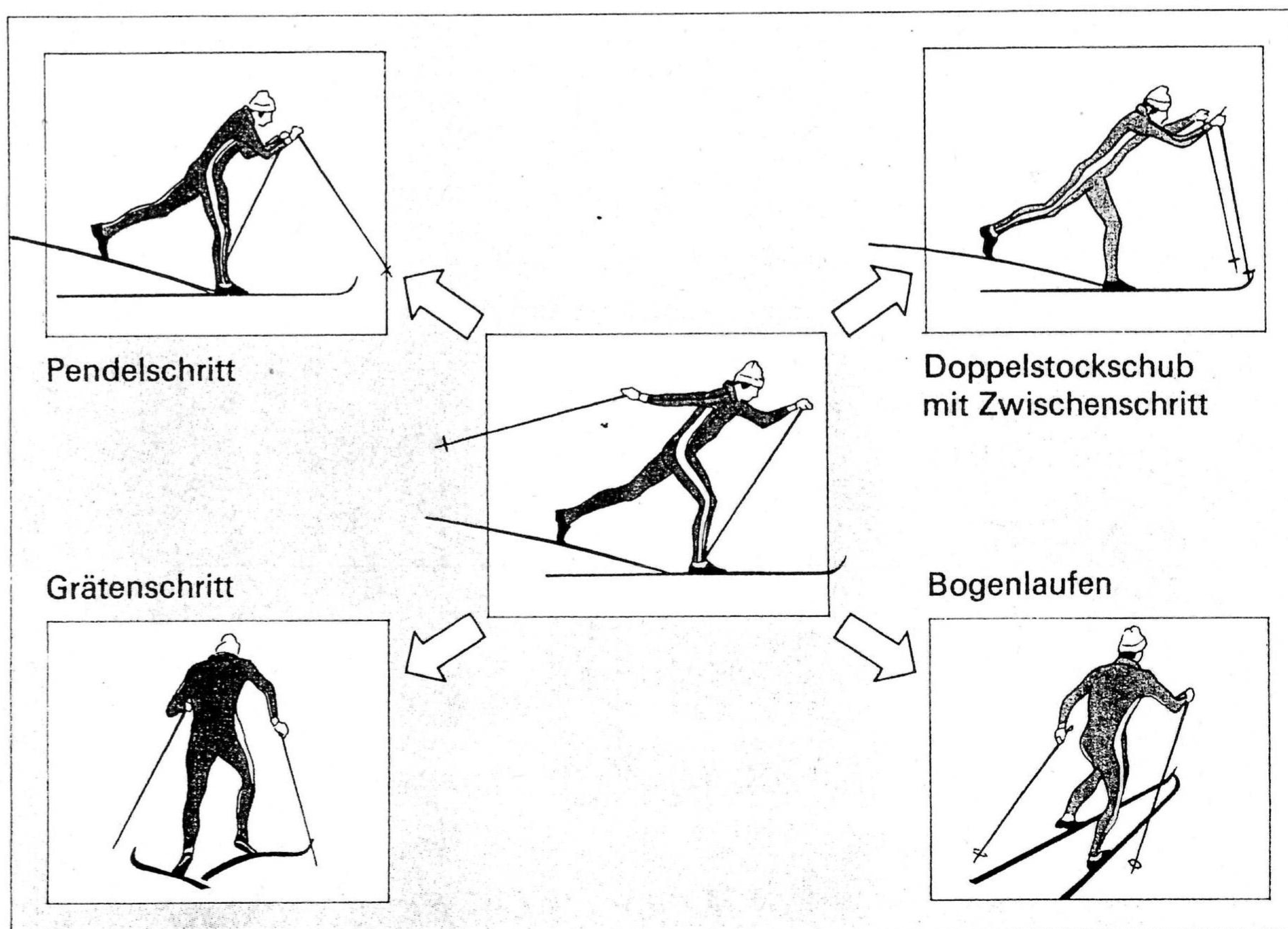
Ich möchte jetzt noch kurz auf das oben schon vorgestellte Argument zu sprechen kommen, nach dem die Zeit für anti-patriarchlale Männer-Kampagnen deshalb noch nicht reif sei, weil dies von vielen Männern sowieso nur als ein bequemer Ausweg aus der *persönlichen* Auseinandersetzung mit der eigenen Verstricktheit in das patriarchale Geschlechterverhältnis betrachtet werden würde. In meinen Augen handelt es sich hierbei um eine *nicht mehr* zeitgemäße Befürchtung; denn bei aller Kritik scheint es mir in der gemischtgeschlechtlichen Szene mittlerweile genug Männer zu geben, die sich der entsprechenden Gefahren bewußt sind und die es deshalb - im Rahmen entsprechender Kampagnen - auch verstehen müßten, durch hierfür geeignete Aktivitäten allzu heftigen Entgleisungen bzw. Fehlentwicklungen vorzubeugen. Abgesehen hiervon sei aber auch die sicherlich ein wenig anstößig anmutende These formuliert, daß diejenigen Männer, die ihren anti-patriarchalen Kampf *unter anderem* - ob bewußt oder nicht - als büßerhaftes Ablaßgeschäft betreiben, immer noch besser sind als solche, die gar nichts tun; denn nur dort, wo sich die sowieso existierenden Abgründe als solche zu erkennen geben, besteht überhaupt die Chance, eine wirklich kritische und realitätsnahe Auseinandersetzung mit ihnen führen zu können. ( Dies scheint mir im übrigen für alle autonomen Kampagnengegenstände gleichermaßen zuzutreffen: In diesem Sinne sei nocheinmal ausdrücklich an die Bestimmung im Abschnitt 2 erinnert, derzufolge emanzipatorisch-solidarische Politik die selbstaufklärerische Auseinandersetzung mit der eigenen Person *unter jedem Umstand* miteinschließt; damit jene Auseinandersetzung aber geführt werden kann, gilt es, die Verhältnisse im eigenen Inneren zum Tanzen zu bringen; und das wiederum erfordert immer auch den Vollzug konkreter Praxis; denn nur dort, wo eine wirklich *praktische* Tuchfühlung mit den Verhältnissen gesucht wird, ist es überhaupt möglich, die je individuelle Verstricktheit in eben diese Verhältnisse in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit erkennbar und damit bearbeitbar zu machen. Im rein betrachtenden Gespräch dagegen - in dem zusätzlich noch die körperlich-emotionalen Kanäle gedeckelt werden - ist es ein Einfaches, die inneren Widersprüche glatt zu bügeln und sich stattdessen mit der Festlegung der *richtigen Linie* vorlieb zu nehmen.)

Und trotzdem: antipatriarchale Kampagnen, an denen auch Männer durch militantes Tun beteiligt sind - und eine solche Militanzhaftigkeit ist ja in meinen Augen ein zentrales Erfordernis jedweder Kampagne - sollten keineswegs auf

die leichte Schulter genommen werden; deshalb müßte die Durchführung solcher Kampagnen *grundsätzlich* mit der Bildung getrennt- *und* gemischtgeschlechtlicher Foren und Zusammenhänge einhergehen, in denen sowohl der Kampagnenegegenstand - z.B. die Sex-Industrie - als auch die Kampagnen-Praxis ausschließlich unter dem *persönlichkeitsbezogenen* Gesichtspunkt betrachtet und bearbeitet werden könnten. So gibt es z.B. - nach meiner Erfahrung jedenfalls - keinen heterosexuellen Mann, der mit Fug und Recht behaupten könnte, sich nicht in *irgendeiner* Form von der mechanischen und objekthaften Schnell-Sexualität der Sex-Industrie positiv angesprochen zu fühlen, und zwar unabhängig davon, inwieweit auf der konkreten Praxis-Ebene ganz andere Bedürfnisse existieren und gelebt werden mögen. Genau mit derartigen Verstricktheiten müßte aber - gleichsam als Mindestvoraussetzung - im Rahmen einer Anti-Sexindustrie-Kampagne ein direkter *und* persönlicher Umgang gefunden werden.

Eigentlich stünde es an dieser Stelle nunmehr an, die Planung irgendwelcher antipatriarchalen Kampagnen in inhaltlicher *und* durchführungstechnischer Hinsicht genauer in die Wege zu leiten. Dieses nicht mehr zu tun, ist vor allem in dem Umstand begründet, daß hierdurch die ursprüngliche Konzeption des Ganzen *endgültig* gesprengt werden würde; denn diese hatte ja in *erster Linie* darin bestanden, die derzeitige Misere autonomer Politik vom Blickwinkel ihrer Aktionsformen aus zu betrachten, nicht aber von demjenigen ihrer je konkreten Inhalte. In diesem Sinne sei abschließend nur noch darauf hingewiesen, daß es aus meiner Sicht auch Anti-Patriarchatskampagnen als längerfristig angelegte Konzeptpakete zu planen gilt, deren Ziel ebenfalls darin bestehen sollte, auf der Grundlage gezielter Interessensverletzungen bzw. Aufmerksmkeitsbesetzungen Empörungs- und Erregungskorridore entstehen zu lassen, mit deren Hilfe es dann - in einem weiteren Schritt - nicht nur möglich ist, Mobilisierungs- und Aufklärungserfolge zu erzielen, sondern auch - als eine Konsequenz hiervon - das Projekt erfolgreicher Widerstandspolitik voranzutreiben.

Dieser Text ist nur durch Kaspars tatkräftige und wertvolle Unterstützung zustande gekommen. Kaspar sei dank!




KIEZBUMMEL IM
PRENZLAUER BERG
Gegen Yuppiesierung und Schönblöde Innenpolitik !
SONNTAG
5.4.'98
SENEFELDER PLATZ
15 UHR